PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Red[illegible]antwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Küh[illegible]chaft Kommunismus und Klassenkampf [illegible] 29, Telefon 0621 / 36015 – Dr[illegible]chsenhorn 6 – Auflage: 400[illegible]hofer Str. 29, Telefon 0621 [illegible] des KBW: Telefon 0621/ [illegible] Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonn[illegible]ng durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb H[illegible], Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 1890905 oder: PschA K[illegible]ruhe, Kto.-Nr. 95837-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, 17.2.1976 fertiggestellt.

Neue Telefonnummern:
KBW 752012/13
Redaktion 752014
Buchvertrieb 752015

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

19. Februar 1976 Jg. 4 Nr. 7 50 Pfennig

Betriebszelle VW berichtet:

Ausplünderung von Jugendlichen unter 18 an VW-Bändern geplant

Die KVZ hat bereits mehrmals das neue Jugendarbeitsschutzgesetz als Gesetz zur Freigabe der jugendlichen Arbeitskraft für die zügelloseste Ausbeutung entlarvt. Jetzt berichtet die Betriebszelle des KBW im VW-Werk Wolfsburg:

„Die Kapitalisten jubeln. Die Sozialdemokraten im Bundestag haben geschafft, was sich die CDU 1960 nicht getraut hat. Sie haben ein Jugendarbeitsschutzgesetz verabschiedet, das alle Möglichkeiten zur hemmungslosen Ausbeutung und Entrechtung der jugendlichen Arbeitskraft schafft, das Schicht- und sogar Akkordarbeit für Jugendliche unter 18 wieder einführt, das im großen Ausmaß Kinderarbeit ermöglicht. Und das VW-Kapital jubelt mit und setzt die Sache auch gleich in die Tat um. Sein finsterer Plan, der nur durch Zufall an die Öffentlichkeit kam, sieht vor, so schnell wie möglich ca. 500 arbeitslose Jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren in Wechselschicht in der Montage des „Golf“ Modells arbeiten zu lassen. Dabei sollen nur solche Jugendliche genommen werden, die keinen Pfennig Arbeitslosengeld bekommen, weil sie seit der Schule keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz gefunden haben. Von ihnen glaubt man, daß sie sich williger in die Klauen des VW-Kapitals begeben und sich aufgrund ihrer aussichtslosen Lage besser als rechtlose Arbeitssklaven eignen. Die Eltern, hofft man, werden ruhig zusehen, wie ihre Kinder bei VW vor die Hunde gehen, wenn nur wieder etwas Geld in die geplünderten Kassen der Arbeiterfamilien fließt.

Die Sozialdemokraten im Betriebsrat haben nun das ihre dazu beigetragen, das Gesetzesmachwerk ihrer Parteifreunde in Bonn voll auszuschöpfen. Der Betriebsausschuß (wichtigster Ausschuß des Betriebsrats) hat schon die Details ausgearbeitet, um auch die letzten Schwierigkeiten zu umschiffen. Einen großen Teil des Betriebsrates und erst recht die Jugendvertretung hat der Ausschuß gleich gar nicht informiert. So will er es z.B. „mit der Gewerbeaufsicht schon hinkriegen“ (Betriebsrat Paare), daß die Jugendlichen in der Frühschicht schon um 5.30 Uhr anfangen, obwohl Schichtarbeit für Jugendliche erst ab 6 Uhr erlaubt ist.

So stammt z.B. der Vorschlag von ihm, ein besonderes „Jugendband“ einzurichten, an dem nur an der stehenden Karosse gearbeitet wird, und das in bestimmten Taktzeiten weitergezogen wird. So etwas ist notwendig, weil direkte Akkordarbeit für Jugendliche nur mit dem Tarnmäntelchen „zu Ausbildungszwecken“ erlaubt ist, der VW-Vorstand aber nicht im Traum daran denkt, den Jugendlichen eine Ausbildung zu geben.

Aber so ausgefeilt diese finsteren Pläne auch sein mögen, gelingen werden sie dem VW-Vorstand und seinen Helfershelfern unter den Betriebsräten nicht so ohne weiteres. Überall dort, wo die Sache bekannt wurde, ist sie auf helle Empörung gestoßen. Der IGM Wohnbezirk Wolfsburg Nord, hat bereits beschlossen, eine öffentlichen Mitgliederversammlung dazu durchzuführen, die Jugendvertretung erwägt eine Veranstaltung dazu.

Und Anfang März wird man sich auf der Betriebsversammlung die Gelegenheit nicht entgehen lassen, Helmut Schmidt persönlich für das Jugendausbeutungsgesetz und seine Folgen verantwortlich zu machen.“



Der neue § 218 So will es die Reaktion … und so … kriegt sie's!

Bundestag verabschiedet neues Strafgesetz § 218:

Weg mit dem Paragrafen 218!

Wenige Tage vor der Jährung des Bundesverfassungsgerichtsurteils hat das Parlament mit 234 gegen 181 Stimmen die Neufassung des § 218 durchgebracht. Der Justizminister Vogel hat den „dringenden Wunsch“ der Regierung ausgedrückt, „daß auf diesem Gebiet nunmehr endgültig Rechtsfrieden und Rechtssicherheit einkehrt“. Am gleichen Tag sind in 180 Städten die Komitees und Initiativen gegen den § 218 mit Ständen, Plakataktionen, Flugblättern, mit Kundgebungen und Demonstrationen gegen das neue Gesetz aufgetreten.

Zahlreiche Veranstaltungen haben stattgefunden, auf denen der durch und durch reaktionäre Charakter des neuen Gesetzes entlarvt und über die Fortsetzung des Kampfes gegen den § 218 beraten worden ist. (siehe auch Seite 9)

Für den 21.2. sind anläßlich des Jahrestages des Karlsruher Urteils zum § 218 in über 170 Städten Demonstrationen und Aktionen in Vorbereitung. Wenig spricht dafür, daß sich die Hoffnung der herrschenden Klasse erfüllen wird, mit dem neu geschliffenen Strafparagrafen die Volksbewegung für das Recht auf Abtreibung erledigen zu können.

Alles spricht dafür, daß das vom Bundestag verabschiedete Gesetz, wenn es rechtskräftig werden sollte, dem Kampf für die ersatzlose Streichung des schändlichen Paragrafen nur neue Nahrung geben wird. Der neue Paragraf hat die Schikanen nur vervielfältigt und die Unterdrückung verfeinert. Der bürgerliche Staat maßt sich an, durch seine Behörden und seine Beauftragten noch mehr als bisher polizeimäßig in die Angelegenheiten der Familien einzugreifen. Das neue Gesetz verpflichtet die Frauen zu Spitzeldiensten für die Klassenjustiz und macht Ärzte zu Hilfspolizisten gegenüber den Frauen und Familien. Unweigerlich wird dieses Gesetz zu vielfältigen Zusammenstößen mit der Staatsmacht führen.

Die herrschende Klasse hatte vor einem Jahr durch den Mund der Verfassungsrichter den von ihr ausgehaltenen Parlamentariern den Auftrag gegeben, mit jedem Zurückweichen vor der Forderung des Volkes nach der Abschaffung des § 218 Schluß zu machen und Flagge zu zeigen. „Der Staat (ist) von Verfassung wegen verpflichtet, das Mittel des Strafrechts als schärfste ihm zur Verfügung stehende Waffe einzusetzen“, war ihnen als Grundsatz diktiert worden.

Diesen in dem Urteil festgelegten Auftrag voll „auszuschöpfen“ ist den bürgerlichen Parlamentariern allerdings nicht leicht gewesen und es ist ein Jahr darüber ins Land gegangen. Oft genug haben sie in öffentlichen Versammlungen deswegen Federn lassen müssen und nirgendwo haben sie, wo sie mit dem Volk in Berührung kamen, den geringsten Beifall gefunden. An kaum einer Frage hat ihnen so sehr der Sturm der Entrüstung ins Gesicht geblasen.

In der Parlamentsdebatte, bis zur Abstimmung vor fast leeren Bänken, war das schon anders. Da waren sie unter sich. Da haben sie sich darum gestritten, wer den Auftrag der hohen Richter am „effektivsten“ in Gesetzesform gebracht hat. Zwar konnten sie nicht ganz verschweigen, daß dieses Urteil bei den Massen verhaßt ist. Die SPD-Abgeordnete Eilers führte an, daß sie immer noch Briefe erhalte, in denen sie aufgefordert werde, sich über dieses Urteil hinwegzusetzen. Aber es haben doch alle Sozialdemokraten ihren Bückling vor dem Richterspruch gemacht und mit einigen, wie dem Müller-Emmert, ist der „kriminalpolitische“ Eifer dann doch vollends durchgegangen.

Die Regierungsparteien haben sich ereifert, der CDU als „Lebensschützer“ den Rang abzulaufen und zu beweisen, daß sie mit ihrem Gesetz viel besser in der Lage sind, die Aufsicht des Staates über die Kinderaufzucht und über die Familien auszubauen. Sie haben ihren Entwurf angepriesen als eine klug berechnete Kombination von „Beratung“ und „Strafandrohung“, von vermeintlichem Zuckerbrot und erhobener Peitsche. „Der vorliegende Entwurf“, hat der SPD-Abgeordnete Rapp sich ausgelassen, „kombiniert die beiden Elemente so zusammen, daß sie für sich Bestand haben und sich nicht

Fortsetzung Seite 2

Lohnkampf:

Jetzt sind Aktionen notwendig

Die SPD/FDP-Koalition hat sich so lang als möglich aus der offenen Konfrontation mit der gegenwärtigen Lohnbewegung herausgehalten. Sie hat den Kapitalisten politische Schützenhilfe gegeben, aber nicht direkt Stellung bezogen.

Seit den Verhandlungen von Innenminister Maihofer mit den Gewerkschaften im öffentlichen Dienst geht das nicht mehr.

Es ist nicht zu übersehen, daß die Regierung Schulter an Schulter und taktisch abgesprochen mit den Kapitalisten in die Lohnbewegung im öffentlichen Dienst eingreift.

Genauso wie die Metallkapitalisten haben sie gar kein Angebot unterbreitet. Dazu kommt, daß sie gegenüber der ÖTV nicht nur gesagt haben, die Forderung sei zu hoch, sondern sie sei auch der Form nach unannehmbar. Die Bundesbahndirektion hat den Eisenbahnern auch kein Lohnangebot gemacht. Stattdessen hat sie eine Lohnsenkung durch eine neue Kurzarbeitsregelung „angeboten“.

Die Metallkapitalisten hatten die zweite Verhandlungsrunde hinter den Termin der ersten Verhandlungen im öffentlichen Dienst gelegt. Sie wollten für den weiteren Kampf gegen die Metallarbeiter darauf verweisen können, daß es die Sozialdemokraten in der Regierung genauso machen wie sie selber, weswegen die sozialdemokratischen Arbeiter einsehen müßten, was gut für sie sei.

Das Verhalten der Regierung können die Kapitalisten jetzt vorweisen. Im öffentlichen Dienst sind die Verhandlungen einstweilen bis zum 4. März vertagt. Maihofer spricht offen aus, daß er am 4. März dann ein Angebot vorlegen will, wenn es sich in der Industrie so entwickelt, wie es die Regierung erhofft.

Der Plan besteht, zuerst die Metallarbeiter aufzureiben und dann den öffentlichen Dienst richtig zusammenzudreschen.

Die Regierung hofft jetzt, daß die ÖTV ruhig hält und keine Aktionen einleitet. Nur dann können die Metallkapitalisten rechnen, daß die Unverschämtheit der Regierung gegen die Lohnbewegung im öffentlichen Dienst die Metallarbeiter zusätzlich niederdrückt.

Wenn im öffentlichen Dienst jetzt nichts erfolgt, dann stehen die Metallarbeiter schlecht da. Weil sich die Gewerkschaften dort dann Provokationen bieten lassen, die genauso unverschämt sind wie die Provokationen von Gesamtmetall gegen die Metallarbeiter. Macht der öffentliche Dienst nichts, fällt er den Aktionen der Metallarbeiter in den Rücken.

Die Spaltungshetze in der Öffentlichkeit läuft auf vollen Touren. Gedroht wird mit steigender Arbeitslosigkeit, mit Inflation, daß sich die Konjunktur nicht erholen kann, und es gibt buchstäblich nichts Schlechtes, wofür in den letzten Wochen nicht die Steigerung des Arbeiterlohnes verantwortlich gemacht wurde. Es ist fast wie bei Hitler mit dem Weltjudentum. Die Bild-Zeitung geht nicht nur gegen die Höhe der Lohnforderung vor. Sie hetzt gegen die Form der ÖTV-Forderung: 135 DM für alle gleich ist gleich Umverteilung ist gleich Arbeitslosigkeit ist gleich Inflation, stellt sie die Gleichung auf.

Die Bourgeois wollen eine eiserne Front gegen den Lohnkampf aufbauen. Dabei stehen die Kapitalisten mit dem öffentlichen Dienstherren Schulter an Schulter und die gesamte Staatsmacht steht dahinter.

Allerdings kann man diese Front auch angreifen, und der Verhandlungstriumph, den die Kapitalisten und der öffentliche Dienstherr allein deswegen schon haben, weil auf „kein Angebot“ die richtige Antwort bloß Erlärung des Scheiterns der Verhandlungen und Beginn von Streikaktionen sein kann, braucht nicht vorzuhalten.

Zwar wurden die „Warnstreiks“ der Metallarbeiter von den Kapitalistenverbänden noch mit einem gut gemeinten Schulterzucken hingenommen. Wenn es jetzt im öffentlichen Dienst zu Aktionen kommt, schaut das schon anders aus. So etwas würde die Metallarbeiter gewaltig ermuntern, im Kampf fortzufahren. Der Zusammenhalt der Lohnabhängigen würde gestärkt. In Frankfurt haben die Vertrauensleute der städtischen Betriebe bereits die Einleitung einer Protestkundgebung oder Demonstration verlangt und rufen auf, in allen Dienststellen Personalversammlungen und Mitgliederversammlungen durchzuführen. An anderen Orten stehen die Forderungen nach Kampfmaßnahmen schon lange. Ob es eine Aussicht auf Erfolg hat, wenn die führenden Sozialdemokraten jetzt versuchen, solche Aktionen zu unterbinden?

Fortsetzung

Weg mit dem Paragrafen 218!

gegenseitig aufheben." Denn es sei doch so: „Selbst eine drastische Erhöhung des Strafrahmens, für die dann bemerkenswerterweise auch niemand plädiert hat, würde in bezug auf zum Abbruch fest entschlossene Schwangere ohne Wirkung bleiben." Man sieht, was die Sorge der bürgerlichen Politiker ist. Der § 218 hat den Zweck, daß die Besitzlosen den Besitzenden genügend „Menschenmaterial" für die Fabriken und fürs Militär liefern, dazu muß gesichert sein, daß sich die Massen nicht herausnehmen, selbst darüber zu entscheiden, wie viele Kinder sie aufziehen wollen. Wenn aber trotz aller Erniedrigung und Bedrohung durch den bestehenden § 218 Hunderttausende der Not gehorchend den Ausweg einer Abtreibung gehen, dann müsse der Staat für seine Beaufsichtigung neue Methoden zur Anwendung bringen.

Plump sei, so meinte der Abgeordnete von Schöler von der FDP, was die CDU mit den Beratungsstellen vorhabe. Das würde die Frauen abschrecken, sie würden von vornherein wegbleiben. Klug müsse man es anstellen, die Frauen müßten bei der vorgeschriebenen Beratung „das Gefühl haben, da ist jemand, der sie versteht". Wenn es gelingt, die Frau erst einmal in die Fänge einer staatlichen Beratungsstelle oder eines beauftragten Arztes zu locken, dann bestehe die Chance, dem Abtreibungsverbot wieder Geltung zu verschaffen. Und zwar entweder, indem ihr die Absicht, abzutreiben, gleich ausgeredet wird – Müller-Emmert hob da die verdienstvolle Rolle kirchlicher Beratungsstellen hervor, die bekanntlich gerne mit Greuefilmen über Abtreibungen arbeiten –, oder damit, daß die Beratene gleich registriert und der Überwachung ausgesetzt wird.

Tor und Tür für staatliche Willkür geöffnet

Anlocken soll die Frau die Aussicht, daß ihr eine legale Abtreibung gestattet wird, wenn bestimmte „Indikationen" vorliegen. Insbesondere die Indikation einer „Notlage". Die „Bild"-Zeitung hat unter der Schlagzeile „Abtreibung frei ab Mai" geschrieben: „Was ist eine soziale Notlage? Zum Beispiel: Die Mutter hat schon sechs Kinder und kann ein siebtes aus gesundheitlichen oder seelischen Gründen nicht mehr aufziehen. Die Wohnverhältnisse sind schlecht, das ist zum Beispiel der Fall, wenn eine fünfköpfige Familie in zwei Zimmern leben muß."

Na ja, das ist doch was, sollen die Leute sagen, denn die „Bild"-Zeitung will das Thema § 218 vom Tisch haben. Aber Pustekuchen. Damit auch keinerlei Mißverständnisse aufkommmen, heißt es in dem verabschiedeten Text, daß eine Abtreibung straflos bleibe, wenn sie „;angezeigt ist, um von der Schwangeren die Gefahr einer Notlage abzuwenden, die a) so schwer wiegt, daß von der Schwangeren die Fortsetzung der Schwangerschaft nicht verlangt werden kann ünd b) nicht auf andere, für die Schwangere zumutbare Weise abgewendet werden kann." Der letzte Abschnitt ist aus dem CDU-Entwurf übernommen. Da gibt es inzwischen Erfahrungen mit solcherlei „Abwendung". Ja dann geben Sie das Kind doch in ein Heim oder geben Sie es für die Adoption frei, heißt es dann für die arme Frau mit den sechs Kindern. Für irgendeine fremde betuchtere Familie ein Kind auszutragen, das ist nach den Regeln der christlichen Barmherzigkeit allemal „zumutbar". Und erfahren sind die Behörden in dem Geschäft, in Not geratene Frauen zur Zustimmung zu bewegen. Zwangsadoption ist der richtige Ausdruck für diese Praxis.

Das weitere Lockmittel ist die „Straffreiheit" für die Frau. „Die Schwangere ist nicht nach Satz 1 strafbar, wenn der Schwangerschaftsabbruch nach Beratung ... von einem Arzt vorgenommen worden ist und seit der Empfängnis nicht mehr als zweiundzwanzig Wochen verstrichen sind."

Über diese „Straffreiheit" ist in der Debatte der SPD-Müller-Emmert geradezu ins Schwärmen gekommen. Sie soll als Falle für die Ärzte dienen. Mit diesem „zeitlich begrenzten persönlichen Strafausschließungsgrund" würden „wichtige kriminalpolitische Zielsetzungen gefördert", hat er ausgeführt. Folgendermaßen soll das gehen: Die Frau hat nach dem neuen Gesetz kein Aussageverweigerungsrecht. „Sie muß vielmehr voll aussagen." Sie soll also in einem Prozeß als Kronzeuge den Arzt ans Messer liefern und jeden, der sonst „Beihilfe" gegeben hat. Tut sie es nicht, ist sie selbst dran. Dies werde dazu führen, „daß sich ein Arzt sein Handeln genau überlegen wird" und „es wird daher für eine Frau nicht einfach sein, einen Arzt zu finden, der bereit ist, einen Abbruch ohne Indikation vorzunehmen". Von Schöler von der FDP nennt das Ganze eine „Vorkehrung" dagegen, daß „Geschäftemacher aus der Not der Frauen ein Geschäft ziehen lassen". Das ist besonders perfide. In Wirklichkeit wird diese Bestimmung nur die Preise der Geschäftemacher unter den Ärzten in die Höhe treiben. Treffen soll das Gesetz dagegen Ärzte, die bereit sind, den Frauen zu helfen.

„Wir sind sogar noch weiter gegangen", brüstet sich Müller-Emmert. Gibt das Gesetz dem staatstreuen Arzt und den Behörden jede Handhabe, die Frauen und die Familien zu demütigen, über ihre Verhältnisse auszuhorchen und unter Druck zu setzen, so verfährt es unerbittlich mit denen, die sich ihrem Staatsauftrag entziehen. Nicht bloß, daß ein aufgrund des § 218 vorbestrafter Arzt keine „Begutachtungen" mehr machen darf, schon wenn ein Hauptverfahren wegen § 218 gegen ihn eröffnet ist, kann ihm die Begutachtung untersagt werden.

„Auf der gleichen Linie liegt auch, daß wir in den Entwurf eine neue Strafvorschrift aufgenommen haben, die jeden Arzt unter Strafe stellt, der wider besseres Wissen eine unrichtige schriftliche Feststellung über das Vorliegen einer Indikation trifft." Neu ist diese Vorschrift allerdings nicht, sie ist aus dem CDU-Entwurf abgeschrieben.

Zwangsabtreibung vorgesehen

Noch nicht übernommen ist die Zwangsabtreibung, die der Filbingerentwurf und der Richterentwurf vorgesehen hatten. Im Richterbund-Entwurf hieß es so: „Die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters oder Pflegers der Schwangeren genügt, wenn die Schwangere infolge ihres Zustandes nicht wirksam einwilligen kann ...", und zwar sowohl bei Gefahr für Leben und Gesundheit als auch bei einer Vergewaltigung. Diese Bestimmung findet durchaus den Beifall aller im Bundestag vertretenen Parteien. Sie ist nur deshalb nicht in das neue Gesetz aufgenommen, weil der ganze Komplex „so bald wie möglich" „an anderer Stelle des Strafgesetzbuches geregelt werden muß, und zwar im Rahmen der Reform des sogenannten Arztstrafrechts, weil Vorschriften über die Einwilligung durch den Patienten für den ganzen Bereich ärztlicher Heilmaßnahmen anwendbar sein müssen."

Wenn die Sprüche vom „Schutz des Lebens" im Munde der bürgerlichen Politiker nicht zur Genüge der Heuchelei überführt wären, dieses Vorhaben deckte sie vollends auf. Nicht daß ein ungeborenes Kind abgetrieben wird, bringt den bürgerlichen Staat auf den Plan, sondern daß es gegen seinen Willen abgetrieben wird. Daß sich eine Frau herausnimmt, selber darüber zu entscheiden. Wo auf den Befehl einer Behörde das Kind einer für unzurechnungsfähig erklärten Frau abgetrieben wird, ist es rechtens, denn der Staat der herrschenden Klasse ist der Herr über Leben und Tod und er hat es so gewollt. Amen. Der Faschistenstaat hat vorgeführt, was mit einem solchen Recht angefangen werden kann.

Vergebliche Hoffnung auf Beruhigung über das Strafgesetz

Die Koalitionsparteien haben sich in der Debatte sehr ins Zeug gelegt, nachzuweisen, daß ihr Gesetz dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts „voll gerecht" wird. Man muß zugeben, das Netz der Strafdrohungen ist fein ausgespannt und es ist Sorge getragen, daß den Gerichten Arbeit verschafft wird.

Daß die CDU abgelehnt hat, kann auch nicht daran liegen, daß ihr noch viel mehr an Schikanen und Demütigungen eingefallen wäre, sie will jetzt nur einfach nichts mehr mit diesen Regierungsparteien zusammen machen. Es soll dieser Regierung absolut nichts mehr gelingen, das ist gegenwärtig ihre Taktik. Nach Karlsruhe will die CDU selber auch nicht gehen, das kostet Stimmen, wie sie hat erfahren müssen. Aber vielleicht wird es irgendein Richter tun, wie die „Frankfurter Allgemeine" nahelegt.

„Das Gesetz ist so menschlich", „so klar und so übersichtlich", hat der FDP-von Schöler beschwörend gesagt, „daß es von den betroffenen Frauen angenommen werden kann." Aber Beschwörung wird nichts nutzen. Daß es sich hier um ein Polizeigesetz übelster Sorte handelt, läßt sich keinen Tag lang verbergen. Daß „der größte Teil der Bevölkerung die Auseinandersetzung nicht mehr registriert", wie die „Frankfurter Rundschau" schreibt – da ist der Wunsch der Vater des Gedankens oder die Verwechselung der Bevölkerung mit jenen „Linken", die nach dem Spruch der Karlsruher Richter in die Knie gegangen sind.

Die Volksbewegung für die ersatzlose Streichung des § 218 hat das nicht getan und am 21. Februar, dem Jahrestag des Urteils des Bundesverfassungsgerichts, wird erneut auf den Straßen demonstriert werden, daß es für den Strafparagrafen und seine Verfechter keinen Rechtsfrieden geben wird. – (hv)

Immer mehr Arbeitslosen werden ihre Versicherungsgelder gesperrt

239400 Arbeitslosen wurde 1975 das Arbeitslosengeld gesperrt. Das ist gegenüber 1974 eine Steigerung um 64,9 Prozent. In 44200 Fällen wurden Sperrzeiten wegen Ablehnung einer für „zumutbar" erklärten schlechteren Arbeit verhängt. Diese Steigerung betrug gegenüber dem Vorjahr sogar 101 Prozent. Die Bundesanstalt für Arbeit hat 1975 offensichtlich schon die neue, ab 1.1.1976 gültige gesetzliche Regelung praktiziert, wonach ein Arbeitsloser zur Annahme jeder Arbeit gezwungen werden kann. (nach Süddeutsche Zeitung, 16.2.76)

Mitbestimmung

Am 18. März soll das Mitbestimmungsgesetz im Bundestag verabschiedet werden. Doch die beschlossene Einstimmigkeit der Führungsspitzen von SPD/FDP und CDU/CSU wird in den Fraktionen nicht eingehalten. Nachdem der CDU-Wirtschaftsrat mit seinem generellen Angriff gegen die Mitbestimmungspläne gegen den Beschluß der CDU/CSU-Führung verstoßen und damit der SPD aus der Verlegenheit geholfen hat, die Fortschrittlichkeit ihres Gesetzes beweisen zu müssen, haben nun die Mitglieder der CDU-Sozialausschüsse einen Entwurf vorgelegt. Danach soll die Montanmitbestimmung für alle Großbetriebe eingeführt werden, wie es die DGB-Spitze gefordert hatte. Die SPD wird nun gegen die CDU-Sozialausschüsse begründen müssen, warum die Montanmitbestimmung „zu weitgehend" ist.

CSU im Lockheed-Skandal: Geld stinkt nicht – nur Überweisungsnachweise und Quittungen sind schädlich

Die Spitzenpolitiker der westlichen Welt verleben unruhige Stunden: Die Bestechungsgeschäfte des Lockheed-Konzerns werden untersucht. Der holländische Prinzgemahl soll 1,1 Millionen Dollar, die westdeutsche CSU sogar 16 Millionen Dollar gekostet haben, bis sie den Kauf des Lockheed-Flugzeuges Starfighter betrieben. CSU-Chef Strauß und damals Bundesverteidigungsminister, durch dessen Hände das Geld damals geflossen sein soll und in dessen Taschen dann sicher auch einiges hängengeblieben ist, betrieb den Kauf von 700 Starfightern mit besonderem Eifer. Die Maschine wurde gekauft, obwohl sie nicht einmal erprobt war. 80 Piloten bezahlten das Geschäft mit dem Leben. Insgesamt 177 Starfighter sind bisher abgestürzt.

obwohl sie nicht einmal erprobt war. 80 Piloten bezahlten das Geschäft mit dem Leben. Insgesamt 177 Starfighter sind bisher abgestürzt.

Die UdSSR errichtet Gedenksteine für zaristische Marinesoldaten in Malaysia

Peking 11.2.76 (Hsinhua). Nach einer Meldung aus Kuala Lumpur hat die Botschaft der UdSSR am 5. des Monats in Penang, einer Stadt in Malaysia, „Feierlichkeiten" organisiert zur Einweihung von Gedenksteinen für mehrere Marinesoldaten der Flotte der Zaren, die während des Ersten Weltkrieges vor der Küste Malaysias getötet worden sind. Die Maßnahme zeigt, daß die sowjetische Regierung Erbe der Aggressions- und Expansionspolitik der alten Zaren ist. Einmal mehr enthüllt dieses Vorgehen ihre wahre sozialimperialistische Natur.

Während der „Feierlichkeiten" haben der sowjetische Botschafter, der Militärattaché der Botschaft und die Kapitäne der Kriegsschiffe nacheinander über eine Lautsprecheranlage Ansprachen gehalten, um die Toten als „Helden" zu ehren.

Die malaysische Zeitung „sing ping yit pao" schreibt dazu in einem Kommentar: „Was macht wohl diese Marine der Zaren so erinnerungswürdig? Nur die Sowjets wissen das." „Warum trauern um die Gruppe dieser militärischen Aggressoren? Soll das bedeuten, daß die gegenwärtige sowjetische Regierung das Andenken hochhält an die Kanonenbootpolitik der alten Zaren? Oder will die gegenwärtige Regierung etwa damit das verehren, was die Zaren vollbracht haben?" „Das provoziert zu Vermutungen und Verdächtigungen und führt die Menschen dazu, ihre Aufmerksamkeit und ihre Wachsamkeit der gegenwärtigen sowjetischen Regierung gegenüber zu verstärken."

Eine neue Währungskrise kündigt sich an

Eine neue Währungskrise kündigt sich an

Kaum waren letzte Woche der Minister Leber aus der Türkei und der Minister Genscher aus Portugal zurück, so flog Bundeskanzler Schmidt mit seinen wichtigsten Ministern in vier Flugzeugen der Bundeswehr zu dem „deutsch-französischen Konsultationstreffen" nach Nizza. Diese Treffen finden regelmäßig alle sechs Monate statt. Der französische Staatspräsident sprach von einer „deutsch-französischen Entente" (Bündnis). Dagegen sind die westdeutschen Pressekommentatoren anderer Meinung. Das Handelsblatt redet z.B. von „vordergründiger Harmonie".

Konkrete Ergebnisse der Konferenz wurden nicht bekannt gemacht. Unter anderem wurde über die europäischen Währungen gesprochen. Das ist auch nötig. Denn noch ist die Tinte unter den Vereinbarungen von Rambouillet und des Internationalen Währungsfonds in Jamaika (die als Garant weltwirtschaftlicher Stabilität hochgejubelt wurden) nicht trocken, da kündigt sich eine neue Währungskrise an.

Am 20. Januar mußte Italien seine Devisenbörsen schließen, weil das internationale Finanzkapital, vor allem die Finanzbourgeoisie der USA, mit der Entwicklung des Landes unzufrieden waren und ihr Kapital abzogen. Die italienische Nationalbank hatte in 20 Januartagen 528 Millionen US-Dollar aus ihrer Reserve abgeben müssen, um den Lirakurs vor dem Sturz nach unten zu bewahren. Nach ein paar Tagen blieb nur noch die Schließung der Devisenbörse. Die Devisenreserven sind auf etwa 70 Millionen Dollar gesunken und den Goldreserven von etwa 11 Milliarden Dollar stehen etwa 13 Milliarden Auslandsschulden gegenüber. Um überhaupt zahlungsfähig zu bleiben und Kredite zu bekommen, mußte sich Italien harte Auflagen der Kreditgeber diktieren lassen. Einen Teil des Goldes mußte 1974 an die BRD verpfändet werden, damit die Bundesbank einen Kredit gab. Bei dem ersten goldgesicherten Kredit wurde 1 Unze Gold mit 120 Dollar berechnet und die westdeutschen Finanziers lassen ihre Presse jetzt verbreiten, wenn der Goldpreis weiter als derzeit 130 Dollar fallen würde, sei der Kredit nicht mehr gedeckt. Für den neuen Kredit wollen sie die Unze Gold nur noch mit 100 Dollar anrechnen. Einen 30%-igen Risikoaufschlag und Extra-Tribut lassen sich die BRD-Imperialisten also bezahlen.

Anfang der letzten Woche mußte Spanien seine Währung um 11 % abwerten. Damit muß man für 1 Pesete 11 % weniger Mark als zuvor bezahlen. Daher werden auch spanische Waren im Ausland, besonders aber Fabriken in Spanien für die ausländischen Kapitalisten billiger. Die Abwertung begünstigt den Kapitalexport nach Spanien. Spanien muß dafür mehr für ausländische Waren bezahlen, erhält aber weniger für seine eigenen. Die Erklärung der spanischen Nationalbank läßt keinen Zweifel, daß sie gezieltem Druck des ausländischen Finanzkapitals nachgeben mußte.

In Spanien investieren vor allem die USA und die BRD. Bereits einen Tag nach der Abwertung erklärte der EG-Ministerrat, jetzt seien „die letzten Hindernisse aus dem Weg geräumt", die Beitrittsverhandlungen Spaniens zur EG wieder aufzunehmen.

Noch vor ein paar Wochen stand der Kurs des französischen Franc ganz oben innerhalb der „Währungsschlange", in der die Währungen von Frankreich, der BRD, Belgien, Niederlande, Luxemburg und Dänemark mit gering schwankenden Kursen zusammengeschlossen sind. Ende Januar sackte er so tief ab, daß die französische Nationalbank rund 2 Milliarden Dollar oder 30 % ihrer Devisenreserven (ohne ca. 16 Millionen Dollar Reserven in Gold) abgeben mußte, um einen weiteren Sturz des Franc und ein Zerbrechen der „Schlange" zu verhindern. Zwei Tage nach Beginn der Franc-Krise war in der „Frankfurter Allgemeinen" (22.1.) zu lesen, daß die französischen Reserven auf Sand, nämlich auf Auslandsschulden gebaut sind. Sie wurden dort auf weit über 100 Milliarden Franc geschätzt (gleich 57 Mrd. DM oder 22,5 Mrd. Dollar).

Kaum war der Franc in eine Krise geraten, da trieb die Spekulation den Kurs der Mark an den Devisenbörsen hoch. Nach „vagen Schätzungen des Devisenhandels" (Handelsblatt 13.2.) mußte die Bundesbank Mitte letzer Woche Dollars und Franc im Umfang von 300 Millionen Dollar aufkaufen, um eine Aufwertung der DM zu verhindern.

Eine *Abwertung des Franc* würde zwar den französischen Export verbilligen und deshalb konkurrenzfähiger machen, aber auch Verteuerung des Imports, daher Inflation bedeuten, sowie Einladung an die ausländischen Kapitalisten, Fabriken zu kaufen, Ausverkauf, weitere Verschuldung, die ja gerade eine der Hauptursachen des Währungsverfalls ist. Eine Abwertung des Franc bedeutet zwar für die DM umgekehrt eine Aufwertung, aber eben nur gegen den Franc, denn zu allen anderen Währungen bleibt der alte DM-Kurs unberührt.

Nach einer *Aufwertung der Mark* müßte in allen anderen Währungen mehr auf den Tisch gelegt werden, um den alten DM-Betrag zu erhalten. Dadurch würden vor allem westdeutsche Waren im Ausland teurer und der Export erschwert, was direkt auf die Profite in der BRD wirkt. 1974 wurden 38 % des Sozialprodukts exportiert.

Die westdeutsche Presse ist sich einig, daß der Franc zu hoch berwertet ist. Die „Frankfurter Rundschau" z.B. schrieb letzten Freitag, Frankreich hätte den Franc „politisch" überbewertet. „Was aber Frankreich an diplomatischer Größe aufweisen kann, hat es auf dem Terrain der *Börse* nicht zu bieten. Hier zählen Fakten wie Inflationsraten und *soziales Klima*." Die Arbeiter noch mehr auszupressen, um die „internationale Konkurrenzfähigkeit" zu erhöhen – das ist eine Logik, die für die Arbeiter im einen wie im anderen Land nur erhöhten Druck bedeutet.

Die beiden Regierungen haben in Nizza erklärt, die Parität, das Kursverhältnis von Mark und Franc sollten nicht geändert werden. Auf einer Ministersitzung diesen Montag wurde dies bekräftigt. Die „Währungsschlange" soll damit erhalten werden. Doch dies wird nicht lang dauern. „Handelsblatt" schrieb am 11.2.: „Im Grunde scheint eine Neubewertung der großen Währungen im Gang zu sein." die nächste Währungskrise ist noch nicht da, aber sie kündigt sich schon an und wird die wirtschaftliche Krise verheerend verschärfen.

Am Montag hat Finanzminister Apel im Fernsehen erklärt, eine Intervention der Notenbank sei „lange" durchzuhalten. Das ist lächerlich und widerspricht allen Erfahrungen, es sei denn Apel hält eine oder zwei Wochen für lange. Eine neuere amerikanische Untersuchung spricht davon, daß die internationalen Konzerne und Banken etwa 270 Milliarden Dollar flüssige Mittel zur Verfügung haben. Ein Bruchteil genügt, um die Währung eines jeden Landes in eine tiefe Krise zu stürzen. – (fb)

Die Schaffung der marxistisch-leninistischen Partei ist eine Tagesaufgabe

In den letzten Jahren haben sich zahlreiche marxistisch-leninistische Zirkel herausgebildet. Es ist ihnen nicht gelungen, die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse aufzubauen. Dennoch hat sich die Lage geklärt, und man kann heute nicht mehr von einer örtlichen Zersplitterung der marxistisch-leninistischen Bewegung sprechen. Es gibt heute im wesentlichen vier Organisationen, die sich in ihrer politischen Arbeit auf den Marxismus-Leninismus ausdrücklich berufen und den Aufbau der Partei der Arbeiterklasse als ihre entscheidende Aufgabe betrachten. Neben dem Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) sind dies der Kommunistische Arbeiterbund Deutschland, die Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) und die Gruppe Rote Fahne (KPD).

Es gibt eine marxistisch-leninistische Bewegung

Von zwei Tatsachen muß man ausgehen: Es gibt heute eine marxistisch-leninistische Bewegung, die in einigen grundsätzlichen Positionen übereinstimmt. Sie hat subjektiv ausdrücklich mit den Positionen des Revisionismus und des Trotzkismus gebrochen. Sie verficht die Diktatur des Proletariats für die ganze Übergangsperiode zum Kommunismus. Sie begreift die gewaltsame Revolution als einziges Mittel, durch das die Arbeiterklasse die Herrschaft der Bourgeoisie stürzen und den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen kann. Sie ist der Auffassung, daß die proletarische Revolution nur in der Form der Volksrevolution Erfolg haben kann und daß die Bauern als neben der Arbeiterklasse einzige Produzenten des materiellen Reichtums die unerläßlichen Bündnispartner des Proletariats beim Aufbau des Sozialismus sind. Diese Bewegung zieht die ideologischen und politischen Konsequenzen aus der Spaltung der kommunistischen Weltbewegung durch den modernen Revisionismus und aus der Machtübernahme der Bourgeoisie in der Sowjetunion, die diesen ersten sozialistischen Staat in eine sozialimperialistische Supermacht umgewandelt hat. Die Existenz einer marxistisch-leninistischen Bewegung in Westdeutschland ist die erste Tatsache, von der man ausgehen muß. Ihre tiefe Spaltung ist die zweite Tatsache, von der man ausgehen muß. Die Spaltung der marxistisch-leninistischen Bewegung ist die Ursache dafür, daß sie bisher erst begrenzte Fortschritte im Aufbau der Partei und in der Verbindung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterbewegung gemacht hat, daß sie noch keineswegs in der Lage ist, die Arbeiterbewegung zu führen und die Arbeiterklasse zu befähigen, die Volksmassen im Kampf gegen den bürgerlichen Staat zusammenzuschließen.

Was verhindert die Einheit der Marxisten-Leninisten?

Die Einheit der Marxisten-Leninisten wird vor allem durch den Einfluß von ökonomistischen, sozialchauvinistischen und sektiererischen Strömungen verhindert. Diese Strömungen haben in verschiedenen Organisationen die Oberhand gewonnen. So hat im Kommunistischen Arbeiterbund Deutschland die ökonomistische Strömung die Oberhand gewonnen. Der Kommunistische Arbeiterbund hat eigens eine Theorie entwickelt, die die Berechtigung des Ökonomismus beweisen soll, ohne ihn eingestehen zu müssen. Richtig ist der Ausgangspunkt dieser Theorie, daß sich die Marxisten-Leninisten auf die Arbeiterklasse konzentrieren müssen. Falsch ist alles weitere. Daß die Arbeiterklasse nur über eng wirtschaftliche Interessen zunächst für den Kampf um soziale Reformen (35-Stunden-Woche) und für den Kampf um Rechte (volles Streikrecht) gewonnen werden könne. Aufgrund der mangelnden Verankerung der Marxisten-Leninisten in der Arbeiterklasse und der politischen Unreife der Arbeiterklasse müsse man die anderen Klassen und Schichten des Volkes zunächst sich selber überlassen. Diese Auffassungen verbinden sich mit einer Phasentheorie für den Parteiaufbau und einer schematischen, weil linearen Auffassung über die Entwicklung des Klassenkampfes von der nichtrevolutionären zur revolutionären Situation. An die Stelle der Dialektik von ökonomischem und politischem Kampf, die zum einheitlichen Klassenkampf verbunden werden müssen, tritt beim KABD die Beziehung von gewerkschaftlichem und selbständigem Kampf, wobei die Selbständigkeit der Arbeiterklasse nicht in ihrer politischen Linie, sondern in ihrer von der Gewerkschaftsbürokratie unabhängigen Kampfführung gesehen wird.

Ökonomistisch ist diese Auffassung, weil sie die Arbeiterklasse auf sich selber und ihre engsten ökonomischen Interessen konzentriert, somit den Verzicht auf die Erziehung der Arbeiterklasse zur führenden Klasse des Volkes bedeutet. Sie überläßt die anderen Klassen und Schichten des Volkes natürlich auch nicht sich selber, sondern der Bourgeoisie und ihrem politischen und ideologischen Einfluß. Sie betreibt die Isolation der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Bourgeoisie. Zusammengefaßt: Richtig ist die Konzentration der Marxisten-Leninisten auf die Arbeiterklasse. Ökonomistisch ist die Konzentration des Proletariats auf sich selber und den Boden des ökonomischen Kampfes.

In der Gruppe Rote Fahne hat der Sozialchauvinismus die Oberhand gewonnen. Worin äußert sich dieser? Die Gruppe Rote Fahne (KPD) geht davon aus, daß die Hauptaufgabe der Arbeiterklasse in ganz Deutschland gegenwärtig der Kampf gegen den Sozialimperialismus als der gefährlicheren Supermacht ist und daß dieser Hauptaufgabe alle anderen Aufgaben des Klassenkampfes untergeordnet werden müßten. Sie sagt, dies sei notwendig, um an den Sozialismus heranzukommen. Um auf diese Art an den Sozialismus heranzukommen, stellt sie den Kampf gegen den US-Imperialismus und insbesondere den Kampf gegen den BRD-Imperialismus zurück. Sozialchauvinistisch ist diese Auffassung deshalb, weil sie die Arbeiterklasse unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Sozialimperialismus ideologisch und politisch dem Chauvinismus ausliefert.

Sektierertum gibt es mehr oder weniger in allen marxistisch-leninistischen Organisationen. Es besteht in der Unfähigkeit, sich mit den Massen zu verbinden. Die Oberhand gewonnen hat das Sektierertum, wenn eine politische Linie zum Programm erhoben wird, die direkt ausschließt, daß sich die Marxisten-Leninisten mit den Massen im Kampf verbinden können, z.B. wenn ausdrücklich darauf verzichtet wird, den Kampf für die Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes zu führen, oder wenn bei Aktionseinheiten nicht Forderungen, die dem revolutionären Kampf dienen, zur entscheidenden Grundlage gemacht werden, sondern Bedingungen, die die Entfaltung einer Politik der Aktionseinheit unter den Massen von vornherein verhindern, z.B. die grundsätzliche Weigerung, mit Revisionisten und Trotzkisten zu verhandeln.

Die Spaltung der Marxisten-Leninisten bekämpfen

Auf Initiative des KBW hat am Samstag, den 14. Februar, ein Gespräch zwischen Vertretern der Leitungen von KBW, Kommunistischem Arbeiterbund Deutschland (KABD), Gruppe Rote Fahne (KPD), Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) stattgefunden, um die Möglichkeiten eines gemeinsamen Eingriffs in die Bundestagswahlen zu prüfen. Sie können besser genutzt werden, wenn die Marxisten-Leninisten sich auf einige grundsätzliche Festlegungen einigen und auf dieser Grundlage gemeinsam den Wahlkampf führen. An dem Gespräch haben alle vier Organisationen teilgenommen. Damit haben sie alle die Existenz einer marxistisch-leninistischen Bewegung anerkannt, was ein wichtiger Fortschritt ist. Das Zentrale Komitee des KBW hat bereits in der Einladung zu diesem Gespräch drei Punkte der Einigung vorgelegt. Es hat festgestellt, daß eine Einigung für die gemeinsame Teilnahme an den Bundestagswahlen möglich ist, „wenn sie auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus angestrebt wird und dem Klassenkampf dient, d.h.

– dem Kampf gegen den BRD-Imperialismus und die westdeutsche Finanzbourgeoisie als Hauptfeind der Arbeiterklasse auf dem Weg der proletarischen Revolution in Westdeutschland,

–dem Kampf gegen die beiden Supermächte, die größten Ausbeuter und Unterdrücker in der Welt, als Hauptfeinde der proletarischen Weltrevolution und Hauptfeinde der Völker der Welt im Kampf gegen Hegemonismus und Kriegsgefahr,

– dem Kampf gegen die Spaltung der Arbeiterklasse durch Reformismus und Revisionismus, die das größte Hindernis ist beim Zusammenschluß des Proletariats auf dem Weg zu seiner Befreiung".

Dies sind äußerst präzise Festlegungen, die ein gemeinsames Eingreifen in die Bundestagswahlen ermöglichen. Weil sie sehr präzise sind, stießen sie auf den Widerspruch der anderen Organisationen. Der KABD lehnt eine Beteiligung an den Bundestagswahlen ab, weil sie der Hauptaufgabe, dem Aufbau der Partei, schaden würde. Es ist klar, daß es sich dabei nicht einfach um eine taktische Differenz handelt und daß sich hinter dieser taktischen Entscheidung die ökonomistischen Grundauffassungen der Organisation verbergen. Die Gruppe Rote Fahne (KPD) lehnt die Festlegung auf den BRD-Imperialismus als Hauptfeind der proletarischen Revolution in Westdeutschland ab, denn diese Festlegung würde dem Sozialchauvinismus einen festen Riegel vorschieben. Die Vertreter der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) haben die drei Punkte des Zentralen Komitees des KBW als „Themen" anerkannt, die man allerdings präzisieren müßte. Eine der „Präzisierungen" sah dann so aus, daß die präzise Festlegung auf den Hauptfeind der proletarischen Revolution in Westdeutschland verwischt werden sollte. So konnte es zu keiner Einigung kommen. Ergebnis des Gesprächs ist also: Anerkennung der Existenz einer marxistisch-leninistischen Bewegung und genaue Bestimmung der entscheidenden Differenzen.

Der Kampf gegen Ökonomismus, Sozialchauvinismus und Sektierertum dient der Einheit der Marxisten-Leninisten

Das Gespräch der vier Organisationen war eine bedeutsame Sache im Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten und den Aufbau der Kommunistischen Partei. Die Auseinandersetzung dauert bereits lange an und sie wird verstärkt fortgesetzt werden. Zweifellos wird diese Auseinandersetzung sich unter dem Druck der Entwicklung des Klassenkampfes beschleunigen. Die Anforderungen der spontanen Bewegung an die Marxisten-Leninisten wachsen und der Kampf gegen die Reaktion der Bourgeoisie verlangt eine einheitliche Führung.

Unsere Position in dieser Auseinandersetzung ist einfach und klar: Die Schaffung der Partei ist notwendig und steht auf der Tagesordnung. Sie kann nur geschaffen werden, wenn der Einfluß von Ökonomismus, Sozialchauvinismus und Sektierertum in der marxistisch-leninistischen Bewegung gebrochen wird. – (js)

Verfahren gegen Heldmann / Generalbundesanwalt für Willkür

Gegen den Verteidiger im Stammheimer RAF-Prozeß, Rechtsanwalt Dr. Hans-Heinz Heldmann, hat die Staatsanwaltschaft Frankfurt ein Ehrengerichtsverfahren eingeleitet. Die Versuche der Justiz, die Verteidiger in politischen Prozessen auszuschalten, nicht nur aus den aktuellen Prozessen, sondern ihre Rechtsanwaltsexistenz gänzlich zu vernichten, werden fortgesetzt, wo sie nicht gleich überhaupt unter dem Vorwurf der Begünstigung angeklagt werden und ins Gefängnis kommen, wie z.B. Rechtsanwalt Groenewold, der jetzt vor dem Oberlandesgericht Hamburg angeklagt werden soll. Aber auch die sogenannten Ehrengerichtsverfahren, die zum Ausschluß aus dem Rechtsanwaltsberuf führen, haben strafrechtlichen Charakter. Die Staatsanwaltschaft leitet die Ermittlung.

Gegen Rechtsanwalt Heldmann erhebt die Staatsanwaltschaft Frankfurt den Vorwurf, er habe „Repräsentanten staatlicher Institutionen beleidigt und verunglimpft, wiederholt die Sitzung durch eigenmächtiges Wortergreifen gestört sowie zusammen mit anderen Verteidigern ohne zwingenden Grund die Sitzung verlassen". Die strafbare „Verunglimpfung staatlicher Institutionen" besteht darin, daß sich Heldmann gegen die Beschneidung der Verteidigerrechte zur Wehr setzte, z.B. gegen die Verhaftung der Rechtsanwälte Ströbele und Croissant, oder ganz einfach darin, daß Heldmann das Vorgehen der Justiz, wie es tatsächlich erfolgte, benannt hat: daß das Gericht die Strafprozeßordnung außer Kraft gesetzt hat, daß es ärztliche Gutachten verfälscht und daß der Staatsankläger Buback auf ein rechtsstaatliches Verfahren pfeife. Als Gründe für den Entzug der Rechtsanwaltsbefugnis werden sogar genannt, daß er sich weigerte, auf die Aussagen Baaders Einfluß zu nehmen, daß er sich das Wort nahm, nachdem das Gericht der Verteidigung das Wort abgeschnitten hatte, und daß er schließlich mit anderen Verteidigern den Saal verlassen hatte, weil die Angeklagten verhandlungsunfähig waren. Denn Generalbundesanwalt Buback sind nicht nur Verteidigerrechte ein Dorn im Auge. Er findet gesetzliche Regelungen insgesamt störend, selbst wenn sie mit den besten Absichten von Bourgeoispolitikern vorgeschlagen werden. In einem „Spiegel"-Interview erklärt er auf die Frage, was er von einer gesetzlich geregelten Zentralkompetenz für den Generalbundesanwalt halte: „Das wäre keine Stärkung unserer Position, sondern eine Schwächung ... In der Praxis finden wir da immer einen Weg ... Da brauchen wir keine Zuständigkeitsregelung. Der Staatsschutz lebt davon, daß er von Leuten wahrgenommen wird, die sich dafür engagieren. Und Leute wie Herold und ich, die finden immer einen Weg. Wenn sie eine gesetzliche Regelung haben und sie mal strapazieren müssen, funktioniert sie ja meistens doch nicht."

Die Organisation der staatlichen Macht- und Unterdrückungsinstrumente als „Staatsschutzorgane", die in eigener Befugnis die Staatsmacht ausüben ohne gesetzliche Schranken, diese Umwandlung findet gegenwärtig statt, sowohl bei der Polizei durch das in Planung befindliche neue Polizeirecht und durch die Aufstellung der anonymen Mobilen Einsatzkommandos, beim Verfassungsschutz (siehe niedersächsisches Verfassungsschutzgesetz, KVZ Nr. 6) als auch bei Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt.

Angriffe auf Ausländer und Jugendliche

500 Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren will das Volkswagenwerk in Wolfsburg zu Bandarbeit in die Fabrik pressen. Ausgegeben wird das als Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Der Reaktionär Filbinger hat letzte Woche gefordert, daß Ausländer aus der BRD abgeschoben werden sollten. Da viele Jugendliche sowieso keine Berufsausbildung wollten, könnten sie so gut die Arbeitsplätze der Ausländer einnehmen.

Die industrielle Reservearmee im Lande ist den Kapitalisten groß genug. Ausländer wollen sie jetzt rausschmeißen, um Jugendliche in die Fabriken und die Akkordarbeit zu pressen. Als Preisbrecher für die Ware Arbeitskraft haben sie die ausländischen Arbeiter ins Land geholt. Jetzt meinen sie, bessere Preisbrecher gefunden zu haben, die Jugendlichen, die für einen noch geringeren Lohn die Arbeit der Ausländer verrichten sollen.

Das „Handelsblatt" schreibt, daß „keine unüberwindbaren juristischen Probleme für den Rausschmiß der halben Million Ausländer aus Nicht-EG-Ländern bestehe". Die Bundesregierung sieht nur eventuelle Spannungen mit den Heimatländern und stellt fest, daß **zur Zeit** kein Geld für Kopfprämien pro Abschiebung vorhanden sei. Der ehemalige Gewerkschaftsvorsitzende Arendt und jetzige Arbeitsminister hat sich gegen die Feststellung in dem Entwurf für „Thesen zur Ausländerpolitik" gewandt, „daß an Zwangsausweisungen nicht gedacht sei". Die jugendliche Arbeitskraft hat das Parlament durch Gesetz grundsätzlich für Schicht-, Band- und Akkordarbeit freigegeben.

Die herrschende Kapitalistenklasse geht so vor, daß jeweils Teile der Arbeiterklasse ihrer Rechte beraubt werden. Den jugendlichen Arbeitern raubt sie das Schutzrecht vor schrankenloser Ausbeutung, den Ausländern das Recht auf Freizügigkeit und den Schutz vor den Auswirkungen der Arbeitslosigkeit durch die Arbeitslosenversicherung. „Sie (die Bundesregierung) hält jedoch ... für gerechtfertigt, die Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld für arbeitslose Ausländer ohne Arbeitserlaubnis auf eine der Dauer der Beitragszahlung angemessene Zeit zu begrenzen." (Entwurf zu „Thesen zur Ausländerpolitik") Wie ein Zahnrad in das andere greift die Entrechtung der ausländischen mit der Entrechtung der jugendlichen Arbeiter.

CDU: Verbotsantrag

Der Regierungsentwurf zur Novellierung des Beamtenrechtsrahmengesetzes zur Regelung der Verfolgung im öffentlichen Dienst befindet sich gegenwärtig im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat. Als erstes Ergebnis dieser Vermittlungsbemühungen ist bisher bekannt geworden, daß die Bourgeoispolitiker eine Liste von verfassungsfeindlichen Organisationen aufstellen und ein Verfahren festlegen wollen, wie die Verfassungsfeindlichkeit festgestellt werden kann. Die CDU/CSU bringt jetzt eine weitere Variante der politischen Unterdrückung ins Spiel. Der „Mannheimer Morgen" vom 17. Februar berichtet: „Die Unionsparteien erwägen einen Verbotsantrag gegen die kommunistischen Parteien und Organisationen für den Fall, daß die Bundesregierung in der Behandlung der Radikalen im öffentlichen Dienst nicht auf die Vorstellungen von CDU und CSU eingeht." Der sicherheitspolitische Sprecher der CDU/CSU Miltner „vertrat die Auffassung, daß ein Verbot dieser Organisationen als Verfassungsinstrument anzuwenden sei, bevor die Kommunisten parlamentsfähig werden". Auch ein Verbot wird die Marxisten-Leninisten nicht daran hindern, die Arbeiterklasse „revolutionsfähig" zu machen. Ein Verbot wird weder leicht sein, noch wird es den Aufbau der Partei der Arbeiterklasse unterdrücken können.

Der schrankenlosen Ausbeutung eine Grenze setzen

Über die schlechtestbezahlten Schichten der westdeutschen Arbeiter geht der Angriff auf die gesamte Klasse

Seit Ende des Zweiten Weltkriegs hat die Arbeiterklasse in Westdeutschland den Reichtum der besitzenden Klasse ungeheuer vermehrt. Allein von 1950 bis 1968 hat sie das Nettoanlagevermögen in Händen der Kapitalisten von etwa 37 Milliarden DM auf etwa 225 Milliarden DM erweitert, was eine Steigerung um mehr als das Sechsfache ist. (Nach: Baumgart/Krengel, Die industrielle Vermögensrechnung des DIW. In: Beiträge zur Strukturforschung, Heft Nr. 10/1970) Nicht mitgerechnet sind dabei die Aufwendungen für das Wohlleben der besitzenden Klasse, für ihre Luxusverschwendung, die Kosten für den immer riesenhafter aufgeblähten Staatsapparat der Bourgeoisie und die Kapitalanlagen im Ausland, die namentlich in den letzten Jahren stark angeschwollen sind. Von 1969 bis 1972 kamen noch einmal Bruttoinvestitionen von 172 Millionen DM hinzu. (Nach: Statistisches Jahrbuch 1973)

Die Löhne der Arbeiter haben mit diesem gewaltigen Anschwellen des Reichtums in den Händen der Kapitalisten nicht Schritt gehalten. Die durchschnittlichen Wochenlöhne stiegen von 60 DM 1950 auf 211 DM 1968 oder um das 3,5-fache, also fast um die Hälfte langsamer als das in sachlicher Form als Gebäude und Ausrüstungen angelegte Kapital in Händen der besitzenden Klasse, an dem diese die Arbeiterklasse ausbeutet. In bezug auf den gesamten – weitgehend von ihr selber geschaffenen Reichtum – ist die Arbeiterklasse von Jahr zu Jahr ärmer geworden. In den letzten Jahren hat sie sogar eine Minderung ihrer Reallöhne hinnehmen müssen. Für die schlechtestbezahlten Schichten des westdeutschen Industrieproletariats bedeutet das, daß sie direkt ins Elend gedrückt werden.

Unter diesen schlechtestbezahlten Schichten stellen die Arbeiter der Textil- und Bekleidungsindustrie das Hauptkontingent. Dazu zählen aber auch die Arbeiter in der Lederindustrie, in der Holzindustrie, in vielen Bereichen der elektrotechnischen, der feinmechanischen und optischen Industrie, der Büromaschinen-Industrie, der feinkeramischen, der Musikinstrumente- und Spielwarenindustrie, der papier- und pappeverarbeitenden Industrie und auch in vielen Branchen der Nahrungs- und Genußmittelindustrien. Und noch eine Stufe tiefer als die ungelernte Arbeiterin in der Bekleidungsfabrik, die wöchentlich im Juli 1975 im Durchschnitt 256 DM brutto bekam (Arbeiterverdienste Juli 1975, Statistisches Bundesamt), wird ihre Genossin im Handwerk gedrückt. Die gelernte Damenschneiderin mußte dort im Mai 1975 mit einem Wochenlohn von 235 Mark sich ernähren (Arbeits- und Sozialstatistik 1/1976).

Die überdurchschnittliche Ausbeutung, die Millionen von Arbeiterinnen und Arbeitern trifft, wird nicht hingenommen. Auch unter den gedrücktesten Teilen des westdeutschen Proletariats hat sich Widerstand entwickelt. Langwierige und zähe Streikkämpfe sind geführt worden, wie bei Eles in Wiesbaden. In anderen Bereichen der Bekleidungsindustrie kam es ebenfalls zu Aktionen, so bei Elbeo in Kiel, bei der Firma Kern in Albstadt, bei Brauer in Aachen.

Ein Genosse aus der Vereinigten Kammgarnspinnerei in Delmenhorst berichtet über die Entwicklung des gewerkschaftlichen Lebens: „Fast immer kommen wir auf die Forderung der ötv nach 135 DM mehr für alle zu sprechen: ‚Wenn die jetzt nicht einfach umfallen, sieht es auch für uns besser aus', heißt es. Zustimmung finden Art und Höhe der ötv-Forderung. 135 DM, das ist ein Betrag, der bei unserem durchschnittlichen Stundenlohn von 7,50 DM (Industriedurchschnitt für Männer 8,92 DM) gerade ausreichen würde, damit wir wenigstens so leben können wie bisher."

Wir drucken im folgenden einige Berichte über Arbeits- und Lebensverhältnisse von Arbeitern aus den schlechtestbezahlten Schichten der westdeutschen Arbeiterklasse.

Draftex-Werke Viersen

Überarbeit, Kontrolle, Minutenschinderei für ungelernte Arbeiterinnen

Viersen. Wozu eine ständige Reservearmee von Menschen ohne Arbeit von den Kapitalisten ausgenutzt wird, läßt sich seit Jahren bei Draftex in Viersen sehen. Draftex ist ein Betrieb der Automobilzulieferindustrie, in dem Gummieinfassungen von Autotüren, Autofenstern usw. hergestellt werden. In der Hauptstelle von Draftex arbeiten etwa 350 bis 400 Menschen.

Schon vor und während der Krise 1966/67 wurden viele kleinere und mittlere Betriebe, vor allem Textilbetriebe, in Viersen und Umgebung dichtgemacht. Damit waren viele ungelernte Textilarbeiterinnen ohne Arbeit, und auch die nachwachsenden jungen Arbeitertöchter fanden nicht die traditionellen Arbeitsmöglichkeiten vor. Diese für viele Arbeiterfamilien sehr schlechte Situation war für die [illegible] verbliebenen Kapitalisten sehr gut!

Beispielsweise die Draftex-Kapitalisten gingen daran, immer wieder neue Arbeiterinnen einzustellen, meist im Sommer. Die, die am schnellsten und ohne Aufmucken arbeiten, dürfen bleiben, und die, die das immer mehr gesteigerte Arbeitstempo nicht mithalten können oder wollen, werden gnadenlos rausgeworfen, entweder nach der Probezeit oder im Frühjahr jedes Jahres.

Welche Steigerung der Arbeitshetze dabei für die Kolleginnen herauskommt, läßt sich darin erkennen, daß z.B. eine „Putzerin" (schneidet die Schweißnähte ab) vor etwa 7 Jahren 300, heute aber mit denselben Arbeitsmitteln über 800 Stück bearbeiten muß! Wenn man bedenkt, daß der Arbeitslohn in der Zwischenzeit nur unwesentlich gestiegen ist, kann man sich ausrechnen, was für eine Steigerung des Profits für den Draftex-Kapitalisten dabei rauskam! Jetzt in der neuen Krise, wo sich auf jedes Stellenangebot zig Bewerberinnen melden, ist eine neue Stufe der Arbeitshetze geplant. So soll in einer Abteilung die zu erreichende Stückzahl inzwischen bei 860 sein! Wenn sich erweisen sollte, daß das zu schaffen ist, ohne daß die Kolleginnen schon während der Arbeit zusammenbrechen, soll es wohl auch in den anderen Abteilungen eingeführt werden.

Eine Kollegin meinte: „Bald ist es so weit, daß sie uns hier in wenigen Jahren gesundheitlich kaputt gemacht haben."

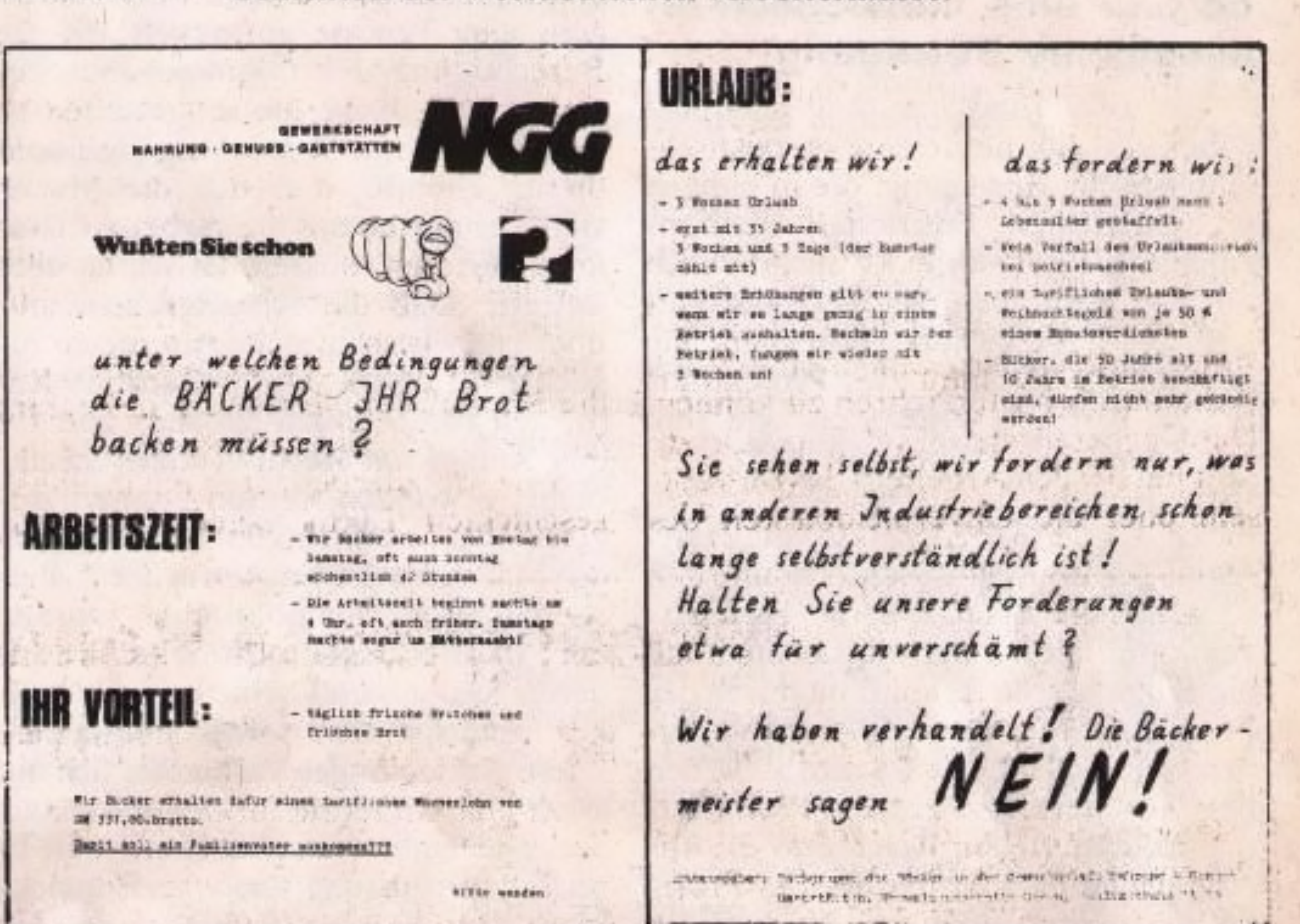
Das wird immer so weitergehen, solange es noch gesunde Arbeitslose gibt und die Kolleginnen sich nicht **gemeinsam** wehren und sagen: „Bis hierhin und nicht weiter!" Denn den Draftex-Kapitalisten macht es gar nichts aus, wenn die Arbeitskraft einer Arbeiterin in kurzer Zeit gesundheitlich ruiniert ist, solange er sicher ist, daß er billig und jederzeit Ersatz findet.

Da eine solche Arbeitshetze von niemandem freiwillig ertragen würde, sind in jeder Abteilung extra einige Vorarbeiter eingestellt, die kaum was arbeiten müssen, dafür aber die Aufgabe haben, die Arbeiterinnen zu überwachen und immer wieder anzutreiben. Sie haben auch die Aufgabe, die Kolleginnen gegeneinander auszuspielen, zu spalten. Deutsche gegen Ausländerinnen, Schnelle gegen Lang-[illegible]same ... Doch auch die Vorarbeiter müssen überwacht werden, stammen sie doch selber aus den Reihen der Arbeiterinnen und haben dementsprechend auch einen Haß gegen ihre Vorgesetzten wie Meister und Obermeister, die wirklich nichts zu tun haben und auf alle runtergucken. Schon an den Farben der Kittel erkennt man, wer wen kontrolliert. Der Meister hat einen hellen Kittel, die Kontrolleure rostfarbene Kittel, die Vorarbeiter graue und die Arbeiterinnen blaue, zum Zeichen, daß sie nur zu arbeiten und nichts zu sagen haben. Mit den Kitteln ist das sowieso so eine Sache. Wenn man eingestellt wird, bekommt man einen zur „Verfügung" gestellt. Wird man jedoch während des ersten halben Jahres herausgeworfen, so muß man obendrein auch noch 31,13 für den Kittel bezahlen!

Bei fast allen Arbeiterinnen besteht Verletzungsgefahr. So wird mit Silicon-Spray hantiert, das längere Zeit eingeatmet zu Schäden an Lunge und Bronchien führt, es spritzen beim „Blasen" heiße ätzende Flüssigkeiten durch die Luft, ebenso fliegen kleine Stahlenden durch die Luft, die die Augen treffen können. Auf den ersten Blick scheint es, als hätten die Draftex-Bosse die Sicherheit der Arbeiterinnen im Auge, denn überall prangen große Tafeln mit der Aufschrift: „Hier werden Schutzbrillen getragen!" Nur es sind keine da!

Mit dem „Jugendschutz" wird von den Draftex-Bossen ein besonderer Profit gemacht. Arbeiterinnen unter 18 Jahren dürfen eine Viertelstunde länger Pause machen. Dafür bekommen sie aber statt 7,24 DM nur 6,15 DM in der Stunde! Die Viertelstunde würde einen Lohnabzug von 1,81 DM bedeuten pro Tag, in Wirklichkeit aber bekommen die Jugendlichen täglich über 8,80 DM abgezogen, das heißt an jedem Jugendlichen holt Draftex extra 7 DM pro Tag heraus!

Es ist nun keineswegs so, daß diese ganzen neuen Schikanen ganz ohne Widerstand hingenommen werden. Nein, es wird immer wieder geschimpft, geweint und protestiert im kleinen Kreis der Kolleginnen. Aber noch ist der Widerstand zu zersplittert und schwach, um etwas zu ändern. – (u., Viersen)



Am 31. Januar verteilten mehrere Mitglieder der Fachgruppe Bäcker in der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten in Essen diese Flugblätter an die Passanten.

Bericht eines Bäckers

Despotie im Kleinbetrieb

„Die Lage der Bäcker im Kapitalismus hat sich nicht geändert", berichtete die KVZ vor einiger Zeit. Anschaulich beweist das auch ein Beispiel aus dem Heidelberger Raum.

Im Handwerk und im Gaststättengewerbe besitzen die Arbeiter und Angestellten heute noch nicht einmal die Rechte, die in der Industrie erkämpft sind. Der Chef ist noch der Chef, und er führt sich dementsprechend auf. Das vorliegende Beispiel handelt von einem mittelgroßen Handwerksbetrieb mit Bäckerei und Cafes. Der Besitzer nennt sich selbst in seinem Briefkopf „Schöpfer" seiner Erzeugnisse. Er entspricht genau dem Bild, das man sich von einem despotischen, kleinen Kapitalisten macht, der sich selbst schon als großer fühlt.

Als kleines Männchen versinkt er in einem großen Ledersessel hinter einem überdimensionalen Schreibtisch. Mit einer dicken Zigarre empfängt er Besucher und allwöchentlich die Meister zur Besprechung der Geschäftslage. Weder von Buchhaltung noch vom Bäckerhandwerk versteht er viel. Sein ganzer Trick besteht darin, die Beschäftigten gegeneinander auszuspielen, um alle unter vollständiger Kontrolle zu halten, bis er nur noch ein Heer von Fahrradfahrern um sich hat, deren Leistungen er als die seinen verkaufen kann, denn er ist ja der „Schöpfer". Kein Wunder, daß er in ständiger Existenzangst lebt. Die geringste Kleinigkeit bringt ihn zum Toben: „Die wollen mich fertigmachen, die wollen mich umbringen." Das Herumbrüllen war sowieso seine Lieblingsbeschäftigung. Zitat: „Ich muß jetzt mal wieder schreien, ich gehe mal in die Backstube."

Wer widerspricht oder aufmuckt, ist bei ihm unten durch. Sofort werden Gründe für eine Entlassung gesucht, manchmal werden auch besonders „treue" Mitarbeiter damit beauftragt, Kündigungsgründe für den Betreffenden zu schaffen. Irgendwelche Rechte hat man nicht. Noch nicht einmal schriftliche Arbeitsverträge gibt es in allen Fällen.

Ein Konditormeister wurde mit großen Versprechungen von einer anderen Bäckerei abgeworben. Bald wurde Sonntagsarbeit obligatorisch, was den mündlichen Vereinbarungen widersprach. Der für nach der Probezeit versprochene Arbeitsvertrag wurde nicht unterzeichnet. Ohne weitere Begründung wurden Überstunden verlangt, einmal sollten z.B. Sonntag Nacht um 10 Uhr noch neue Regale eingebaut werden. Immer mehr Arbeit wurde abgepreßt. Der Meister mußte für 1 000 DM, der ihm zugeteilte Lehrling für 500 DM Ware pro Tag produzieren, als ein vom Chef erfundener „Stundenkostensatz" zu hoch geklettert war.

Als der Meister den Lehrlingen erzählte, daß sie nicht zu Sonntagsarbeit verpflichtet sind, wurde die Lehrlingsausbildung gleich einem anderen übertragen.

Als der Meister seinen freien Tag aus der Überstundenarbeit nehmen wollte, weil seine Frau ein Kind bekam, schien dem „Schöpfer" die Zeit für eine Kündigung reif. Aber weder daraus noch aus dem Versuch, ihn herauszuekeln, wurde etwas. Erst als er krank wurde, war klar, daß jetzt die endgültige Kündigung kommen mußte. Bisher war fast jeder Fall von Krankheit mit Kündigung geahndet worden, unter Vorschiebung irgendwelcher anderer Gründe. In diesem Fall diente der „Geschäftsrückgang im Zusammenhang mit der Typhus-Welle" als Grund. Da nur ein mündlicher Vertrag vorlag, bekam der Kapitalist vor Gericht auch recht.

Die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten verhielt sich vollkommen ruhig. „Da kann man nichts machen", war die Antwort des Rechtsberaters, wenn auch der Gewerkschaftssekretär anderer Ansicht war. – (s., Heidelberg)

Hüller-Werke Ludwigsburg

Die neuen Herren verschärfen den Druck

Ludwigsburg. Hier gab es zwei große Firmen der Branche Sondermaschinen, die Firmen Burr und Hüller, die vor allem die Autoindustrie belieferten. Beide bestehen heute gar nicht mehr oder nur noch dem Namen nach: Burr hat den Konkurs angemeldet und den 800 Arbeitern fristlos gekündigt. Hüller ist von Rheinstahl übernommen worden.

Hüllers schlechte Stunde im Konkurrenzkampf hat schon vor über einem Jahr begonnen. Die Geschäftsleitung hat versucht, sie durch „Spar"maßnahmen zu beheben. 200 Kollegen sind auf die Straße gesetzt worden, tariflich vereinbarte Gehalts-Jahressprünge bei den Angestellten sind auf die übertariflichen Zahlungen angerechnet worden, Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld wurden gekürzt. Einige Kollegen, die bisher geschichtet haben, können das durch Umbesetzungen innerhalb des Werkes nicht mehr; das bedeutet für sie bis zu 400 DM weniger. Dazu kamen lange Kurzarbeitsperioden.

Eine ganze Latte von Angriffen auf den Lohn der Kollegen also, die den Betrieb retten und die Krise in der Branche auf die Arbeiter abwälzen sollten. Ende Oktober haben die Arbeiter einen Warnstreik gegen den Abbau übertariflicher Leistungen durchgeführt, sie konnten aber die Maßnahmen der Geschäftsleitung nicht zurückschlagen, anders als im Herbst 1974, als die Lohnkürzung von 20 Pfennig durch Streik verhindert wurde. Später hat Thyssen-Rheinstahl den Betrieb samt Belegschaft aufgekauft. Den Arbeitern und Angestellten hat das nichts gebracht außer verschärfte Angriffe.

So war die erste Überlegung, welche Bereiche und Abteilungen von Hüller zu schließen sind bzw. in andere Teile des Konzerns verlegt werden sollen. Eine Abteilung mußte streiken, nur um zu erfahren, ob der Bereich ausgelagert werden soll, nur um über ihr Schicksal Klarheit zu bekommen.

Dann hat Thyssen-Rheinstahl eine Kommission eingesetzt, die die Aufgabe hatte, die übertariflichen Leistungen zu durchforsten, was möglich ist zu streichen. Ein Streichprogramm wurde jetzt dem Arbeitsdirektor von Thyssen, Berntzen, vorgelegt. Nach seinen Worten sollen die Dinge gestrichen werden, „die teilweise nicht mehr zeitgemäß und teilweise überhöht sind".

Was betrachtet dieser saubere Herr nun als nicht mehr zeitgemäß oder überhöht?

– Geldbezüge für 10 und 25 Jahre Betriebszugehörigkeit sollen gestrichen oder gekürzt werden.

– Für Hochzeit gab's bisher was, auch das ist nicht mehr „zeitgemäß". Gleiches bei der Geburt eines Kindes.

– Bisher gab's ein paar hundert Mark, wenn man in Rente ging. Auch das soll entfallen, dafür gibt's jetzt einen feuchten Händedruck.

– Zusatzurlaub bei erschwerten Arbeiten soll gekürzt werden.

– Ebenso der Sonderurlaub bei langjähriger Betriebszugehörigkeit.

– Die betriebliche Regelung der Schichtzulage, wonach die Frühschicht 20 Prozent Zulage kriegt, soll gestrichen werden.

– Die Sonderunterstützung der Kollegen bei über sechswöchiger Krankheit von 7,50 DM wöchentlich soll entfallen.

– Die Fahrtkostenrückerstattung soll eingeschränkt werden.

– Geldleistungen bei besonderen Geburtstagen entfallen.

– Stirbt ein Kollege, so dürfen zu seiner Beerdigung nur noch maximal 8 Leute.

– Die Übernahme der Sozialversicherung der Lehrlinge durch den Betrieb soll entfallen.

– Bei der Werkskantine soll ein großer Batzen hereinkommen, deshalb wird a. die Schonkost gestrichen, b. der Essenspreis von 1,60 auf 2,50 DM erhöht, und die Lehrlinge, die vorher nur 80 Pfennig zahlten, müssen das Gleiche zahlen.

Diese Maßnahmen werden umgehend auf der Tagesordnung stehen im Betrieb, und es wird ein Prüfstein für die Kapitalisten sein, was sich die Arbeiter alles gefallen lassen.

Im Konzert mit den anderen Kapitalisten geht es den Rheinstahl-Kapitalisten als nächstes darum, in der Tarifrunde die Arbeiter möglichst mit einem trockenen Brot abzuspeisen. Dies kann und muß verhindert werden. Die Warnstreiks, die in Baden-Württemberg durchgeführt wurden, waren ein wichtiger Schritt im Kampf gegen die Kapitalisten, sowohl im Tarifkampf als auch gegen die anderen Angriffe. – (u., Ludwigsburg)

Metalltarifrunde

Den Kapitalisten keinen Platz zum Manövrieren lassen!

Sollten die Kapitalisten aus dem Metallgewerbe geglaubt haben, sie könnten in diesem Winter ihrem Ziel, die unbezahlte Mehrarbeit grenzenlos auszudehnen und einen Teil der Arbeiter ins Elend stoßen, mühelos näherkommen, so werden sie jetzt erkannt haben, daß der Lohnkampf für sie kein Zuckerschlecken sein wird.

Ein Jahr lang haben sie es getrieben: Die Löhne zusammengestrichen, über dreihunderttausend Arbeiter haben sie aus den Metallbetrieben geworfen, in den Betrieben rationalisiert und das einzige Handwerk, das sie verstehen und bis zur Kunstfertigkeit beherrschen, das der Schweißauspressung, haben sie verfeinert. Ihren Willkürmaßnahmen konnten die Arbeiter nur zersplittert Widerstand entgegenstellen. Sie waren gezwungen, nur als Belegschaften und nicht als Gewerkschaft den Kampf aufzunehmen. Nicht selten mußten Streiks deshalb auch abgebrochen werden.

Die Kapitalisten mögen geglaubt haben, dieses letzte Jahr hätte gereicht, um das Selbstbewußtsein bei den Arbeitern zu zerstören, um nun im gewerkschaftlichen Lohnkampf mit den Arbeitern Schlitten fahren zu können. Das Gegenteil ist der Fall. Dieses letzte Jahr hat bei den Arbeitern das Bewußtsein über die Unvermeidbarkeit des Kampfes gestärkt. Hinzu kommen die Erfahrungen der Lohntarifkämpfe in den letzten Jahren.

Es hatte nur weniger Worte in den Gewerkschaften bedurft und das ganze Land wurde mit einer Welle von Warnstreiks überzogen. Über 200000 haben sich daran beteiligt, in Baden-Württemberg allein 150000. Hunderttausend Arbeitsstunden sind dadurch ausgefallen. Wenn das auch noch nicht viel ist, bedenkt man, daß täglich mehr als 3 Millionen Arbeiter wenigstens 8 Stunden lang für die Herren schaffen müssen. Trotzdem muß man berücksichtigen: Einer Kapitalistenseele tut nichts so weh, wie Geld, das er nicht hat und noch mehr schmerzt es ihm, wenn es sein Konkurrent hat und noch dazu die Konkurrenz groß ist.

Die Warnstreiks haben bei den Kapitalisten Wirkung gezeigt

Nicht daß die Kapitalisten schon gezwungen wären, von ihrem Ziel, das sie in diesem Lohnkampf verfolgen, abzurücken, aber Wirkung ist schon vorhanden. Die Presse, worüber sich die Kapitalisten verständigen, beginnt zu rügen: „Zu dieser Entwicklung haben die Metallarbeitgeber mit ihrer ungeschickten Taktik beigetragen. Zur Durchsetzung ihres vernünftigen Zieles ... haben sie zum schlechten Mittel gegriffen.“ (Süddeutsche Zeitung vom 16.2.76). Die Mittel sollen also geändert werden, um an das gleiche Ziel zu gelangen. Ein Kapitalistensprecher hat sich vor der „Welt am Sonntag“ so ausgedrückt: „Der Tarifpartner hat gezeigt, daß er, wo immer und wann immer er will, seine Leute mobilisieren kann.“

Man kann sagen, das bedeutet noch garnichts, ihre Ziele haben die Kapitalisten noch nicht geändert. Ihre Ziele haben die Kapitalisten nicht fallenlassen, das ist richtig, aber man muß den Feind genau beobachten, will man ihn schlagen.

Sind die Kapitalisten gezwungen, von ihrer ursprünglichen Methode abzurücken, so ist das gut, denn das schränkt die Manövrierfähigkeit der Kapitalisten ein. Hat man das erreicht, hat man einen kleinen, aber wichtigen Schritt gemacht. So sehen sich die Kapitalisten jetzt auch tatsächlich gezwungen, die Vorlage eines Angebotes anzukündigen. Das ist ein Ergebnis der Warnstreiks. Sie mußten einen, wenn auch kleinen Schritt also zurücknehmen. Um dies sehr kleine Zugeständnis den Kapitalisten abzupressen, waren über 100000 Stunden Arbeitsausfall notwendig. Noch ist bislang nichts gesagt über die Höhe dieses Angebots. Noch ist die Katze nicht aus dem Sack und niemand weiß, wie sie nun aussehen wird.

Unsere Kapitalisten in der Metallindustrie haben Erfahrungen im Lohnkampf. Es sind die Erfahrungen von Geldsäcken, die eins wissen, wenn man sie anschlitzt, tut das weh. Und solche Schmerzen können sie nicht leiden. Was werden sie also weiter tun? Der Profit ist ihnen heilig und um dieses Heiligtum zu verteidigen, sind sie zu allem bereit. Sie werden also zusehen, diesen kleinen Schritt, den sie rückwärts machen mußten, wieder einzuholen. ein Angebot anzukündigen, dazu hat sie der Pieks in den Geldsack getrieben. Nun müssen sie es auch vorlegen, sonst wird aus dem Pieks ein Bajonett, das den Sack aufschlitzt. Sie werden aber zusehen, jeden Millimeter Bewegungsfreiheit, den die Arbeiter gewonnen haben, wieder rückgängig zu machen, um selbst Platz zum Manövrieren frei zu kämpfen. Also wollen sie die Verhandlungen, wenn sie überhaupt schon über Lohnerhöhungen verhandeln müssen, möglichst langwierig und kompliziert führen. Wenn schon verhandelt werden muß, dann wenigstens mit Gewerkschaftsvertretern, die sich die größte Mühe geben, den faulsten Kompromiß als Großtat ihres Verhandlungsgeschicks zu verkaufen. Dafür ist der Hauptvorstand der IG Metall am besten geeignet, das hat er im Laufe der Geschichte des öfteren bewiesen.

Weiter ist der Hauptvorstand dem Zugriff der Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder am meisten entzogen. Da die Tarifkommissionen regional gegliedert sind, die Zentrale aber „Gespräche“ führt, ist eine unmittelbare Verantwortung in der Gewerkschaft gleich garnicht mehr vorhanden. Bislang hat der Hauptvorstand die „Gespräche“ abgelehnt. Am Mittwoch, den 18. Februar, wollte er sich endgültig entscheiden. Darf man den Sozialdemokraten im Hauptvorstand in allen Fragen der Politik nicht über den Weg trauen – jetzt Gespräche mit Gesamtmetall zu führen, müssen die Mitglieder der IGM ihm verbieten. Schlechte Erfahrungen mit solchen zentralen Gesprächen gibt es genug. 1966 wurde unter Beteiligung des damaligen Wirtschaftsministers Schiller ein Lohnstopp ausgehandelt und 1973 wurden diese Art „zentrale Gespräche“ genutzt, um die selbständigen Streiks zu zerbrechen. Ist es gelungen, die zentralen Gespräche in dieser Tarifauseinandersetzung zu unterbinden, ist ein weiteres Stück Manövrierspielraum für die Kapitalisten gestrichen.

Die Verhandlungen regional weiterführen?

Man muß sich überlegen, welche Gründe für die Weiterführung der regionalen Verhandlungen sprechen. Um von den Kapitalisten überhaupt die Zusage zu erhalten, daß sie ein Angebot vorlegen, waren Streiks in mehr als 200 Betrieben mit zweimal Hunderttausend Arbeitern notwendig. Man kann sich gut vorstellen, daß die Kapitalisten am Verhandlungstisch ungestört, sich die nächste Frechheit erlauben werden. Ein Angebot, was die Metallarbeiter derzeit akzeptieren könnten, werden sie mit Sicherheit nicht vorlegen. Die Kapitalisten wollen den Kampf. Das haben sie gleich zu Beginn der Lohnauseinandersetzung gezeigt. Für diesen Kampf wollen sie sich die besten Voraussetzungen schaffen, brauchen sie Platz für ihre Spaltungs- und Einschüchterungsmanöver. Sie lassen vorarbeiten, Überstunden und an Samstagen, die Bänder werden noch schneller gestellt, um möglichst große Lager zu haben, um im Streik weiter ihren Auftragsverpflichtungen nachzukommen. Die ersten Wochen wollen sie ohne Verlust über die Bühne kriegen.

Jede Verhandlungssitzung, jeder hinausgezögerte Verhandlungstag verschafft ihnen diesen Platz. Das muß man berücksichtigen, will man nicht in Kauf nehmen, geschwächt in den Kampf zu ziehen.

Weiter bedenken muß man: Die Kapitalisten haben alle Mittel in der Hand, ein Trommelfeuer der Propaganda zu eröffnen, sie haben die Presse, das Fernsehen, den Rundfunk und die Regierung fest im Griff. Der Sozialdemokrat Schmidt oder der freie Demokrat Friederichs treten vors Volk und verkünden: Es liegt im Allgemeinwohl, wenn die schlecht bezahltesten Schichten der Arbeiterklasse am Hungertuch nagen.

Man muß weiter bedenken, daß es in der Gewerkschaft Leute gibt, die das gleiche sagen, nur mit 'nem bißchen Grünem drum, und dies als Solidarität mit den Arbeitslosen und der sozialliberalen Regierung fordern. Wenn jetzt also die Prozedur der Verhandlungen von vorne beginnen würde, nützt dies einzig und allein den Kapitalisten, schafft ihnen den Raum für ihre schmutzigen Manöver.

Abbruch der Verhandlungen, Weiterführung der Warnstreiks, Einleitung der Urabstimmung für Streik und Streik, das schnürt die Kapitalisten weiter ein und schafft die notwendige Bewegungsfreiheit für die Metallarbeiter. – (db)

Westinghouse Hannover

Der Warnstreik zeigt: Es geht auch anders

Hannover. Ungestört konnten die Westinghouse-Kapitalisten bisher ihrem Ausbeutungsgeschäft nachgehen. So konnten sie die Kurzarbeit durchsetzen, die Akkordsätze kürzen, die Stückzahlen steigern. Scheinbar ungestört, denn die Empörung der Arbeiter wuchs. Das erste Warnzeichen gaben sie auf der letzten Betriebsversammlung. „Auf unserem Rücken wollt ihr die Profite steigern, um eure Konkurrenten zu schlagen, daran haben wir kein Interesse“, hieß es. Und dieses Jahr nehmen wir keinen Lohnabbau hin, wir holen uns in der Tarifrunde was wir brauchen, und wenn wir streiken müssen. Als die Conti-Kollegen streikten, bei den ersten Warnstreiks der Metaller in Nordbaden, hörten die Meister die Arbeiter überall von Streik reden. Da wurden sie schon unruhig. Gab es vorher bei den Arbeitern wenig Kenntnis über den komplizierten Ablauf der Tarifrunde, jetzt verschafften sie sich diese Kenntnisse. Wurde vorher über Streik nur hinter vorgehaltener Hand geredet, jetzt wurde es offen gesagt: Das lassen wir uns nicht bieten, wir haben schon viel zu viel eingesteckt. In dieser Lage wurde auch für Niedersachsen die Streikparole ausgegeben. Als es am 10. Februar Lohnstreifen gab und den Kollegen bis zu 10 DM mehr für Arbeitslosenversicherung abgezogen war, ging die Parole herum: „Morgen nach Frühstück Streik!“ Am Schwarzen Brett hing die Mitteilung der Tarifkommission, mit dem Fußtrittsangebot von Gesamtmetall und daß es der Tarifkommission darum ginge, Gesamtmetall zur Wiederaufnahme der Verhandlungen und zu einem Angebot zu zwingen. „Was gibts denn da noch zu verhandeln, die wollen uns doch sowieso nur in den Dreck treten, wenn, dann muß es uns darum gehen, die Verhandlungen zu beenden!“ sagten viele Kollegen.

Außer daß die Parole „Streik“ ausgegeben wurde, geschah nichts, um den Streik zu organisieren. Es wurde keine Vertrauensleutesitzung einberufen, die über Ziel und Organisierung des Streiks hätte beraten können. Was unbedingt notwendig gewesen wäre in einem Betrieb, wo noch nie gestreikt worden ist. Außer „Morgen nach dem Frühstück Streik“ gab es nichts. So blieb der Streik zersplittert. Am Mittwoch nach dem Frühstück ging die Mehrheit der Kollegen von Werk 1 nicht an den Arbeitsplatz. In Halle 2 standen fast alle Maschinen eine viertel Stunde. Auf dem Hof versammelten sich ca. 60 Arbeiter, darunter geschlossen die Abteilung Werkserhaltung. Dort sind mit die niedrigsten Lohngruppen. In Halle 1 wurde zwischen 5 und 15 Minuten nicht gearbeitet. Die Arbeiter standen vereinzelt und in Grüppchen herum, was die Vorgesetzten sofort nutzten, die Kollegen einzeln zu bedrohen und zur Arbeit aufzufordern. Und einzeln waren sie dagegen ziemlich machtlos. Viele gingen dann mit einer unheimlichen Wut an die Arbeit. „Na warte, das nächste Mal hast du nicht so ein Siegergrinsen auf dem Gesicht, dann guckst du anders.“

Klar war den meisten, das war erst der Auftakt, das nächste Mal sind wir nicht so dumm. Gemeinsam können wir denen entgegentreten. Dann können wir auch die mitziehen, die heute gleich an die Arbeit gegangen sind.

Nur die Sozialdemokraten versuchten, Resignation zu verbreiten. „Siehst du, die Arbeiter wollen ja gar nicht, die haben ja alle Angst, die sind ja doch machtlos.“ Das hätten sie gern, erst den Streik ausrufen, damit die Arbeiter ihrer Empörung Luft machen, aber mehr auch nicht, dann Resignation zu verbreiten, um ihre Hinhaltetaktik zu rechtfertigen. Verhandeln und verhandeln und schließlich mit einem Lohnraubabschluß vor die Arbeiter zu treten und zu sagen, mehr war nicht drin. Dann hätten sie den Kapitalisten bewiesen, wir Sozialdemokraten haben immer noch die Arbeiter im Griff, wir sind eure besten Kräfte, laßt uns an der Regierung.

Dafür haben die Arbeiter gerade bei Westinghouse schon genug eingesteckt: den Lohnraubabschluß im letzten Jahr, die Kantinenpreiserhöhungen, die Verschärfung der Arbeitshetze, die Überstunden erst und dann die Kurzarbeit – immer haben die Sozialdemokraten im Betriebsrat und der Vertrauenskörperleitung mit dazu beigetragen, daß die Westingshouse-Kapitalisten ihrem Ausplünderungsgeschäft nachgehen konnten, doch zunehmend weniger gehen ihnen die Kollegen auf den Leim. Beim Streik ist die Abwiegelei offensichtlich geworden. Sie wissen jetzt genau, daß in diesem Jahr um den Lohn gekämpft werden muß und daß man den Kapitalisten nur mit Streik was abtrotzen kann. – (Zelle Westinghouse, Hannover)

Warnstreiks in Hamburg

Hamburg. Am Freitag, 13.2., streikte die Belegschaft von MAN und AEG-Schiffbau. Am Montag, 16.2., wurde gestreikt bei DEMAG-Conz (400), bei Rheinstahl-Eggers-Kehrhahn, Valvo-Langenhorn, Siemens-Rothenburgsort, Dienstag 4000 bei HDW.

Lohngruppe 2 streichen!

Hamburg. Aus zehn Metallbetrieben wurden Protestbriefe und Protesttelegramme zur Verhandlung über die Streichung der Lohngruppe 2 am 13.2. geschickt. Die Verhandlungen wurden wieder ohne Ergebnis abgebrochen.

Opel-Vertrauensleute begrüßen ÖTV-Forderung

Rüsselsheim. Bei einem Block Vertrauensleutetreffen der IGM bei Opel wurde eine Resolution gefaßt, in dem die Vertrauensleute ihre Enttäuschung über die von der Großen Tarifkommission festgelegte Forderung ausdrücken. Sie unterstützten die Forderung der ÖTV nach 135 DM mehr für alle.

Verdichtung des Arbeitstages

„... heute kommen sie gleich angeschossen“

Hannover. Der US-Konzern Westinghouse (Bremsen- und Apparatebau) hat seine Saugarme in allen Kontinenten, so zum Beispiel in Salisbury (Südafrika), seine Hauptbastion ist jedoch Europa.

In der BRD hat der Konzern mehrere Zweigwerke, eine Vielzahl Produkte für den Fahrzeugbau, Schiffbau, Schienenbau und Flugzeugbau werden hier hergestellt. Ein scharfer Konkurrenzwind weht den Westinghouse-Kapitalisten in jedem dieser Bereiche ins Gesicht. Der Hauptabnehmer im Fahrzeugbau ist Daimler-Benz, aber auch nur, wenn die Konkurrenten aus dem Feld geschlagen werden, das heißt schneller, billiger produziert wird.

Solcher Konkurrenzdruck stachelt das Westinghouse-Kapital an, die Ausbeutung seiner Arbeiter immens zu verschärfen. So verkündete Geschäftsführer Fritsche auf der letzten Betriebsversammlung, im Jahre 1976 soll die Auspressung der Arbeitskraft um 6 % gesteigert werden. „Erreicht werden soll dieses Ziel vor allem durch Rationalisierungen“, sagte er.

Der Umsatz pro Beschäftigten bei Westinghouse Hannover (4000 Beschäftigte) stieg von 1971 auf 1974 von 52000 auf 73500 DM. Jeder Arbeiter weiß, wie das geht: Statt einer Maschine müssen zwei oder drei bedient werden, weil angeblich die Handgriffe einfacher geworden seien, an den Maschinen werden Fahrtenschreiber angebracht, die auf die Sekunde jeden Maschinenstillstand registrieren, bei jeder Veränderung des Werkstückes kommt der Stopper ans Band.

Bei den Zeitlöhnern haben es die Kapitalisten nicht ganz so einfach, die Stückzahlen zu steigern. Hier machen sie es auf andere Art, aber um so verbissener. Zum einen dadurch, daß jeder einen anderen Lohn bekommt, obwohl alle als Springer arbeiten. Bei manchen Geräten haben sie im Prüffeld die Stückzahl in einem Jahr von 70 auf 190 steigern können. Zum anderen kontrollieren sie kleinlichst und gehässig, daß man den ganzen Tag sitzt und arbeitet (die Zeitlöhner sind ja nicht durchs Band oder durch Akkord dazu gezwungen).

Diese Verschärfung merken vor allem die älteren Kollegen, die schon über 10 Jahre da sind. „Mensch, früher konntest du mal aufstehen und 'ne Viertelstunde dich unterhalten, heute kommen sie schon nach zwei Minuten angeschissen.“ „Früher hatten wir eine halbe Stunde Putzzeit, heute wollen sie uns auch noch die 20 Minuten kürzen.“ Die Putzzeit ist die einzige Zeit außer den Pausen, und das sind in der Spätschicht zum Beispiel nur 15 Minuten, wo offiziell nicht geprüft wird, und die Kollegen beeilen sich mit dem Putzen, damit sie noch etwas Erholzeit herausholen können. Das hat dazu geführt, daß die Putzzeit immer mehr gekürzt wurde. Etwa vor einem halben Jahr wollten sie von 20 Minuten 10 kürzen. Da platzte den Kollegen der Kragen, die ganze Schicht marschierte zum Betriebsrat und innerhalb von einer halben Stunde gab es eine schriftliche Vereinbarung, daß die Putzzeit weiterhin 20 Minuten beträgt. Der betreffende Spätschichtmeister mußte sich öffentlich entschuldigen für seine Frechheit.

Natürlich sind 20 Minuten immer noch zu wenig. Jetzt wird die Einhaltung peinlichst kontrolliert. Keine Minute, keine Sekunde sollen die Arbeiter ihre Ruhe haben. Immer voller wird der Arbeitstag, damit die Kapitalisten noch mehr unbezahlte Mehrarbeit pressen können. – (Zelle Westinghouse)

Über 10 Prozent der Belegschaft sind in den Lohngruppen 1–3

Mannheim. Alle 500 Maschinenarbeiter im Einzelakkord, Dreher, Fräser und Bohrer bekamen bei John Deere vor 4 Monaten einen Brief ins Haus, in dem ihnen angekündigt wurde, sie würden um eine Lohngruppe tiefer eingestuft, falls sie nicht ihre Maschine selber einrichten können. Es gab sofort kräftig Stunk. „Die sind wohl verrückt geworden“, hieß es. Für über 100 Kollegen hätte das nämlich auf einen Schlag eine Lohnsenkung von über 60 DM bedeutet. Im Bau 47 beschlossen die Kollegen an den Drehmaschinen: „Wenn die das bei einem von uns probieren, dann fliegt in der ganzen Abteilung der Hebel raus! Das wollen wir doch mal sehen, wie weit die's treiben können!“ Der Geschäftsleitung ist die Sache dann doch wohl heiß geworden. Jedenfalls ist bis jetzt kein Fall bekannt, wo sie eine Rückstufung tatsächlich vorgenommen hätte.

Dafür, so hat sich jetzt herausgestellt, werden alle neueingestellten Maschinenarbeiter von vornherein eine Lohngruppe tiefer eingestuft. Sie zwingen die Arbeitslosen, sich zu schlechteren Bedingungen zu verkaufen, um so die Löhne im Betrieb zu drücken und die Kollegen zu spalten.

Viele Arbeitsplätze an den Maschinen, die beispielsweise früher Lohngruppe 4 waren, sind jetzt Lohngruppe 3. Über 10 % der gesamten Belegschaft (von 3000) sind mittlerweile in den Lohngruppen 1 bis 3. Mit großem Beifall wurde deswegen auf der Vertrauensleute-Sitzung vor einer Woche die Forderung eines Vertrauensmannes nach Streichung der unteren Lohngruppen 1 bis 3 begrüßt.

Der anwesende Gewerkschaftssekretär Kempf konnte diese Forderung nur noch damit abwimmeln, daß er sagte, es wäre jetzt „halt zu spät“, man könne das nicht mehr in die Verhandlungen mit aufnehmen. Wie notwendig die Forderung ist, das spüren die Kollegen allerdings täglich mehr.

IG Druck: 25.2. Sitzung der Tarifkommission / Viele Festgeldforderungen beschlossen

Die Drucker wollen einheitlich gegen die Kapitalisten vorgehen

Die Lohnbewegung in der Druckindustrie entwickelt sich schwungvoll. Sie entwickelt sich unübersehbar auf Einheit gegen die Kapitalisten. Stärker als in den letzten Jahren melden sich die Gewerkschaftsmitglieder und unteren beschlußfassenden Organe zu Wort. Unter einer Festgeldforderung muß angetreten werden, so zwischen 135 und 150 DM.

Die Druckkapitalisten lassen jetzt mitteilen, daß die „Betriebe eigentlich keine Erhöhung verkraften könnten". (Mannheimer Morgen, 16. Februar) Vom Januar bis September hätten 52 Druckereien geschlossen, der Beschäftigtenstand bei den vom Bundesverband erfaßten Betrieben sei binnen eines Jahres um 15 000 gesunken.

Grad das, was der Bundesverband Druck als Vorwand für einen Null-Abschluß nimmt, hat die Kämpfe der Druckarbeiter hervorgetrieben, die Einheit gefördert, unter einer Festgeldforderung in die Auseinandersetzung zu gehen.

Die großen Druckkapitalisten wälzen den Produktionsprozeß um. Durch die Einführung von Offsetdruck, Lichtsatz und Elektronik wird Menschenarbeit durch Einsatz der Maschinerie ersetzt. Die Folge: Kleine Druckkapitalisten werden ruiniert, Arbeitskraft überflüssig gemacht.

„Im neuen Druckzentrum der ‚Stuttgarter Zeitung' in Stuttgart-Möhringen produziert derzeit die größte Offsetrotation Europas. Ihre Produktionsleistung: Sie könnte in einer einzigen Stunde genau 546 000 Exemplare der KVZ drucken. Ein ähnliches Druckzentrum produziert schon seit einiger Zeit in Hannover, und in Hagen wird eine mindestens gleichwertige Anlage nächstes Jahr laufen. Theoretisch wären etwa 15 solcher Anlagen ausreichend, um in einem täglichen Einsatz von sechs Stunden die gesamte Auflage der westdeutschen Tagespresse zu drucken, selbst wenn man von einem Umfang von 48 Seiten ausgeht, der in den normalen Wochentagsausgaben praktisch von keinem Blatt erreicht wird." (Bericht eines Genossen aus Köln)

Entsprechend wurden seit 1969 mehr als 30 000 (mehr als 13 Prozent) Arbeitsplätze in der Druckindustrie wegrationalisiert. Der Umsatz ist gestiegen, die Produktivität pro Arbeitsstunde ebenfalls – die Zahl der Druckarbeiter aber ist unter die von 1961 gesunken. Innerhalb der Druckarbeiter schlägt diese Umwälzung auf die Qualifikation der Arbeitskraft, auf die Sparten durch, betreibt die Gleichmacherei. Maschinensetzer werden überflüssig gemacht, viele Funktionen werden inzwischen durch Hilfsarbeiter durchgeführt. Diese Entwicklung untersucht ein Aufsatz in der neuen Nummer des theoretischen Organs des KBW, Kommunismus und Klassenkampf.

Die Druckkapitalisten sehen es mit Freude: Überflüssigmachung von Arbeitskraft, Senkung der Lohnquote, Verschärfung der Arbeitshetze. Der Exekution der Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise folgen sie gern. Die Zeitschrift der IG Druck und Papier jedoch bezeichnet diese Entwicklung als „widersprüchlich und unübersichtlich". (KVZ Nr. 3/76)

Diese Entwicklung hat die Widersprüche der Druckarbeiter gegen ihre Kapitalisten hervorgetrieben und verschärft, richtig. Gegen Zusammenlegungen, Betriebsschließung, Verschärfung der Arbeitshetze durch Unterbesetzung der Offsetmaschinen, dagegen haben die Druckarbeiter Demonstrationen, Aktionen, Streiks durchgeführt. Auf den Gewerkschaftsversammlungen wurden Forderungen zum Schutz der Arbeitskraft beschlossen.

All diese Erfahrungen münden in die jetzige Lohnbewegung. Sie muß sich gegen die Sozialdemokraten behaupten. Bereits letztes Jahr gab es eine starke Strömung für Festgeldforderungen. Der Hauptvorstand und die Tarifkommission haben sie in den Wind geschlagen, 10 Prozent beschlossen und sind bei 6,4 Prozent gelandet. Dieses Jahr werden erneut bei stärkerer Beteiligung der Mitgliedschaft Festgeldforderungen beschlossen. Genossen berichten, daß, wo es früher so war, daß eine aktive Gruppe von Kollegen sich zu Wort gemeldet, für Festgeldforderungen eingetreten und dann bei der Abstimmung unterlegen ist, dieses Jahr es umgekehrt läuft. In Mannheim hat Mahlein den Beschluß für 150 DM nicht verhindern können. In Wiesbaden ist die Bezirksmitgliederversammlung durch die Gewerkschafter zusammen mit unorganisierten Druckern vorbereitet worden. Von den Sozialdemokraten durch Hetze gegen den KBW. Auf der Versammlung waren mehr Druckarbeiter da als letztes Jahr. Nach heftiger Auseinandersetzung wurden 13 Prozent beschlossen, für alle jedoch unbedingt eine Mindestforderung von 140 DM. – (Redaktion, nach Zuschriften)



Sieben-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich wird immer wieder von Mitgliedern der IG Druck gefordert. Auf dem Betriebsrätelehrgang, der vom 25.1. bis 31.1. im Schulungsheim der IG Druck und Papier in Springen stattfand, wurde vom Grundkurs und vom Aufbaukurs der Sieben-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich gefordert. Die Forderung unterschrieben zirka 50 Kollegen. Die Forderung wurde an den Hauptvorstand weitergeleitet. Diese Forderung wurde auf der 1. Mai-Demonstration in Hamburg mitgetragen, siehe Bild.

Druck-Forderungen

Wiesbaden. Die Bezirksversammlung der IG Druck Wiesbaden, 83 Anwesende, beschloß am 16.2. 13 %, mindestens 140 DM. Von den Graphischen Betrieben war der Antrag auf 135 DM Festgeldforderung eingebracht worden. 111 Kollegen hatten den Antrag unterschrieben, darunter auch nichtorganisierte Druckarbeiter.

Hamburg. Der Vertrauensleutekörper des Bauer Verlags Hamburg fordert 50 DM mehr pro Woche.

Braunschweig. Mitgliederversammlung der IG Druck Ortsverein Braunschweig: 31 Kollegen stimmten für einen Festbetrag, 38 für Prozente. 10,5 % wurden beschlossen, Wegfall der Lohngruppen 1 und 2 und der Gehilfenstaffel.

Frankfurt/M. Die Delegiertenversammlung Bezirk Frankfurt fordert: 11 %, mindestens 35 DM pro Woche für jeden.

Darmstadt. Die Mitgliederversammlung der IG Druck beschloß am 11.2. 50 DM mehr pro Woche, für Auszubildende 60 % vom Facharbeiterecklohn.

Osnabrück. Die Mitgliederversammlung der IG Druck hat zur Tarifrunde die Forderung 160 DM mehr für alle beschlossen und 80 DM mehr für die Auszubildenden.

Tarifvertrag für IGM-Vertrauensleute
Das Recht auf gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb sichern!

Köln. Zwischen der IG Metall und Gesamtmetall haben am 9.2. Verhandlungen stattgefunden über einen neuen Tarifvertrag für die Vertrauensleute. Die IGM fordert, daß die Vertrauensleute 10 Stunden im Monat freigestellt werden für die Gewerkschaftsarbeit im Betrieb. Ihre Wahl soll während der bezahlten Arbeitszeit stattfinden. Die Metallkapitalisten, die gerade jetzt während der Streiks in der Metallindustrie die organisierende Kraft der Vertrauensleute erfahren haben, haben das Ziel, die gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb einzuschränken. Sie schreien jetzt, die gewerkschaftlichen Vertrauensleute würden bevorzugt, sie selbst aber würden für die Gleichheit sein und niemanden begünstigen wollen. Dagegen haben die Arbeiter alles Interesse daran, ihre Kampfbedingungen gegenüber den Kapitalisten günstiger zu gestalten. Dazu brauchen sie das Recht auf freie gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb.

Das Recht der Arbeiter, die gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb zu organisieren, muß gesichert werden. Die Arbeiter werden ihre Vertrauensleute gut einsetzen können. Das mußte gerade der Sprecher von Gesamtmetall zugeben. Er erklärte gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung": Es sei „besonders paradox, wenn es in diesen Tagen zu beobachten sei, wie die Vertrauensleute wilde Streiks und Protestaktionen aller Art in einem Augenblick auslösen, in dem die Gewerkschaft nach geltendem Recht noch an ihre Friedenspflicht gebunden sei." – (FAZ, 12.2.75)

IG Chemie-Vorstand empfiehlt Sockel plus Prozent-Forderung

Die Erfahrungen der Arbeiter sprechen gegen Prozent- und Mischforderungen

Der Hauptvorstand der IG Chemie Papier Keramik hat beschlossen, daß in diesem Jahr eine Mischforderung angebracht sei und wird das der Tarifkommission empfehlen. Die Bezirksleiter, die dabei waren, haben das auch für richtig gehalten.

Der Hauptvorstand der IG Chemie Papier Keramik hat diesen Vorschlag für eine Mischforderung nicht aus freien Erwägungen heraus gemacht. Prozentforderungen sind ihnen lieber. So haben sie auch in der kunststoffverarbeitenden Industrie 5 % abgeschlossen, ohne lange herumzumachen.

In der Chemie allerdings ist das nicht so einfach. Die Kollegen wissen, daß die Prozentforderungen erstens die Lohnschere zwischen ihnen immer weiter aufreißt und zweitens daß gerade Prozente für die am wenigsten bringen, die sowieso am wenigsten haben.

Vor dieser einfachen Wahrheit können auch die sozialdemokratischen Führer in der IG Chemie nicht so einfach zurück. Im Januar 76 äußerte sich Bezirksleiter E. Schäfer im „Neues vom Bezirk". Im Jahr 76 wird die Tarifauseinandersetzung darum gehen, die Teuerungsrate auszugleichen und darüber hinaus ein reales Plus zu erzielen. „... Ich bin aber persönlich der Meinung, daß im Jahr 1976 die sozialen Argumente ein besonders hohes Gewicht haben. Es empfiehlt sich deshalb ernsthaft zu überlegen, ob man von der Forderungsart her nicht einen Sockelbetrag und darauf Prozente wählen soll."

Der Hauptvorstand und seine Vertreter die Bezirksleiter verstehen unter Mischforderung eine Forderung so um die 50 DM und 5 %. Von Lohngruppe 1 bis Lohngruppe 7 (hessischer Tarif) macht das eine Bruttolohnerhöhung von 112 bis 127 DM! Der berühmte „Verhandlungspielraum" der Sozialdemokraten noch nicht berücksichtigt.

Seit Jahren gibt es in der IG Chemie die Auseinandersetzung über die Forderungsart. 1971 gab es die Festgeldforderung 120 DM für alle. Für die ist auch gestreikt worden. Der HV hat damals 7,8 % abgeschlossen. Danach hat er sich nicht mehr blicken lassen können – in Darmstadt – da war gestreikt worden.

Nach 71 ist in der Chemie keine Festgeldforderung mehr durchgekommen.

Bis 1974 wurden von den Tarifkommissionen Prozentforderungen aufgestellt. Die Argumente der Sozialdemokraten waren immer dieselben: Die zersplitterte Bezahlung, der Umstand, daß für viele Kollegen ein Teil des Lohns nicht tariflich abgesichert ist, sondern die Kapitalisten einen Teil des Lohns außerhalb des Tarifvertrags bestimmen und auch die Erhöhung des übertariflichen Lohnes nach ihrer freien Verfügung vornehmen, das war für sie nicht das Signal, Tarifverhandlungen zu führen, um den Effektivlohn zu sichern, den Kapitalisten diesen Spielraum unmöglich zu machen. Die aufgesplitterte Bezahlung werfen sie in die Waagschale und sagen: Für einen Arbeiter im Großbetrieb (dort lassen die Kapitalisten die außertariflichen Zulagen springen) machen Prozente mehr aus als eure läppischen Festgeldforderungen.

„Wenn z.B. ein Arbeiter bei Hoechst mit allen Zulagen brutto 2 200 DM verdient und 7,8 % (als Beispiel) darauf angerechnet bekommt, dann macht das für ihn 170 DM.

Anfangs haben die Kollegen, die für Festgeld eingetreten sind, folgendermaßen argumentiert: „Man muß eine so hohe Festgeldforderung aufstellen, daß sie auch für den noch mehr bringt als Prozente, der über 2 000 DM verdient."

1974 haben sie gesagt: „Schön und gut, der Hoechstarbeiter hat vielleicht tatsächlich mehr von Prozenten. Ist das aber ein Grund für uns, nicht auf einem Mindestbetrag zu bestehen, der es verhindert, daß die unteren Lohngruppen ins nackte Elend absinken?" Was kann ein Hoechstarbeiter dagegen haben, daß die Kollegen, die heute noch mit 1200 brutto heimgehen, mindestens 180 DM in der Tasche mehr kriegen!"

Dagegen konnten die Sozialdemokraten nichts sagen. Das heißt auch nicht, wenn sie nicht sagen wollen, daß sie gegen das Elend von Teilen der Arbeiterklasse nichts machen wollen. So haben sie 74 eine Mindestforderung aufstellen müssen. Mindestens 180 DM. Sie haben damals 153 DM als Mindestbetrag abgeschlossen. Ein Trick war natürlich wieder dabei. 153 DM gab es nur für die höchste Altersstaffeln. Aber darin wird man ihnen diesmal auf die Finger schlagen müssen. Der jetzige Beschluß des HV, eine Mischforderung zu empfehlen, soll die Verwaltungsstellen aus den Verhandlungen herauskatapultieren, die für Festgeld sind. Das braucht überhaupt nicht zu sein.

Man muß die Erfahrungen, die man gemacht hat, anwenden und darauf beharren, daß auf jeden Fall eine Mindestforderung aufgestellt wird. – (Röhm-Zelle, Darmstadt)

HBV-Großhandel: 150 DM mehr

Hamburg. Die Tarifkommission der Fachgruppe Groß- und Einzelhandel der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV) Hamburg fordert 150 DM mindestens für alle gleich und Wegfall der Altersstaffelung bei Jugendlichen.

Keine Ruhe auf der Conti

Noch immer 3 Arbeiter wegen Streik entlassen

Hannover. Der Conti-Vorstand hat neun der zwölf fristlosen Entlassungen, die er während und nach dem Streik eines Teils der Belegschaft gegen radikale Zulagenkürzungen verfügte, wieder zurückgenommen. Damit mußte er auf die außerordentlich weit wachsende Empörung und Solidarität gegen diese Unterdrückungsmaßnahmen ein Zugeständnis machen. Mit den drei restlichen Entlassungen will er jedoch ein Exempel statuieren.

Es ist ihm aber nicht gelungen, Ruhe zu schaffen. Zum Beispiel die Abteilung Auto 2 im Werk Vahrenwald hat vor etwa einer Woche den Vorstand in ultimativer Form aufgefordert, einen gewählten Streiksprecher, der aus dieser Abteilung stammt, wieder einzustellen. Der Vorstand reagierte mit Gegendrohung, weitere Entlassungen vorzunehmen, wenn nicht Ruhe eintreten würde.

Darauf wurde am Montag in verschiedenen Abteilungen des Werks Vahrenwald ein Brief der „endgültig" Entlassenen bekannt. In ihm wird die Einberufung einer Vertrauensleuteversammlung verlangt, auf der folgender Beschluß gefaßt werden soll: Mit diesen drei Entlassungen will der Vorstand stellvertretend uns alle treffen. Die bisherigen Proteste der gewerkschaftlichen Organe reichen offenbar nicht aus, der Erfolg der von der IG Chemie eingereichten Klagen beim Arbeitsgericht ist mehr als ungewiß. Deshalb wenden sich die Vertrauensleute über die IG Chemie an die hannoversche Öffentlichkeit, und zwar in Form einer Plakataktion, auf der der Vorstand angeklagt und die Forderung nach Rücknahme aller Entlassungen erhoben wird.

Der Brief mit diesen Forderungen wurde von verschiedenen Abteilungen im Werk Vahrenwald einstimmig gebilligt und an die Vertrauenskörperleitung weitergeleitet.

Inzwischen haben sich die Proteste und Solidaritätsaktionen über die IG Chemie auf andere Gewerkschaften, auf Schulen, Berufsschulen und auf die Technische Universität ausgedehnt. Die Vertrauenskörperleitung der hannoverschen Conti-Werke hat einen Solidaritätsfonds eingerichtet.

Keine Stillegung des VFW-Werks Speyer

Speyer. Seit Dienstag Abend sind über die Hauptstraße Transparente gespannt: „Hände weg von den Arbeitsplätzen bei VFW!" „Schluß mit Betriebsstillegungen!" 900 Arbeiter und Angestellte sollen bei VFW auf die Straße gesetzt werden: 10 Prozent Arbeitslose heißt das für die Stadt. Die IG Metall hat ein Aktionskomitee gegründet, durch das die Belegschaft unterstützt werden soll. Beide Kirchen haben zur Gründung einer Bürgerinitiative aufgerufen. Dem Aufruf folgten am Dienstag Abend 500 Menschen, darunter zahlreiche VFW-Beschäftigte mit ihren Familien. Im Betrieb haben die Kapitalisten die Demontage von Maschinen begonnen. Die VFW-Arbeiter und -Angestellten werden im Betrieb selber die Dinge in die Hand nehmen und die Demontage verhindern, wenn der Kampf gegen die Stillegung Erfolg haben soll.

ÖTV-Tarifrunde: Gegen Unverschämtheiten des Ministers hilft kein Stillhalten

Die Herausforderung annehmen: zu Aktionen übergehen!

Im Fernsehen, wo so viele Lügen kommen, denn es ist eine „Einrichtung des öffentlichen Rechts", hat am Montag Maihofer vom Leder gezogen.

Er hat das letzte Jahr den Respekt der ganzen Bourgeoisie eingeheimst, als er die Beschäftigten in öffentlichen Diensten nach Roßtäuscherart und vermittels Beihilfe von Heinz Kluncker abgefertigt hat.

Dieses Jahr ist er abermals vorgeschickt, um im Dienste seiner Klasse einen ähnlichen Erfolg zu erringen.

Er wird es nicht leicht haben. Allzu durchsichtig sind die Lügen und Verdrehungen, mit denen er hausieren geht.

Maihofer setzt begeistert an der Sozialdemokratentheorie an, daß der Lohn entweder ein Anteil am Wirtschaftswachstum oder ein Teuerungsausgleich ist.

„Wir sind uns einig mit der Seite der Arbeitnehmer, daß es für dieses Jahr keinen Nachholbedarf gibt und daß es nur um Teuerungsausgleich und nichts anderes gehen kann."

Er hat gut reden. Durch die gewaltigen Rationalisierungen dieses Jahres hat der Innenminister bereits unbezahlte Mehrarbeit in Hülle in der Scheuer, und die Beschäftigten in den öffentlichen Diensten spüren diese Mehrarbeit in den Knochen. Da läßt sich leicht über „Teuerungsraten" reden. Während das ganze Jahr über alle gewöhnlichen Waren tatsächlich teurer geworden sind, ist der Preis für die Arbeitskraft nicht nur gleich geblieben. Unter den wundersamen Händen des Dienstherren ist die Arbeitsleistung, die aus den Beschäftigten herausgepreßt wurde, sogar gesteigert worden. Ein gutes Geschäft, wirklich wahr. Nachdem der Minister Maihofer weiß, daß er dieses Geschäft schon gemacht hat, kann er leicht fortfahren:

„Und wir haben im einzelnen dargelegt, daß wir eben diese Zielsetzung in einem Einheitsbetrag nicht verwirklicht ansehen."

Damit schwingt sich der Minister zum Schirmherren der Interessen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf; es ist, wie wenn der Dieb Ratschläge zum Schutze des Eigentums erteilt.

„Er (der Einheitsbetrag) führt ja nicht etwa zu einem Teuerungsausgleich durchgängig, sondern er führt in einigen Fällen zu einem Zuviel gegenüber einem Teuerungsausgleich, in anderen Fällen zu einem erheblichen Zuwenig."

Bei dem „erheblichen Zuwenig" hat der Minister sich selber und die Gesamtheit der höheren Beamten im Auge, die nach einem Festbetragsabschluß ihre Forderung öffentlich anmelden und der Diskussion aussetzen müßten. Die „einigen Fälle", wo die Durchsetzung der 135 DM immer noch zu einem „Zuwenig", gemessen an den gestiegenen Kosten für die Lebenshaltung, enden würde, sind jedoch Millionen. Da der Minister weiß, daß mit solcher Demagogie er bestenfalls Leute beeindrucken kann, die von den Verhältnissen im öffentlichen Dienst gar keine Ahnung haben, entwickelt er plötzlich eine Besorgnis um die Einheit der Belegschaften. „Er (der Festbetrag) führt aber auch zu sozialen Unausgewogenheiten, daß etwa hier Ledige unverhältnismäßig viel besser dastehen als Verheiratete oder gar Verheiratete mit mehreren Kindern."

Der Liberale spielt sich als Kinderfreund auf. Er soll sich auch darüber verbreitet haben, daß die Lebenshaltungskosten für Familien mit Kindern, also die Kosten für die Aufzucht von Kindern, noch stärker gestiegen seien als alle anderen Kosten. Und daß aus diesem Grund die 135-DM-Forderung höchst unsozial sei.

Dieses Herz für Mutter, Familie und Kind entdeckt der gleiche Lump, der bedenkenlos die Familienzulage für „Doppelverdiener" hat streichen lassen und der bei den Beihilfen, die ebenso kinderreichen Familien zugute kommen, ebenso Streichungen vornimmt.

Wenn es im Kapitalismus schon so ist, daß der gewöhnliche Lohn nicht ausreicht, damit sich der Arbeiter oder die Arbeiterin überhaupt entscheiden können, ob sie ledig bleiben wollen oder heiraten, und wenn der Lohn gleich dreimal nicht ausreicht, um Kinder großzuziehen, sondern auch hier eine „Zulage" „gewährt" werden muß, dann ist es tollkühn, diese jammervollen und entwürdigenden Zustände auch noch **gegen** den Lohnkampf zu wenden. Der liberale Professor hat es darauf abgesehen, sich zum bestgehaßten Mann der Arbeiterbewegung zu machen.

Wie man weiß, gibt es im öffentlichen Dienst keineswegs etwa bloß eine Lohnbewegung und sonst wird um nichts gekämpft, das ganze Programm der Auspressung von Mehrarbeit sowie der Zulagenstreichungen wird bekämpft. Diese Kämpfe werden im Zusammenhang mit solchen Unverschämtheiten einen erheblichen Aufschwung nehmen.

Wie um den Topf mit Gewalt zum Überlaufen zu bringen. hat Maihofer sich gegenüber der Presse auch noch ausgelassen zur Vertagung der Gespräche.

„Er hoffe, daß zu diesem Zeitpunkt bereits Orientierungspunkte aus der privaten Wirtschaft zur Verfügung stünden, die ein Angebot der öffentlichen Arbeitgeber zulassen würden."

Über 200 000 Metallarbeiter sind in den letzten Wochen in Warnstreiks zu Kampfaktionen übergegangen. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben die „Orientierungspunkte", die sie brauchen. Der Innenminister allerdings klammert sich an die Hoffnung, daß alles ruhig bleibt, bis die Metallarbeiter eventuell überfahren worden sind. Jedoch schwant ihm Böses.

„Wenn die Entwicklung in der privaten Wirtschaft so vorankomme wie erhofft, sei ein Angebot der öffentlichen Arbeitgeber zum 4. März möglich."

Es gibt hier einen deutlichen Fingerzeig, daß die Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit den Aktionen der Metallarbeiter Solidarität üben müssen und daß die breite Solidarität in Kampfaktionen im öffentlichen Dienst bestehen wird.

Der Innenminister als Chefstratege der Dienstherren jedenfalls will die Zeit bis zum 4. März damit zubringen, einerseits (als Innenminister) die Vorbereitung und Durchführung von Kampfaktionen in der Industrie bespitzeln und polizeilich schikanieren zu lassen, hinsichtlich der öffentlichen Dienste aber ruhig zu spalten, wobei seine Versuche fort und fort dümmer werden. Nach neuesten Angaben des Bundesinnenministeriums entspricht 1 Prozent Lohnerhöhung für die Gesamtheit des öffentlichen Dienstes, also einschließlich Bund, Ländern, Gemeinden, Bahn, Post, Bundeswehrverwaltung, kurzum alles, einer Jahresbelastung von 1,6 Milliarden DM.



Gepäckannahme Bremer Hauptbahnhof: Die 135 DM durchsetzen

Mit dieser neuen Zahl, so wollen wir festhalten, wird das Durchschnittsverdienst im öffentlichen Dienst mit runden 3 500 DM einschließlich Arbeitgeberanteil angesetzt, da man von 3,5 Millionen Beschäftigten ausgehen muß. Nach diesem Datum würde eine Erhöhung von 135 DM für alle gleich sich nicht auf mehr als 4,4 Prozent Etatbelastung belaufen.

Der unsinnige „Durchschnittsverdienst" von 3 500 DM kann bloß entstehen, weil in diesem Durchschnitt die Millionen ehrlicher Arbeiter mit der ganzen Horde von Staatsbanditen, die die höhere Beamtenschaft bilden, zusammengefaßt sind.

In den Dienststellen des öffentlichen Dienstes sind die Beschäftigten jedenfalls entschlossen, an dieser Forderung festzuhalten. Schon vor den Verhandlungen kam es zu Plakataktionen und zu Aufklärungsaktionen an die Bevölkerung. Nach allem, was man hört, werden jetzt zumindest in den Großstädten von den Belegschaften energische Maßnahmen verlangt. Man wird sehen, wer mit der Arbeitskraft seinen Spott treiben will und glaubt, daß durch plumpe Lügen die feste Solidarität der Belegschaften zersetzt werden kann, der wird sich geschnitten haben.

Das Einzige, was den Bundesinnenminister noch retten kann, ist die Gewerkschaftsführung. Zwar hat Heinz Kluncker im Fernsehen gesagt, es bestünde für die ÖTV überhaupt kein Anlaß, von der Forderung nach 135 DM herunterzugehen, nachdem diese Forderung ein solches Echo in der Mitgliedschaft gefunden habe. Jedoch ist sicher, nachdem die Metallkapitalisten jetzt die Regierung in ihrer Lohnfront eingesetzt haben, werden sich allerhand Manövermöglichkeiten ergeben, um zum Schluß zu behaupten, es sei nicht anders gegangen.

Ein sicheres Anzeichen, wie weit ihr unbändiger „Friedenswille" die Sozialdemokraten in die Armee des Dienstherren treiben wird, besteht darin, ob jetzt vom Hauptvorstand Aktionen erlaubt werden oder nicht. Gelingt es dem Hauptvorstand, das Zustandekommen größerer Aktionen bis zum 4. März zu verhindern, so schaut es bereits ziemlich schlecht aus. Darüber muß man sich klar sein. Eine gerechte Sache kann zwar siegen und die 135 DM können durchgesetzt werden, aber nur durch Kampf und niemals von selber. – (m.f.)

„Die 135 DM bleiben kleben, bis sie durchgesetzt sind"

Bremen. Am Tag der ersten Verhandlung haben eine Reihe von Kollegen der Universität ihren Arbeitsplatz verlassen und sich auf den Fluren versammelt. Sie beschlossen, ihren Willen zur Durchsetzung der 135 DM zum Ausdruck zu bringen. In zwei Trupps zogen sie durch das Gebäude und brachten überall Aufkleber an: „Uns reicht's! Wir kämpfen für 135 DM!" Während der Aktion entwikkelten sich lebhafte Debatten mit anderen Kollegen. Fast alle meinten: „Ja, das ist eine gute Sache! Die 135 DM müssen durchgesetzt werden." Als ein Vorgesetzter der Gebäudetechnik kam und sagte: „Das geht nicht, diese Dinger müssen weg" und er die Putzfrauen beauftragte, die Kleber abzureißen, rissen sie alles ab bis auf die neuen Kleber und sagten: „Die 135 DM bleiben kleben, bis sie durchgesetzt sind!" Das stieß bei allen Kollegen auf Beifall.

Protestkundgebung zur vollen Durchsetzung der 135 DM Forderung

Frankfurt/M. Am 17.2. protestierten zirka 60 Kollegen der ÖTV Betriebsgruppe Universitäten Kernbereich, Deutsche Bibliothek, Universitätsbibliothek und Institut für Sozialforschung in einer Kundgebung vor der Mensa gegen die Hinhaltetaktik der öffentlichen Arbeitgeber und bekräftigten ihren Willen zur vollen Durchsetzung der 135 DM Forderung.

Informationsstand

Freiburg. ÖTV-ler aus dem Bereich Wissenschaft und Forschung der Universität haben am 16.2. einen Informationsstand vor dem Mensa-Personaleingang gemacht. Für das Telegramm: „Kein Verhandlungsspielraum – 135 DM für alle gleich" spendeten ca. 70 Kollegen, davon vielleicht 20 bis 30 Studenten. 40 DM wurden gesammelt

Vertrauensleutevollversammlung Frankfurt

Personalversammlung aller Beschäftigten gefordert

Frankfurt/M. Am 16.2. war Vollversammlung der Vertrauensleute der Ämter und Betriebe der Frankfurter Stadtverwaltung. Gekommen waren zirka 150 Kollegen, unter ihnen auch als Gäste Vertrauensleute der Stadtwerke und der Universität.

Nachdem ein hauptamtlicher ÖTV-Funktionär die Angriffe des staatlichen Dienstherrn auf die Lage der Beschäftigten gegeißelt hatte und sich für die Durchsetzung der aufgestellten Forderung ausgesprochen hatte, ging er in der Diskussion von dieser Position zurück und meinte, es gehe in der Tarifrunde darum, einen Kompromiß durchzusetzen, der dem Dienstherrn nur wenig entgegenkommt. Die Kollegen dagegen betonten, daß ein Verhandlungsspielraum nicht eingeräumt werden dürfe. Dieser Standpunkt drückte sich aus in einem einstimmig beschlossenen Telegramm an die Große Tarifkommission. Zum weiteren Vorgehen in Frankfurt wurden folgende Schritte beschlossen:

1. In allen Ämtern und Betrieben der Stadtverwaltung sollen Personalversammlungen und ÖTV-Betriebsgruppenversammlungen abgehalten werden.
2. Die Personalräte der Stadt werden aufgefordert, eine Personalversammlung aller Beschäftigten der Stadtverwaltung einzuberufen und dazu Oberbürgermeister Arndt einzuladen, der zu den „Sparvorhaben" des Magistrates Stellung nehmen soll (15 000 Beschäftigte)
3. Einberufung einer Versammlung aller Vertrauensleute und Delegierten des Kreisgebietes Frankfurt durch die ÖTV-Kreisverwaltung, um unter anderem eine
4. Protestkundgebung oder Demonstration der ÖTV, Post- und Eisenbahnergewerkschaft und der GEW zur Durchsetzung der 135 DM und gegen „soziale Demontage" vorzubereiten.
5. Durchführung einer Unterschriftensammlung gegen die Angriffe auf übertarifliche Leistungen.

Diese Beschlüsse sind gut geeignet, in den Ämtern und Betrieben Arbeitskampfmaßnahmen vorzubereiten.

Universität Karlsruhe

85 Putzfrauen sollen entlassen werden

Die baden-württembergische Landesregierung hat umfassende Stellenkürzungen und andere Maßnahmen beschlossen, um auf Kosten der Beschäftigten zu sparen.

Karlsruhe. An der Universität Karlsruhe sollen 85 von 240 Putzfrauen entlassen werden. Kanzler Hartenberg, der die Beschlüsse der Landesregierung schon riecht, wenn sie noch gar nicht verabschiedet sind, und schon ausgeführt hat, ehe der Posteingangsstempel auf das landeshoheitliche Schreiben gedrückt ist – Kanzler Hartenberg hat die ersten 20 Kündigungen bereits ausgesprochen – Aushilfskräfte, wie es heißt.

Als nächstes sollen die „Doppelverdiener" und älteren Frauen, die bald verrentet werden, drankommen.

Man nennt dies „soziale Härten vermeiden". Z.B. bei Aushilfskräften ist es ja keine soziale Härte für den Dienstherren, weil diese Aushilfskräfte keinerlei Rechte haben, sondern auch nur das Recht auf Verkauf ihrer Arbeitskraft ihnen wie eine Gnade, die von jetzt auf gleich verfliegen kann, zugefallen ist.

Etwa Frau Kasupovic, die letztes Jahr durch Bankrott des Aufkäufers ihrer Arbeitskraft bereits zweimal arbeitslos wurde, hat ein Kind im Kindergarten (200 DM), eine Wohnung (mit Nebenkosten 200 DM) und ein zu erwartendes Arbeitslosengeld von 600 DM.

Groß ist die Empörung unter den Putzfrauen über diese Kündigungen. Deutlich war: es würden nur Kampfmaßnahmen helfen, um diese Entlassungen abzuwenden. Doch fehlte zu diesen Kampfmaßnahmen die Einheit. Die Putzfrauen sind nicht Teil der Institute, sondern unterstehen den Hausmeistern und über sie der Verwaltung. Die Hausmeister haben sich in der Mehrzahl zu Instrumenten des Dienstherren machen lassen und die Putzfrauen eingeschüchtert. Der Personalrat der Universität und die DGB-Frauen haben öffentlich gegen diese Sparmaßnahmen protestiert, die in allen Landesbehörden ein Drittel der Gelder für die Putzarbeiten einsparen sollen. Und damit die Arbeit der Putzfrauen um die Hälfte steigern!

In einer Resolution haben die Teilnehmer einer Informationsveranstaltung der ÖTV-Kreisverwaltung und des DGB gegen die Sparmaßnahmen und besonders gegen die Kündigungen beim Reinigungspersonal protestiert und die Rücknahme der Sparbeschlüsse gefordert.

Gleich hat sich auch gezeigt, wie sofort der Druck weiter zunimmt, wenn der Dienstherr eine üble Maßnahme hat durchsetzen können. Jetzt sind natürlich weniger Putzfrauen da, und wenn jetzt noch eine in Urlaub ist, dann kann z.B. Frau H., deren Kind einen Unfall hatte und eigentlich von ihr versorgt werden müßte, nicht zu Hause bleiben, um das Kind zu versorgen, weil sie – obwohl schon 3 Jahre am Arbeitsplatz – als Ausländerin doch Angst um ihren Arbeitsplatz haben muß.

Unter den Putzfrauen wird weiter diskutiert und es ist klar, daß Ruhe nicht einkehren wird und nach Möglichkeiten gesucht wird, der Universitätsverwaltung eine Niederlage beizubringen. – (mf, Karlsruhe)

Krollmann ziehlt Maulkorberlaß zurück

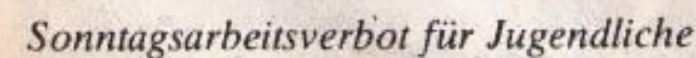
Ein durchsichtiges Manöver

Seit Dezember 1975 kämpfen die Schüler in Hessen gegen einen geplanten Erlaß des Kultusministeriums für die Schülervertretungen, der diese völlig zum Instrument der Kultusbürokratie macht. Streiks haben stattgefunden, in Darmstadt haben zeitweise 7 000 Schüler gestreikt. In ganz Hessen hat es Demonstrationen und Versammlungen gegeben. In den letzten Wochen bereiteten die Schüler überall, unterstützt von Eltern und Lehrern, landesweite Streikaktionen vor.

Jetzt mußte die Kultusbürokratie reagieren. In Presse und Rundfunk wurde bekanntgegeben, daß der Erlaß „nach harter Diskussion" zurückgezogen wurde. Stattdessen bleibt die jetzt geltende Rechtsverordnung in Kraft, und zusätzlich sollen jetzt noch einige Ergänzungsbestimmungen wie Mitbestimmungsverordnungen für volljährige Schüler und die Verlegung der Verfügungsstunde der Schülervertretung auf eine Stunde alle zwei Wochen statt wie bisher jede Woche am 1. August in Kraft treten. Gar nicht schnell genug konnte es der Behörde gehen, diese Entscheidung zu verbreiten, ganz im Gegenteil zu ihren vorherigen Bestrebungen, die Rechtsverordnung durchzusetzen, was still und heimlich geschehen sollte. Noch am Tag bevor die Entscheidung der Kultusbürokratie bekanntgegeben wurde, haben in Hofheim im Main-Taunus-Kreis zwei Oberschulen zwei Tage lang gestreikt (80 Prozent von 2 000 Schülern). 1 000 haben zum Abschluß demonstriert gegen die Rechtsverordnung. Daß die Behörde jetzt reagieren mußte, ist zweifellos ein Erfolg der demokratischen Schülerbewegung. Aber es ist ein Manöver. Keineswegs wurden die Forderungen der Schüler für ihre Rechte erfüllt. Der Kultusbürokratie geht es darum, die Unruhe an den Schulen zu unterdrücken und die Vorbereitung zu landesweiten Streikmaßnahmen zu verhindern. Sie plant nämlich, daß nur „vorerst nichts geändert" wird. Der „Wiesbadener Kurier" schreibt das so: „Neuverordnung der Rechte der Schülervertretung vertagt – soll später in eine neue Schulverfassung aufgenommen werden. In dieser Neuverordnung sollen dann die Rechte der Eltern und Lehrervertretungen mit aufgenommen werden." Schnell wird das Manöver deutlich. Erst soll Ruhe an den Schulen geschaffen werden, um dann per Gesetz, und darum handelt es sich bei der Schulverfassung, die Schüler und ihre Vertretungen an die Interessen der staatlichen Schulpolitik zu ketten und die Eltern und Lehrervertretungen gleich mit. Ein Vorbild hat da die hessische Schulbürokratie schon, das neue Schulgesetz in Baden-Württemberg, wo es im wesentlichen darum geht, jede Möglichkeit der Eltern, Lehrer und Schüler und ihrer Vertretungen, Einfluß zu nehmen auf den Schulbetrieb, zu verhindern und die Staatsaufsicht auf die Schulen zu verstärken.

Mit diesem Manöver hat die Kultusbürokratie die Katze aus dem Sack gelassen. Seit Wochen finden im ganzen Lande Kampfaktionen gegen die Zustände an den Schulen statt. Am 6. März wird auf Initiative der GEW eine gemeinsame Demonstration der Eltern, Lehrer und Schüler gegen die Schulmisere in Frankfurt stattfinden. In Kassel ist Ähnliches geplant. Überall wird die bürgerliche Schulpolitik angegriffen. Darauf reagiert der bürgerliche Staat. Parallel zur Rücknahme der Rechtsverordnung und zur Ankündigung eines Schulgesetzes setzten die Disziplinarmaßnahmen an den Schulen ein. In Frankfurt hat die Schulbehörde eine Konferenz aller Schülervertreter der Stadt verboten. Stattgefunden hat sie trotzdem. 200 sind gekommen. In Darmstadt ist an die Eltern ein Schreiben gegangen, wo vom Regierungspräsidenten die Eltern über die Unrechtmäßigkeit der Schulstreiks „unterrichtet" werden und wo aufgefordert wird, „die Schulleitungen und die Aufsichtsbehörde bei ihren Bemühungen zu unterstützen, illegale Unterrichtsverweigerungen zu verhindern".

Der Schuß der Kultusbürokratie muß nach hinten losgehen. Deutlich gemacht werden muß von den Schülern, daß sie das Manöver der Kultusbürokratie durchschauen. An den Forderungen für die Rechte der Schüler wie Satzungshoheit der Schüler und ihrer Vertretungen, politisches Mandat der Schülervertretungen, freie politische Betätigung an den Schulen muß festgehalten werden. Ebenso an den Streikbeschlüssen und anderen Kampfmaßnahmen. Hier kommt es darauf an, daß man der Kultusbürokratie deutlich zeigt, daß man ihr Manöver mit dem geplanten Schulgesetz durchschaut hat. Warnstreiks von ein oder zwei Tagen an den Schulen sind ein gutes Mittel dazu und die richtige Bekräftigung der Streikbeschlüsse. „Keine Entrechtung der Schüler durch das Schulgesetz", das ist die Forderung gegen die Manöver der Kultusbürokratie. Sie muß auch in den Kampf der Eltern und Lehrer gegen die Schulmisere hineingetragen werden. – (j.k.)



Sonntagsarbeitsverbot für Jugendliche

Filbingers reaktionärer Vorstoß

Das baden-württembergische Staatsministerium hat am Wochenende bekanntgegeben, daß der Ministerpräsident Filbinger die anderen von der CDU/CSU gestellten Länderregierungen in einem Brief aufgefordert hat, einen Gesetzesantrag des Bundesrates zu unterstützen, durch den das im neuen Jugendarbeitsschutzgesetz festgelegte Jugendarbeitsverbot an Sonntagen zumindest für das Hotel- und Gaststättengewerbe wieder aufgehoben wird. Das Verbot der Sonntagsarbeit war eine der wenigen Einschränkungen, die neu in das Gesetz aufgenommen worden waren, das sonst die Arbeiterjugend noch mehr als das alte Ge-
worden waren, das sonst die Arbeiterjugend noch mehr als das alte Ge-
setz der Ausbeutung durch die Kapitalisten freigibt.

Als Vorreiter der Reaktion unter den Landesregierungen hat sich die Filbinger-Regierung schon mehrfach mit verschiedenen Gesetzesentwürfen hervorgetan, sei es zum § 218, sei es bei den Maulkorbgesetzen. Ein Sonntagsarbeitsverbot habe Nachteile für die Ausbildung, weil am Wochenende in den Gaststätten meist Hochbetrieb herrsche, heißt es in der Begründung für Filbingers neuesten Vorstoß. Es müsse befürchtet werden, daß die „Ausbildungsbereitschaft" des Gaststättengewerbes durch dieses Verbot spürbar zurück-
schaft" des Gaststättengewerbes durch dieses Verbot spürbar zurück-
gehe. Das einzige, was bei dem Arbeitsverbot am Sonntag zurückgehen kann, ist aber der Profit, den die Wirte und Hoteliers aus den Jugendlichen herausschinden können. Um den macht sich Filbinger Sorgen. Die Sorge der Arbeiterklasse ist, daß ihre Jugend durch das neue Arbeitsschutzgesetz in eine Lage kommt, wo die Kapitalisten ihre körperlichen und geistigen Kräfte noch schneller ruinieren als bisher.

Welche Rolle die Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen im Gaststättengewerbe spielt, davon berichtet auch die folgende Korrespondenz.
tet auch die folgende Korrespondenz.

Gastgewerbe: Kinderausbeutung üblich

Bremen. Am letzten Wochenende habe ich zur Aufbesserung der Haushaltskasse in einer Kneipe gearbeitet. Der Besitzer hat sehr gestöhnt. Das neue Jugendarbeitsschutzgesetz sei für ihn ganz unerträglich, meinte er. Jetzt darf er nämlich nach dem Gesetz Jugendliche nicht mehr an allen Samstagen und an zwei Sonntagen im Monat für sich arbeiten lassen, sondern nur noch an allen Samstagen. Dies ist eine der wenigen neuen Einschränkungen in diesem Gesetz, das sonst der Ausbeutung der Arbeiterjugend Tür und Tor öffnet, und wie man sieht, wahrlich ein Glanzstück sozialdemokratischer Reformpolitik. Den Gaststättenbesitzern läßt das aber keine Ruhe, sie wollen die Arbeitskraft der Jugendlichen ganz nach ihrem Gutdünken und ohne Einschränkung ausbeuten. Der Lübekker Hotel- und Gaststättenverband hat kürzlich z.B. gedroht, er werde 140 Lehrstellenbewerber ablehnen, solange das Gesetz nicht geändert sei. In Aschaffenburg und Obernburg haben die Hoteliers und Gaststättenbesitzer in Zeitungsannoncen die Jugendlichen aufgefordert, gegen die Arbeitszeitbeschränkung durch das Jugendarbeitsschutzgesetz zu protestieren. Sonst könnten sie eine „praxisnahe" Ausbildung nicht sicherstellen.

Abgesehen davon, daß Töpfe scheuern an Wochentagen mindestens so lehrreich ist wie am Sonntag, man sieht: die Jugendarbeitslosigkeit wollen sie benutzen, um mit den Jugendlichen Schindluder treiben zu können.

Im übrigen ist es so, daß viele Kneipen und kleine Hotels praktisch auf der Grundlage von Kinderarbeit existieren: Die vier Kinder meines Wirts z.B. haben immer mitgearbeitet, besonders wenn Feste o.ä. anlagen. Daß es auch bisher schon verboten war, Vierzehnjährige bis zum frühen Morgen arbeiten zu lassen, hat ihn nicht gehindert.

Nun behaupten die Hoteliers und die Wirte ständig, in ihren Betrieben müsse halt gearbeitet werden, wenn andere freihaben. Daß sie nicht in der Lage sind, den Lehrlingen eine Ausbildung ohne Wochenend- und Schichtarbeit zu gewährleisten, ist aber doch nur ein Argument dafür, daß man die Ausbildung der Jugendlichen nicht länger in ihren Händen lassen kann. – (G., Bremen)

Zur Lage der Lohnabhängigen im Hotel- und Gaststättengewerbe

In etwa 100 000 Betrieben des Hotel- und Gaststättengewerbes sind rund 300 000 Lohnabhängige als Köche, Kellner, Zimmermädchen usw. beschäftigt. Die Zahl der Beschäftigten ist in den letzten vier Jahren bei Umsatzsteigerungen von etwa 25 % durchschnittlich um 5 % zurückgegangen. Ständig gestiegen ist dabei sowohl der Anteil der ausländischen Beschäftigten (oft genug „illegal") als auch der Anteil der Teilzeitbeschäftigten. Schon 1970 war jeder vierte teilzeitbeschäftigt. Gerne stellen die Hoteliers und Wirte Frauen unter 20 Stunden und unter 312,20 DM im Monat an. Da brauchen sie nämlich nach dem Gesetz seit 1.1.1974 keinerlei Versicherungsbeiträge zu bezahlen.

Was die Löhne angeht, wird in vielen Betrieben nicht einmal der Tariflohn bezahlt. Und der ist kärglich genug. Ein Zimmermädchen erhält nach zwei Berufsjahren bzw. wenn sie über 22 ist 760 DM brutto, ungelerntes Bedienungspersonal nach sechs Berufsjahren 1022 DM. Gelernte Kellner kommen auf 1100 DM. Ein Jungkoch verdient ein Jahr nach der Lehre 800 DM, ein Alleinkoch nach drei Jahren 1 150 DM. Das Ganze bei freier Anwesenheitskost, woran oft genug aufs kleinlichste gespart wird. In § 3 des geltenden Tarifvertrages wird ausdrücklich eingeräumt, daß die Tariflöhne nur bei vollwertiger Arbeitsleistung bezahlt werden müssen, bei geringerer Leistung seien „angemessene" Abschläge zulässig.

Im Manteltarifvertrag sind dreistündige Unterbrechungen der täglichen Arbeitszeit erlaubt. Sechs-Tage-Woche und Wochenarbeitszeit von 46 Stunden sind die untere Grenze des Üblichen.



Hildesheim: Eltern aus Nordstemmen verlangen den Regierungspräsidenten zu sprechen.

Den Eltern aus Nordstemmen hat es gelangt

Hildesheim. Am 12. Februar fuhren 250 Eltern und Schüler der Gemeinde Nordstemmen nach Hildesheim. Die Autos waren mit Trauerflor versehen. In Transparenten forderten die Eltern vom Regierungspräsidenten die Einrichtung einer Sekundarstufe I, damit die Nordstemmer Schüler nicht auf viele entfernt liegende Schulen aufgeteilt werdenUnter der Parole „Nordstemmer Eltern fordern ihr Recht" zogen 250 Demonstranten vor das Regierungspräsidium, das verschlossen war und von vielen Polizisten mit Schäferhunden abgeriegelt. Empört riefen die Eltern in Sprechchören immer wieder: „Kellner komm heraus, sonst stürmen wir dein Haus!" Die vagen Versprechungen des Regierungspräsidenten Kellner gegenüber einer Elterndelegation erzürnten die Eltern nur noch mehr – sie wollen jetzt vor dem Kultusministerium in Hannover demonstrieren!

Demonstration für die Rechte der Jugend

Hamburg. Über 3 000 Schüler, Lehrlinge und Studenten haben sich am Freitag, dem 13. Februar in einer gemeinsamen Demonstration zusammengeschlossen, um gegen die staatliche Bildungspolitik aufzutreten und für ihre Rechte zu kämpfen. Vorausgegangen war dieser Demonstration ein zweitägiger Warnstreik der Studenten gegen die Abschaffung des politischen Mandats und eine Demonstration von Schülern mehrerer Schulen in Hamburg-Barmbek, die gegen die vom Senat angeordneten Lehrerversetzungen protestierten. Aufgerufen zu dieser Demonstration hatten die Vertre-
setzungen protestierten. Aufgerufen zu dieser Demonstration hatten die Vertre-
tungskörperschaften der Schüler, der Studenten, die Gewerkschaftsjugend, die DKP-Studenten, die vom KB Nord geführte „Aktionseinheit" sowie die Ortsgruppe des KBW.

Griechische Eltern streikten

Düsseldorf. 8 Tage haben die Eltern von 150 griechischen Schülern gegen die unerträgliche Situation an der Grundschule Schillstraße gestreikt. Über 38 Stunden fielen wöchentlich aus, musische Fächer und Sport gab es überhaupt nicht mehr. Angeblich, weil die Eltern der 181 deutschen Schüler ein Absinken des Bildungsniveaus aufgrund der griechischen Schüler befürchteten, verfügt die Behörde dann, daß 39 griechische Schüler an die 9 Kilometer entfernte Schule in der Helmholtzstraße abgeschoben werden. Dagegen traten die griechischen Eltern am 2. Februar in den Streik. Sie fordern, daß 80 Prozent des Unterrichts für ihre Kinder in griechischer Sprache abgehalten wird, weil sie zum größten Teil nur für eine beschränkte Zeit in Westdeutschland bleiben und sich dann wieder in Griechenland zurechtfinden müssen. Das Schulamt hat die Eltern sofort massiv unter Druck gesetzt und damit gedroht, die Kinder durch die Polizei zur Schule holen zu lassen.

GEW ruft zu gemeinsamer Demonstration auf

Frankfurt. Die GEW in Frankfurt ruft für den 6. März alle Eltern, Schüler und Lehrer zu einer gemeinsamen Demonstration gegen die Schulmisere auf. Zur Vorbereitung hat der Bezirksvorstand alle Vertretungskörperschaften der Schüler und Lehrlinge, der Eltern und der Lehrer zu einer gemeinsamen Konferenz am 26. Februar im DGB-Haus eingeladen. Außerdem sind mehrere Diskussionsveranstaltungen angekündigt.

Erneut Streikvorbereitung am II. Bildungsweg

Westberlin. Ein erneuter **bundesweiter Streik** gegen die Pläne der Kultusminister, die Schulen und Kollegs des Zweiten Bildungsweges schrittweise dicht zu machen, ist **für den 3. bis 5. März** geplant. Der „Bundesring der Studierenden im Zweiten Bildungsweg" hat auf einer Tagung am 7.2. in Westberlin über den konkreten Verlauf beraten.

Mannheim: Demonstration gegen die Kürzung der Mit-
Mannheim: Demonstration gegen die Kürzung der Mit-
tel für die Jugendhäuser im Stadthaushalt

Mannheim. „Wir haben die Versprechen satt – wir woll'n mehr Gelder von der Stadt!", „Kampf der jugendfeindlichen Politik des Stadtrats", unter diesen Parolen demonstrierten am Samstag, 14.2., 300 Jugendliche in der Innenstadt.

Um mehr als 200 000 DM hat der Mannheimer Stadtrat im neuen Haushaltsentwurf die Mittel für die Jugendhäuser gekürzt, die schon im letzten Haushalt so gering waren, daß die meisten Jugendhäuser inzwischen total heruntergekommen sind, der Putz von den Wänden fällt und die Einrichtung bald nur noch aus Schrott besteht.

Wyhl: Verhandlungsergebnis stößt auf Ablehnung

Wyhl. Vor einem Jahr wurde in Wyhl der Bauplatz besetzt, die Polizei verjagt und die Pläne von Kernkraftwerk Süd, Badenwerk und Landesregierung gründlich durchkreuzt. Nachdem mit Gewalt nichts zu machen war, versuchte die Landesregierung durch Verhandlungen ihr Ziel zu erreichen. Das Ergebnis ist die Offenburger Vereinbarung, über die zur Zeit in den einzelnen Bürgerinitiativen beraten und abgestimmt wird. Mit dieser Vereinbarung sollen sich die Bürgerinitiativen verpflichten, gesetzwidrige Handlungen und ihre Unterstützung gegen Landesregierung und Kernkraftwerk Süd abzulehnen und sich aktiv für die Durchsetzung der Vereinbarung einzusetzen. (Siehe KVZ Nr. 5)

Die bisher vorliegenden Abstimmungsergebnisse zeigen, daß die Bevölkerung sich von der Landesregierung nicht verschaukeln läßt. In der Bürgerinitiative Wyhl wurde die Vereinbarung mit großer Mehrheit abgelehnt (nur zwei Ja-Stimmen), ebenso in Nimburg-Teningen und Nordweil. In Oberrotweil wurde einstimmig beschlossen, die Vereinbarung abzulehnen, wenn nicht mindestens ein wesentlicher Punkt geändert und der Abschnitt 7 (Ablehnung gesetzwidriger Handlungen) gestrichen wird. Bis Montag gab es keine Bürgerinitiative, die sich für die Vereinbarung ausgesprochen hat.

Auf einer Vollversammlung der 43 Bürgerinitiativen nahmen fast alle Redner gegen die Vereinbarung Stellung.

Es wurde beschlossen, am Sonntag, dem 22. Februar, 15 Uhr eine Großkundgebung in Wyhl durchzuführen und erst danach endgültig über die Vereinbarung abzustimmen. Diese Kundgebung soll so vorbereitet und durchgeführt werden, daß allen, auch der Landesregierung, klar wird, der Widerstand gegen das Kernkraftwerk hat nicht nachgelassen. Diese Kundgebung wird auch deutlich machen, daß die Mehrheit der betroffenen Bevölkerung die Offenburger Vereinbarung ablehnt. – (Ortsgruppe Emmendingen)



Wiesbaden Justizministerium





Frankfurt. Auf die Konterfeis der Volksvertreter zu schmeissen war sehr populär. Das Puppenspiel fand aufmerksame Zuschauer.

Aktionstag der Komitees gegen den § 218 am Tag der Parlamentsentscheidung

Für die Demonstrationen am 21.2. mobilisiert

In 180 Städten sind am 12.2., dem Tag, an dem das bürgerliche Parlament den neu geschliffenen Strafparagrafen 218 verabschiedet hat, die Komitees und Initiativen gegen den § 218 mit zahlreichen Aktionen der Reaktion entgegengetreten. Überall sind die Forderungen nach der ersatzlosen Streichung des § 218 und nach einem Volksentscheid gegen den § 218 öffentlich erhoben worden. An zahllosen öffentlichen Gebäuden, vor allem an den Gerichten und Polizeistationen, sind sie zu lesen. Mit Ständen, Lieder- und Theatergruppen, mit Flugblättern und durch den Verkauf der Komiteezeitung, in der der Text des neuen Gesetzes abgedruckt ist, mit Umzügen und Kundgebungen in den Vierteln und Zentren wurde über den durch und durch reaktionären Charakter des neuen Gesetzes aufgeklärt und zum Ausdruck gebracht: Die Bewegung gegen den § 218 ist entschlossen, diesen Unterdrückungsparagrafen zu Fall zu bringen. Überall wurde dazu aufgerufen, dafür am 21.2. anläßlich der Jährung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum § 218 in kämpferischen Demonstrationen einzutreten.

Bericht vom Aktionstag der Bremer Initiative gegen den § 218

Bremen. Während die bürgerlichen Parlamentarier die gesetzgeberische „Ausschöpfung„ des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum § 218 zum vorläufigen Abschluß brachten, haben die Gegner des § 218, des alten und des neuen, in den Vierteln der Stadt und im Zentrum zahlreiche Aktionen gegen den Strafparagrafen durchgeführt. Sehr aufmerksam wurden die Flugblätter, die das neue Gesetz entlarven, von der großen Mehrheit der Menschen in den Straßen aufgenommen, zahlreiche Zeitungen der Komitees mit dem Text des neuen Gesetzes wurden verkauft. In vielen Debatten agitierten die Gegner des § 218 dafür, am 21.2. auf der Straße zu demonstrieren, daß die Forderung nach Abschaffung des Strafparagrafen durch den Parlamentarierbeschluß keineswegs erledigt ist. Erneut wurden Hunderte von Unterschriften für die Forderungen der Komitees gesammelt. 160 Menschen unterzeichneten einen Leserbrief an den „Weser Kurier", in dem sie ihrer Ablehnung des neugefaßten § 218 Ausdruck geben. Die Forderung „Weg mit dem § 218!" prangt jetzt an vielen öffentlichen Gebäuden, an den Polizeiwachen.

Im Anschluß an die verschiedenen Aktionen wurde dem „Weser Kurier" der Leserbrief überbracht und die Veröffentlichung gefordert. Der verantwortliche Redakteur verweigerte eine klare Zusage. Gleichzeitig wurde wegen „Hausfriedensbruch" die Polizei geholt.

Tags darauf ließ das Blatt der Initiative gegen den § 218 mitteilen, daß der Abdruck abgelehnt werde, ohne Begründung.

Die Polizei hat an verschiedenen Stellen Gegner des § 218 festgenommen. Wer einzeln mit einer Plakette gegen den § 218 gesehen wurde, auf den wurde Jagd gemacht. Personalienüberprüfung, Autokontrollen waren häufig. In einigen Fällen wurden sogar die Kleider nach Farbeiern gefilzt. Damit wollte sich die Polizei dafür schadlos halten, daß sie die Aktionen selbst nicht hatte verhindern können. Sie waren derart in Rage, daß über den Polizeifunk ging: „Wenn wir die erwischen, die das Parlament bemalten, schalgen wir sie zusammen."

Der Aktionstag war eine gute Vorbereitung für die Demonstration am 21.2. anläßlich der Jährung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts. – (j., Bremen)

Heidelberg. Die Komitees führten in den Vierteln Kundgebungen durch.

Der sozialdemokratische Weg

Deutscher Bundestag
Sitzung am 25. April 1974

Marie Schlei (SPD)
„... Wir Sozialdemokraten wollen nicht, daß eine Mutterschaft nur wegen einer möglichen Bestrafung angenommen wird."

Sitzung am 26. April 1974

Elfriede Eilers (SPD)
„Die Neuregelung des § 218 ist eines der umfassendsten Reformwerke ... dieses Jahrhundertwerk."

Willy Brandt (SPD)
„In den 103 Jahren der Gültigkeit des § 218 hat man in einer im Grunde zynisch zu nennenden Weise zwischen illegalen Aborten, die fachgerecht, und denen, die nicht fachgerecht ausgeführt werden, zu unterscheiden gelernt. Eine unerträgliche Konsequent ergibt sich auch so: Wer bezahlen kann, ist, wie man so sagt, fein raus, wer kein Geld hat, muß sehen, wie er zurechtkommt. Weichen wir, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, der Wirklichkeit nicht aus. Der § 218 ist in dem, was er real bewirkte, ein schwer erträglicher Restbestand sozialer Ungerechtigkeit ..."

Erhard Eppler (SPD)
„Eine Gesellschaft ist um so humaner, je weniger Frauen keinen anderen Ausweg als eine Unterbrechung der Schwangerschaft sehen."

Sitzung am 7. November 1975

Dr. Penner (SPD)
„Der Gesetzentwurf der sozialliberalen Koalition ... gewährt einen wirksamen strafrechtlichen Schutz. Er ist so gesehen eine schon für sich genommen wirksame Bestrafungsregelung."

Sitzung am 12. Februar 1976

Heinz Rapp (SPD)
„Wer die Werte – und hier den höchsten Wert menschliches Leben – bewahren will, muß unter gewandelten gesellschaftlichen Bedingungen die Strukturen verändern. Und daß sich die gesellschaftlichen Bedingungen gewandelt haben, kann doch ... niemand in Abrede stellen, der auch nur daran denkt, daß heute die Resie nach Holland oder anderswohin nahezu allen erschwinglich ist. Strukturen verändern, um Werte zu erhalten, darum geht's."

Adolf Müller-Emmert (SPD)
„Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 25. Februar 1975 setzt uns allen Grenzen, innerhalb deren wir uns zu bewegen haben ... Es ist deshalb müßig, über vormals heftig umstrittene Probleme heute noch zu streiten."
„Dabei muß auch besonders erwähnt werden, daß viele Gespräche mit den beiden Kirchen ... ihren Niederschlag gefunden haben, indem der ursprüngliche Entwurf abgeändert oder ergänzt worden ist."

DGB-Kreisvorstand Herne fordert: Ersatzlose Streichung des § 218

Herne. Auf einer Frauenveranstaltung des DGB Herne am 31. Januar gab die Kollegin Gajewski, Vorsitzende des DGB-Frauenausschusses, bekannt, daß der Kreisvorstand Herne des DGB der Resolution der Kreisjugenddelegiertenkonferenz zugestimmt hat, in der die ersatzlose Streichung des § 218 gefordert wird und das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes abgelehnt wird. Der DGB-Frauenausschuß will auf dieser Grundlage eine Veranstaltung zum § 218 durchführen.

Bremen. 12 Vertrauensleute und Betriebsräte der Klöckner-Hütte in Bremen haben den Aufruf zur Demonstration am 21.2. anläßlich der Jährung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum § 218 mitunterzeichnet.

Wiesbaden. Vor einigen Tagen führte das Komitee gegen den § 218 vor den Graphischen Betrieben im Kohlheck eine Unterschriftensammlung durch. Am Tag zuvor war ein Flugblatt verteilt worden, in dem die Forderungen des Komitees erläutert wurden. Obwohl sich während der Unterschriftensammlung Vertreter der Geschäftsleitung am Tor aufpflanzten, unterschrieben doch fast 50 Kollegen die Forderungen des Komitees. Die Geschäftsleitung ließ schließlich die Polizei holen, die aber erst mit viel Verspätung eintraf. Sie bekam keines der Komiteemitglieder mehr zu Gesicht und wurde ausgelacht.

Richter Vultejus: Die Meinung der Mehrheit

Hildesheim. Bei einem Prozeß vor dem Amtsgericht gegen zwei Gegner des § 218, denen vorgeworfen wurde, den Sockel eines Denkmals mit Plakaten gegen den § 218 beklebt zu haben, hat Richter Vultejus dem Strafantrag der Staatsanwaltschaft nicht stattgegeben. In seiner Begründung heißt es unter anderem: „Der Sockel ist ... lediglich zum Träger einer plakatierten Meinung geworden, die von einem Teil der Bevölkerung abgelehnt wird, **nach dem Ergebnis von Volksbefragungen jedoch von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung geteilt wird."** Drei Wochen später wurden unter dem Vorsitz eines anderen Richters zwei Gegner des § 218 wegen des gleichen Sachverhalts zu Geldstrafen von 300 DM verurteilt. Zu dem Urteil des Richters Vultejus meinte in diesem Prozeß die Staatsanwaltschaft, der Richter Vultejus werde wohl noch Schwierigkeiten bekommen. Es gibt schließlich noch Richter in diesem Staat!

Die „Freiheit der Volksvertreter"

Leverkusen. Um die beiden Bundestagsabgeordneten Wiefel von der SPD und Stommel von der CDU aufzufordern, in der anstehenden Bundestagsdebatte gegen den § 218 zu stimmen, sind Mitglieder des Leverkusener Komitees zu einer Sitzung des Stadtrats am 9.2. gegangen. In einer Sitzungspause entrollten sie ein Transparent gegen den § 218 und verlasen eine Resolution, in der die beiden Abgeordneten aufgefordert wurden, zu den Forderungen des Volkes Stellung zu nehmen und im Parlament gegen den Unterdrückungsparagrafen zu stimmen. Das Auftreten der Komiteemitglieder löste sofort einen Tumult im Sitzungssaal aus. „Volksvertreter" Wiefel weigerte sich, zu den Forderungen des Komitees Stellung zu nehmen. „Mit Ihnen rede ich nicht, ich bin Ihnen keine Rechenschaft schuldig." Mit vier Polizisten und zwei Zivilen wurde schließlich das Transparent beschlagnahmt und die Komiteemitglieder wurden fortgeschleppt. „Wir leben in einem freien Staat. Vielleicht dem freiesten der Welt ... Wenn wir unsere Arbeit hier als gewählte Abgeordnete des Volkes tun, werden wir uns – ich will mich vorsichtig ausdrücken – von solchen Leuten nicht stören lassen", rief ihnen der Oberbürgermeister Dopatka nach und kündigte eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch an. Wahrhaftig ein freies Land, in dem die Abgeordneten die Freiheit genießen, sich um die gerechten Forderungen des Volkes einen Dreck zu scheren und diese Freiheit auch mit Polizeiknüppeln verteidigen können. Auch von den Polizisten war einer von dieser Freiheit beeindruckt. „Die da oben denken in erster Linie an sich und ihr Geld, erst dann an das Volk", meinte er sinngemäß. – (e., Leverkusen)

Polizeieinsatz nutzte dem Schuldirektor wenig

Herten. Mit Polizeigewalt ließ der Direktor des Hertener Gymnasiums die Teilnahme eines Vertreters des Hertener Komitees gegen den § 218 an einer Podiumsdiskussion mit allen Parteien am 13.2. verhindern. Er hatte dem zuerst eingeladenen Komiteevertreter die Teilnahme an der Veranstaltung verboten. Die Komitees seien verfassungsfeindlich, hieß die Begründung des Direktors. Er berief sich auf einen „Hinweis" der vorgesetzten Dienststelle. Als der Vertreter des Komitees trotz des Verbots zur Schule gekommen war, um die Forderungen des Komitees zu erläutern, hatte der Rektor die Polizei geholt. Den bürgerlichen Politikern auf dem Podium half die Polizeiaktion wenig. Genossen der Kommunistischen Schülergruppe gelang es gut, den reaktionären Standpunkt aller anwesenden Parteivertreter aufzuzeigen.

Justizbeistand für reaktionäre Ärzte

Darmstadt. Das Landgericht Darmstadt hat, wie berichtet, eine einstweilige Verfügung gegen den KBW erlassen und ihm verboten, über die Praktiken eines Arztes zu berichten. Wie erwartet hat sich die Wahrheit nicht verbieten lassen. Daraufhin hat das Landgericht die Strafe festgesetzt. 5000 DM soll die Ortsgruppe zahlen oder 50 Tage soll die Sekretärin der Ortsgruppe, Genossin Anette Mönich, in Haft gesteckt werden. Darüberhinaus sind Bestrebungen des Dr. Simon im Gange, auch gegen das Komitee gegen den § 218 eine einstweilige Verfügung zu erwirken. Streitwert 20000 DM. In der Begründung für das Urteil gegen den KBW heißt es: „Die Intensität, mit der der Schuldner dem Verbot zuwidergehandelt hat, dürfte nicht unberücksichtigt bleiben." Die Justiz und die reaktionäre Ärzteschaft haben allerdings wenig Freude an dem bisher erreichten Ergebnis. In der Stadt wird überall über die Unterstützung des Staatsapparates für die reaktionären Ärzte berichtet und der Kampf gegen den § 218 geht weiter. Der nächste Schritt ist die Demonstration am 21.2.

Köln. Das Komitee gegen den § 218 in der Südstadt hat in den vergangenen Wochen auf einem Plakat einen Artikel aus der DGB-Jugendzeitschrift „ran" veröffentlicht, in dem ein Arzt wegen seiner üblen Geschäfte mit schwangeren Frauen, die bei ihm abtreiben lassen wollten, scharf angegriffen wurde. Am Montag, dem 16.2., erhielt nun die presserechtlich Verantwortliche der Kölner Komitees gegen den § 218, Uschi Roth, eine einstweilige Verfügung des Landgerichts zugestellt, in der ihr unter Androhung eines Ordnungsgeldes bis zu 5000 DM oder Ordnungshaft bis zu sechs Monaten verboten wird, weiterhin die Wahrheit über diesen Arzt zu sagen. Diese einstweilige Verfügung stammt schon vom 4.2. Nachdem am Donnerstag, dem 12.2., das Komitee in der Südstadt die Praktiken dieses Arztes erneut aufgriff, hat der Arzt jetzt wegen Verstoßes gegen die einstweilige Verfügung beim Landgericht die Inhaftierung von Uschi Roth beantragt.

Merke!

„Und wenn das Volk hundertprozentig für die Streichung des 218 wäre – es gibt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, und dem haben wir uns zu beugen."

Der baden-württembergische SPD-Spitzenkandidat Eppler auf einer Wahlveranstaltung am 12. Februar in Friedrichshafen

Kirche sorgt sich um Angebot auf dem Kindermarkt

In dem neuen § 218 a ist unter Punkt b geregelt, daß der Staat von der Schwangeren die Austragung des Kindes verlangen kann, obwohl sie keine Möglichkeiten hat, das Kind selber aufzuziehen.

Das wird dann so laufen, daß der Schwangeren die Abtreibung verweigert wird, weil es ihr ja „zumutbar" ist, das Kind auszutragen und dann wegzugeben.

Das ist heute auch die „Hilfe", die kirchliche Beratungsstellen Frauen geben, die kein weiteres Kind wollen. Das zeigt folgendes Gespräch einer Kollegin bei der Mütterberatungsstelle der Inneren Mission katholischer Frauen in Herne, die dorthin ging, um Informationen über die Praxis solcher kirchlicher Beratungsstellen zu kriegen.

„Ich bin im zweiten Monat schwanger. Ich kann und will nicht noch ein zweites Kind kriegen."

Darauf die Mütterberatungsstelle: „Gut, daß Sie kommen, wir haben schon seit einiger Zeit ein wartendes Ehepaar."

„Ich bin aber gekommen, um über die Möglichkeiten eines Schwangerschaftsabbruches etwas zu erfahren. Ich will das zweite Kind nicht haben, da ich eine Tochter habe, die ein Jahr alt ist, und ich jetzt wieder die Möglichkeit habe, zu arbeiten. Zur Zeit bin ich Sozialhilfeempfängerin und muß um jede finanzielle Extraausgabe betteln und werde dazu noch als Mensch dritter Klasse behandelt und schikaniert."

„Das ist doch klar, wenn Sie etwas brauchen, dann müssen Sie auch darum bitten. Nein, zu einem Schwangerschaftsabbruch kann ich Ihnen nicht raten. Bedenken Sie doch, es ist und bleibt Mord. Und eine finanzielle Notlage ist wirklich kein Grund für eine Abtreibung. Jetzt, wo Sie schon einmal schwanger sind, müssen Sie es auch bis zur Entbindung schaffen. Denn nur so können Sie Ihre Stärke und Ihren Mut beweisen und haben ein reines Gewissen, denn Sie haben nicht gemordet. Und denken Sie immer daran, wir werden Ihnen helfen. Wie schon gesagt: Ein Ehepaar für Ihr Kind haben wir."

Das was die Kirchen mit moralischem Appell versuchen, ist mit dem neuen § 218 Gesetz: Den Armen wird die Verpflichtung zur Austragung der Schwangerschaft auferlegt, und alle Argumente, die sich aus der sozialen Lage ergeben, sind prinzipiell vom Tisch gewischt. – (Aus: Ortsbeilage Herne der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 6)

Studentenparlamentswahlen

Hohenheim. An der Hochschule Hohenheim erhielt die reaktionäre Liste „Aktion Demokratische Mitte" 6 Mandate und die CDU-Studenten vom RCDS 4 Mandate. Die Juso-Hochschulgruppe erhielt 5 und die Fraktion „Neuer AStA" (MSB Spartakus) 7 Mandate. Die Studentengruppe des KABD, die KSG, erhielt 1 Mandat. Die Liste 2, die die Kommunistische Hochschulgruppe unterstützte, erhielt 2 Mandate.

Bonn. 53,8 % betrug die Wahlbeteiligung bei den Studentenparlamentswahlen in Bonn. Die CDU-Studenten vom RCDS erhielten 16 Sitze (wie im Vorjahr), zwei weitere reaktionäre Studentengruppen, die kandidiert hatten, erhielten 15 Sitze (2 weniger als im Vorjahr). Von den reformistischen Studentengruppen erhielt die Liste sozialdemokratischer Studenten (Jusos und SHB) 15 Sitze (plus 2), der MSB Spartakus 6 Sitze (plus 1). Die Rote Liste, die vom KSB unterstützt wird, erhielt einen Sitz (wie im Vorjahr).

Karlsruhe. Stärkste Fraktion im Studentenparlament der Universität wurde mit 1 274 Stimmen (minus 150 gegenüber der letzten Wahl) die reaktionäre RCDS-Liste der CDU-Studenten. Eine erstmals kandidierende Fachschaftsliste erhielt 710 Stimmen. Der SHB erhielt 570 (minus 400), der MSB Spartakus 578 Stimmen. Die Kommunistische Hochschulgruppe erhielt 91 Stimmen gegenüber 129 bei der letzten Wahl.

Karlsruhe. Bei den Wahlen an der Pädagogischen Hochschule wurde der SHB mit 271 Stimmen und 12 Mandaten stärkste Fraktion. Die Kommunistische Hochschulgruppe erhielt 108 Stimmen und 5 Mandate.

Kaiserslautern. Mit 205 Stimmen bzw. 27 Prozent wurde an der Fachhochschule Kaiserslautern eine Liste „Unabhängiger" stärkste Fraktion im Studentenparlament. Die Liste der Basisgruppen erhielt 205 Stimmen bzw. 25 Prozent. Die Liste der Basisgruppen, die von der Kommunistischen Hochschulgruppe unterstützt wurde, erhielt 165 Stimmen bzw. 16 Prozent. Der Allgemeine Studentenausschuß wird gebildet werden durch Basisgruppen und Kommunistische Hochschulgruppe.

Köln. Stärkste Fraktion bei den Wahlen zum Studentenparlament wurde die Einheitsliste, auf der auch die Kommunistische Hochschulgruppe kandidierte. Sie erhielt mit 32,85 Prozent insgesamt 12 Mandate. Zweitstärkste Fraktion an der Fachhochschule wurde mit 31,6 Prozent und 11 Mandaten eine „Unabhängige Liste". Eine gemeinsame Liste von MSB Spartakus und Sozialistischem Hochschulbund erhielt 27,3 Prozent und 11 Mandate.

Stuttgart. Bei den Wahlen zum Studentenparlament der Universität Stuttgart erhielt die Liste der Jungsozialisten mit 12 Mandaten (8 im Vorjahr) die meisten Stimmen. Die CDU-Studenten vom RCDS erhielten 9 Mandate (gegenüber 2 im Vorjahr). Die KHG, die sich erstmals mit 3 Kandidaten an der Wahl beteiligte, erhielt 827 Stimmen, wobei jeder Student 30 Stimmen vergeben konnte, mit denen panaschiert, aber nicht kumuliert werden konnte. Von den so insgesamt abgegebenen Stimmen (109 900) erhielt die KHG 0,7 %, da ihr auch die Studenten, welche die KHG-Liste wählten, statt 30 nur 3 Stimmen geben konnten. Berücksichtigt man dies, so wählten insgesamt 276 Studenten die KHG-Liste, was rund 6,1 % der abgegebenen Stimmen entspricht.

Broschüre gegen Ersatzgelderlaß

Am 14. Februar haben sich naturwissenschaftliche und medizinische Fachschaften und Allgemeine Studentenausschüsse Baden-Württembergs getroffen, um die bisherigen Erfahrungen beim Boykott des Ersatzgelderlasses auszutauschen und um einen einheitlichen Boykott im nächsten Semester zu organisieren. Beschlossen wurde, eine gemeinsame Broschüre zum kampf gegen den Ersatzgelderlaß zu erstellen, die auf der nächsten Landesastenkonferenz vorgelegt werden soll.

Zentrale Demonstration der Medizinstudenten im Mai

Göttingen. Am 14./15. Februar fand hier die Fachtagung Medizin in der VDS statt, die die überwiegende Mehrheit der Fachschaften der Medizinstudenten vertritt. Beraten wurden die Erfahrungen des bundesweiten Streiks der Medizinstudenten gegen das Praktische Jahr und das weitere Vorgehen. Beschlossen wurde eine zentrale Demonstration der Medizinstudenten im Mai, auf welcher die Forderung nach einem Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr noch einmal nachdrücklich erhoben werden soll. Vorbereitet werden soll die Demonstration durch einen offenen Brief an die Bundesregierung, der die Forderungen des Streiks noch einmal bekräftigt und der in Plakatform in den Fachbereichen geklebt werden soll.

Freiheit für Jochen Noth und Dietrich Hildebrandt!

Heidelberg. Das Studentenparlament der Universität wandte sich mit einer Resolution an das Justizministerium des Landes Baden-Württemberg und an die Strafvollzugskammer Ludwigsburg und Rottenburg und forderte die sofortige Freilassung von Dietrich Hildebrandt und Jochen Noth.

Der Kampf gegen das Ordnungsrecht an den Hochschulen

Das ganze Gesetz muß zu Fall gebracht werden

Bei der Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes haben sich die bürgerlichen Parteien über ein Ordnungsrecht im Rahmen des Hochschulrahmengesetzes geeinigt (siehe Kasten). Sie hoffen mit diesem Mittel die „Ruhe" an der Universität herzustellen und die Bewegung der fortschrittlichen Studenten niederzuhalten.

Von allein gibt's diese „Ruhe" nicht. Das hat die Bourgeoisie in den Aktionstagen des Dezember gesehen, und es war Anlaß für sie, sich schnell über ein Ordnungsrecht zu einigen. In nichts anderem besteht dieses Sonderrecht, als daß den fortschrittlichen Studenten die Rechte scharf beschränkt werden, während den staatlichen Statthaltern in den Rektoraten und den Professoren freie Hand gegeben wird, Studenten von der Universität zu verweisen.

Das läßt sich gut studieren in den Bundesländern, in denen es bereits seit längerem ein Ordnungsrecht gibt, wozu fast alle CDU-Bundesländer einschließlich Bayern gehören, weiterhin Westberlin, während in Hessen ein Hausordnungsrecht diese Aufgabe wahrnimmt. Um nur einige in diesen Bundesländern eingeleitete Ordnungsverfahren herauszugreifen:

In Kiel wurde gegen 8 Medizinstudenten ein Ordnungsverfahren eingeleitet, da sie gemeinsam mit Kommilitonen darauf bestanden hatten, daß die Verhandlungen in der Fachbereichskommission über eine neue Medizinstudienordnung öffentlich durchgeführt werden.

In Heidelberg wurden Ordnungsverfahren eingeleitet wegen Sammelns von Unterschriften und Klebens von Plakaten gegen den § 218 in der Universität.

Deutlich wird daran, worin der Zweck des Ordnungsrechts besteht: Abgesprochen werden den Studenten die Rechte, die sie brauchen, um ihre Interessen zu vertreten, um Kämpfe des Volkes wie gegen den § 218 zu unterstützen. Jedem, der diese Rechte in Anspruch nimmt, soll durch das Ordnungsrecht das Kreuz gebrochen werden.

Breite Empörung gegen das Sonderrecht

Diese ungeheuerliche Entrechtung der Studenten durch ihre Unterwerfung unter eine Sondergerichtsbarkeit trifft an den Hochschulen, wo sie durchgesetzt werden soll, stets auf einen breiten Widerstand, und keineswegs nur unter den Studenten.

Die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst kennen die Wirkung eines solchen besonderen Gewaltverhältnisses nur allzu gut, sind sie ihm durch Beamten- und Dienstrecht doch selbst unterworfen. Deswegen haben an vielen Hochschulen die Lohnabhängigen und Teile der wissenschaftlichen Angestellten sofort erkannt, daß man in dieser Sache mit den Studenten gemeinsame Sache machen muß gegen alle Versuche des Staates, besondere Gewaltverhältnisse gegenüber Teilen des Volkes durchzusetzen. In Frankfurt z.B., wo der Universität durch das Kultusministerium 1974 ein Hausordnungsrecht aufoktroyiert wurde, weigerte sich ein Teil des Lehrkörpers, an dieser Entrechtung der Studenten mitzuwirken. In einem offenen Brief an den Rektor schrieben sie:

„Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit dagegen, daß Studenten, die in Lehrveranstaltungen und universitären Gremien Kritik üben, sei es am Lehrstoff, sei es an Mißständen innerhalb und außerhalb der Universität, die diese Kritik zur Diskussion stellen und sich gegen Mißstände politisch betätigen, per Erlaß zu Störern definiert werden und durch das HOR gemaßregelt werden können bis hin zum Ausschluß aus der Universität.

Ebenso wenden wir uns dagegen, daß immer häufiger Beschäftigte des öffentlichen Dienstes wegen unliebsamer Kritik an Mißständen und wegen politischer Betätigung gegen diese Mißstände Disziplinarverfahren unterzogen werden. Insbesondere wenden wir uns gegen die zunehmende Zahl von Berufsverboten für Lehrer in Hessen und die ihnen vorausgegangenen sogenannten Anhörungsverfahren."

An der Freien Universität Westberlin, wo zu Beginn dieses Jahres ein Ordnungsausschuß eingerichtet wurde, beschloß der ÖTV-Betriebsgruppenvorstand, kein ÖTV-Mitglied solle an dem Ordnungsausschuß mitwirken. Die linke Fraktion des Akademischen Senats lehnte ein Ordnungsrecht für die Hochschulen grundsätzlich ab.

Als Zuträger der Ordnungsrechtsbehörden treten dagegen meist so reaktionär wie korrupte Professoren und die von der Bourgeoisie bezahlten und ausgehaltenen reaktionären Studentengruppen auf: die „Studenten für das Grundgesetz" in Kiel, die „Aktion Demokratische Hochschule" in Heidelberg.

Es liegt auf der Hand, daß die fortschrittlichen Studenten, wollen sie sich nicht dem bürgerlichen Staat unterwerfen und auf die in den Streiks und Studentenparlamentswahlen erhobenen Forderungen verzichten, auf all jenen Rechten bestehen müssen, die sie brauchen, um ihren Forderungen Geltung zu verschaffen. So z.B. auf dem Recht der Kritik in den Lehrveranstaltungen, auf dem Recht der freien politischen Meinungsäußerung und Betätigung an der Universität. Überall, wo sie sich zusammenschließen, um ihre Forderungen geltend zu machen, begegnet die Reaktion ihnen mit der Drohung des Ordnungsrechts. Halbwegs alltäglich dieser Vorfall in Heidelberg: Dort protestierte im Januar ein Fachschaftsvertreter im Namen der Studenten gegen den Vorlesungsstil und gegen schikanöse Klausuren des Dozenten. Dieser hat sich dann dazu folgendermaßen geäußert: „Herr Brückner, wollen Sie sich Ihr Leben versauen? Sie wissen doch, daß ich Sie jetzt anzeigen werde, das ist meine Pflicht." Sprach's und tat's, worauf der Fachschaftsleiter relegiert wurde.

Aber obwohl durch das Hochschulrahmengesetz das Ordnungsrecht jetzt zur gesetzlichen Waffe der Reaktion an allen Hochschulen wurde: Noch nirgends ist es ihr gelungen, ihre Sondergerichtsbarkeit wirken zu lassen, ohne auf Widerstand zu stoßen. Bekannt sind die Auseinandersetzungen in Kiel, wo mittlerweile der Ordnungsausschuß, so er tagen will, stets der Polizei und eines Hinterhofes bedarf, um sich zu verkriechen. Zwei Ordnungsverfahren mußten dort wieder eingestellt werden. In Heidelberg mußten Ordnungsverfahren gegen Gegner des § 218 unter dem Druck der Bewegung gegen den § 218 wieder zurückgenommen werden. Auch in Freiburg sind die eingeleiteten Ordnungsverfahren auf breiten Widerstand gestoßen. Verschiedene Fachbereichsvollversammlungen verabschiedeten Resolutionen gegen die Ordnungsverfahren

Überhaupt hat sich in diesen Auseinandersetzungen ziemlich deutlich gezeigt, daß, zerrt man das Treiben der Ordnungsausschüsse und ihrer Mitglieder samt dem Schwanz von Denunzianten ans Licht, man diesen Reaktionären ganz hübsch ins Handwerk pfuschen kann. Und angesehen sind Sondergerichte samt Denunzianten bei der Masse der Studenten und der Lohnabhängigen an den Hochschulen nicht. Wo die Bourgeoisie bislang versuchte, mit Hilfe des Ordnungsrechtes die „Ruhe" an der Universität herzustellen, war das vergebens. Das wird auch nicht anders sein, wenn jetzt im kommenden Semester auf der Grundlage des Hochschulrahmengesetzes ein einheitliches Ordnungsrecht an allen Hochschulen eingeführt werden soll. Im Gegenteil. Die selbständigen Forderungen der Studenten sind aufgestellt. Vom Kampf um diese Forderungen wird aucha ein Ordnungsrecht die Studenten nicht abhalten. Eher wird es den Blick dafür schärfen, daß man Rechte unabdingbar braucht und daß das Hochschulrahmengesetz, dessen Kern das Ordnungsrecht ist, damit gänzlich unvereinbar ist.

Der Ordnungsrechtsparagraph im Hochschulrahmengesetz

§ 31

„1) Die Einschreibung zum Studium kann widerrufen werden, wenn ein Student durch Anwendung von Gewalt, durch Aufforderung zur Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt
a) den bestimmungsgemäßen Betrieb einer Hochschuleinrichtung, die Tätigkeit eines Hochschulorgans oder die Durchführung einer Hochschulveranstaltung behindert oder
b) ein Hochschulmitglied von der Ausübung seiner Rechte und Pflichten abhält oder abzuhalten versucht.

Gleiches gilt, wenn ein Student an den in Satz 1 genannten Handlungen teilnimmt oder **wiederholt Anordnungen zuwiderhandelt, die gegen ihn von der Hochschule wegen Verletzung seiner Pflichten nach § 40 Abs. 4 getroffen worden sind.**"

§ 40 enthält die Aufforderung, daß sich alle Mitglieder der Hochschule so zu verhalten haben, „daß die Hochschulen und ihre Organe ihre Aufgaben erfüllen können und niemand gehindert wird, seine Rechte und Pflichten an den Hochschulen wahrzunehmen". Mit anderen Worten: Er enthält die Pflicht zum Denunziantentum.

„2) Mit dem Widerruf ist eine Frist bis zur Dauer von drei Jahren festzusetzen, innerhalb derer eine erneute Einschreibung an der Hochschule ausgeschlossen ist. . .

Der § 218 ist dem Professor Berger nicht menschenfeindlich genug

Westberlin. Wie er von sich selbst sagt, ist auch Herr Berger, Professor für Fernmeldetechnik an der Technischen Universität, ein Gegner des § 218. In der Zeitschrift „Physikalische Blätter" Nr. 8/75 hat er zum Thema Kinderreichtum und Geburtenkontrolle folgendes geschrieben: „Ich meine, zur Demokratie gehöre vor allem anderen Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Allgemeinheit. Wenn sich also jemand durch Kinderreichtum grob gemeinschädigend verhält, so ist es wohl nicht undemokratisch, dies als Verbrechen zu bezeichnen. Es wird ja von niemandem Kinderlosigkeit verlangt, aber die dritte Schwangerschaft könnte sehr wohl strafbar sein, d.h. beispielsweise abgebrochen werden. Bis dahin ist es sicherlich noch ein weiter Weg. Aber zumindest sollte man jetzt schon allerorts die gesellschaftliche Ächtung des Kinderreichtums propagieren."

Wegen dieser reaktionären Ansichten haben wir Professor Berger in seiner Vorlesung zur Rede gestellt. Zum besten gab er da noch, die Menschheit beute die Natur, die alles produziere, zu stark aus. Deswegen ist wohl der Kinderreichtum schädlich. Wir haben versucht klarzumachen, daß nicht die Natur, sondern der Mensch produziert, und wäre die Geschichte nach den Grundsätzen des Professor Berger abgelaufen, so säßen wir heute noch auf dem Baum. Wir haben auch versucht klarzumachen, worin die Logik des Professor Berger besteht: Zwei Kinder soll man möglichst bekommen, damit es genug ausbeutbare Arbeitskräfte und Kanonenfutter für die Imperialisten gibt. Aber zuviel Kinder darf es auch nicht geben, wohl weil dies für die Bourgeoisie überflüssige Esser sind. Um die verfaulenden bestehenden Verhältnisse zu erhalten, will der Professor Berger durch „Zwangsabtreibung" jedes dritte Kind der Arbeiter und Angestellten abschlachten lassen. Man sieht daran, um welche Sorte Gegner des § 218 es sich hier handelt: Es stört ihn an diesem Paragraphen in seiner bestehenden Fassung nur, daß er die zwangsweise Abtreibung des dritten Kindes ausschließt. Was er will, ist also tatsächlich die staatliche Kontrolle und Unterdrückung der Massen durch den § 218 noch zu verschärfen. Einstweilen steht an Bergers Fernmeldetechnikgebäude jetzt die Parole „Weg mit dem § 218 – Volksentscheid!"

Warnstreik der Mathematikstudenten – bundesweiter Streik vorgeschlagen

Hannover. Gegen die fast fünfzigprozentige Kürzung von Seminaren am Großinstitut Mathematik im kommenden Semester führten die Mathematikstudenten am Montag, dem 9. Februar, einen eintägigen Warnstreik durch.

In der Woche davor waren 150 Studenten der Fachschaften Mathematik und Germanistik zum Wissenschaftsministerium gezogen und hatten ihre Forderungen gestellt:
Weiterbeschäftigung von drei gekündigten Assistenten,
Aufhebung des Stellenstopperlasses,
Aufhebung der sechsmonatigen Besetzungssperre für freigewordene Stellen,
Keine Verschlechterung der personellen Ausstattung am Mathematischen Institut und allen anderen Fachbereichen.

Bis auf eine Vorlesung, die mit 15 Teilnehmern stattfand, wurden am Montag alle großen Mathematik-Vorlesungen boykottiert.

Von den 500 bis 600 Studenten, die diese Vorlesungen sonst besuchen, beteiligten sich etwa 150 an der Streikvollversammlung. Die Vollversammlung beauftragte den Fachschaftsrat unter anderem, dem VDS für das Sommersemester einen bundesweiten Streik vorzuschlagen.

Freie Bahn dem Tüchtigen

Letzten Samstag veranstaltete der Hochschulverband, der mehr als die Hälfte des Professorenstandes organisiert vertritt, in Bonn eine „politische Kundgebung". Der Vorsitzende Pöls, Professor in Braunschweig und niedersächsischer CDU-Landtagsabgeordneter, gab als Grund für diesen Schritt an: „wachsende Diffamierung des Professorenstandes in der Öffentlichkeit".

Gemeint ist damit die trotz scharfer Unterdrückung an den Hochschulen und trotz Einleitung von Vertuschungsmanövern durch verschiedene Landesregierungen wachsende Enthüllung über die Geschäfte, die Vetternwirtschaft und die Schiebereien, die die Professorenschaft mit ihrer käuflichen Wissenschaft und ihrer Verfügung über die Hochschulhaushalte betreibt.

Den Professoren, die sich in der Aula der Universität Bonn versammelten, geht es aber um mehr als nur Rettung oder Erhaltung des Ansehens ihres Standes. Mit der offensichtlichen Unfähigkeit des bürgerlichen Staatsapparates, die Ausbildung zu organisieren und zu gewährleisten, begründeten die Sprecher des Verbandes das Verlangen nach Stärkung der Aufsichtsrechte der Professorenschaft über die Studenten.

Sie wissen, daß die Kapitalistenklasse angewiesen ist auf eine gut geschmierte und bevorrechtigte Professorenkaste. Jetzt fordern sie von der Regierung Tribut. Der Mainzer Verfassungsrechtler Rupp erklärte die Devise dieser Politik: „Beseitigung der Gruppenuniversität", d.h. Beseitigung der erkämpften Vertretungsrechte der Studenten und der Lohnabhängigen an der Hochschule und ungezügelte Macht der Professoren über die Beschäftigten und Studierenden. „Aufhebung der staatlichen Zwangsbewirtschaftung der Hochschulen", d.h. Aufhebung der staatlichen Einschränkung des Professorenrechts auf Bereicherung.

Geübt, die besonderen Interessen und Existenzbedingungen der Kapitalisten als die allgemeinen der Gesellschaft zu verkaufen, fällt es den Professoren nicht schwer, diese Fähigkeit auch zum eigenen Nutzen einzusetzen. Ihre bekannte Gier nach Bereicherung geben sie aus als edles Bestreben um die Förderung der Wissenschaft. Die Alternative zur gegenwärtigen Universität sei „die Leistungsuniversität, die Ideen freisetzt und stimuliert, Begabungen ermuntert, Fleiß und Anstrengungen belohnt, zu Überdurchschnittlichem anregt".

Nötig sind „überdurchschnittliche" Leistungen, darüber sind sich die Professoren einig mit den politischen Geschäftsführern der Kapitalistenklasse in Bonn und in den Landeshauptstädten. Wie soll ohne solche „Leistungen" z.B. den Lohnabhängigen in einem Gutachten bewiesen werden, daß sie für die kapitalistische Krise verantwortlich sind. Oder der Bevölkerung am Kaiserstuhl, daß die Besetzung des Bauplatzes in Wyhl im Kampf gegen die Landesregierung gegen ihre eigenen Interessen gerichtet ist? Oder wie soll sonst „wissenschaftlich" bewiesen werden, daß die verfaulende kapitalistische Gesellschaftsordnung dem Sozialismus überlegen ist?

Leistungen solcher Art sind „überdurchschnittlich", müssen „stimuliert" und „belohnt" werden. Die Professoren verlangen höhere Preise.

Während die Alchimisten immerhin entsprechend dem damaligen Zustand des Wissens die Erkenntnis der Gesellschaft über die Natur erweitert haben, stinkt die Nutzlosigkeit, Korruption und Verfaultheit des heutigen Professorenstandes zum Himmel – (h.j.)

Stalingrad

Die Imperialisten lernen nicht aus der Geschichte



Kassel. Vom Radspähwagen „Luchs" aus hält Verteidigungsminister Leber eine Ansprache an die Belegschaft des Rheinstahl-Rüstungsbetriebs. Hinterher sagte Leber zu seiner Begleitung: „Es ist wichtig, den Männern in den Rüstungsbetrieben zu sagen, wofür sie arbeiten, denn diese Leute haben ein Gewissen." Zu den Arbeitern hatte Leber folgendes gesagt: „Was Sie hier leisten, ist von hoher Qualität, die Ansehen in aller Welt genießt." „Sie bauen hier eines der modernsten Waffensysteme. Mancher Arbeiter könnte fragen: ‚Wofür ist das?' Ich möchte Ihnen sagen, daß dies alles ausschließlich zu dem Zweck geschieht, der in unserer Verfassung festgelegt ist." Weltweites Ansehen der Waffen der westdeutschen Bourgeoisie, festgelegt in der Verfassung: fürwahr, die Verfassung einer imperialistischen Macht! – (Hessische Allgemeine Zeitung, 7.2.76)

Am 2. Februar 1943 kapitulierten die letzten Truppenteile der 6. Armee der deutschen Wehrmacht in Stalingrad vor den Truppen der Roten Armee. Das gilt allgemein als Wendepunkt des Zweiten Weltkrieges. Mit Stalingrad verbindet sich bei den Völkern der Welt das unauslöschliche Bewußtsein, daß eine imperialistische Macht, und sei sie noch so geballt und schlagfertig, an der Verteidigung einer revolutionären Macht scheitern muß.

Der heldenhafte Kampf der Roten Armee um Stalingrad und die Vernichtung des imperialistischen Aggressors im Kessel von Stalingrad stellen im Angesicht der wachsenden Kriegsgefahr ein Mahnmal für jede imperialistische Macht dar.

Der Zweite Weltkrieg hat die Machtbasis der deutschen imperialistischen Bourgeoisie zunächst auf Westdeutschland verkleinert. Für ihr Expansionsstreben hat das zunächst eine ökonomische Schranke bedeutet. Stärker noch aber zählt das Bewußtsein der Volksmassen über Ursache und Ergebnisse des Völkermordens, zu deren Werkzeug sie im Zweiten Weltkrieg gemacht worden sind. Wenn auch die Herrschaft der Bourgeoisie in Westdeutschland gefestigt scheint, und wenn die revolutionäre Bewegung, die der Bourgeoisie die Herrschaft entreißen kann, schwach ist, so ist diese Herrschaft doch unvollständig und bleibt es. Was nützt den Imperialisten die schönste und schwungvollste Wiederaufrüstung, wenn sie nicht eine Armee besitzen, die bereit ist, für sie durch das Feuer zu gehen. Eine solche Armee haben die westdeutschen Imperialisten nicht, weil nach den bitteren Erfahrungen zweier Weltkriege die Volksmassen nicht bereit sind, sich der Führung durch die imperialistische Armee blindlings anzuvertrauen.

„Ökonomisch ein Riese, politisch ein Zwerg" – das ist die gängige Redewendung, in der die Imperialisten ihren Schmerz über diese Tatsache auszudrücken pflegen.

Die Bourgeoisie geht zur Ehrenrettung Hitlers über

Die Bourgeoisie hat es glänzend verstanden, sich aus der Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg herauszuwinden. Die Kapitalisten sind sogar frech genug, die Leistung des Wiederaufbaus nach dem Krieg für sich zu beanspruchen. Wo doch jeder weiß, daß es die Arbeiter waren, die damit begannen, und die Bourgeois erst aus den Löchern krochen und ihr Besitzrecht anmeldeten, als es im wesentlichen wieder lief. Die Leistung des Wiederaufbaus schreiben die Bourgeois sich selber zu und haben nichts damit zu tun. Die Schuld für den Krieg und die Verbrechen, die schreiben sie indessen Hitler zu, der verrückt gewesen sein soll, und den Volksmassen, die verblendet genug waren, ihm zu folgen.

Tatsache ist indessen, daß selten in der Geschichte eine herrschende Klasse einen so naturgetreuen Ausdruck in einer einzelnen Person fand wie die deutsche Reichsbourgeoisie in A. Hitler. Die Menschenverachtung der kapitalistischen Produktion hat Hitler auf das Gebiet der Politik getragen. Das Expansionsstreben der imperialistischen Bourgeoisie hat er zur Haupttriebfeder des politischen Handelns gemacht. Mehr hat Hitler nicht auf dem Gewissen, aber das ist auch genug.

Weil die Zusammenhänge so deutlich sind, muß die Bourgeoisie zur Ehrenrettung Hitlers übergehen, wenn sie das politische Problem und die ideologische Schranke ihrer Herrschaft, die auch ein Ergebnis des Zweiten Weltkrieges ist, einreißen will.

So erklärt es sich, daß der „Spiegel" am 9. Februar 1976, 33 Jahre nach der Kapitulation von Stalingrad, einen Artikel veröffentlicht, der sich in höchst lobenden Tönen über A. Hitler als Feldherren ausläßt. A. Hitler trage nicht die Alleinschuld „an der Katastrophe von Stalingrad", er habe mit seinem Ausspruch „Für Stalingrad trage ich allein die Verantwortung" bloß die Generäle, sozusagen aus Kameradschaft, decken wollen, er sei einer der wenigen gewesen, die überhaupt die Gefahr der Einschließung der 6. Armee erkannt hätten. Ein „Zufall", ein „vergilbtes Papier" habe Hitler auf diese Gefahr aufmerksam gemacht, er „ahnte instinktiv", wo und wie die deutschen Verbände gefährdet waren, doch leider:

„Er stand mit dieser Lagebeurteilung so ziemlich allein in seinem Hauptquartier." Von Göbbels stammt die Bezeichnung „größter Feldherr aller Zeiten", und Hitler selbst sah sich am Bandel der Vorsehung. Das sind die Kategorien, an die der „Spiegel" anknüpft. Und daß dieses unerhörte Genie noch nicht mal in seinem eigenen Generalstab auf Verständnis stieß, ist das nicht ein tragisches Pech?

Der Generalstabschef Halder, ein schwerer Verbrecher offensichtlich, habe sogar jene „Befehle ignoriert", die, wer weiß, vielleicht Stalingrad verhindern hätten können, und wer weiß, wer weiß, wie der Krieg dann ...

Es sticht ins Auge, hier soll etwas mit Gewalt vertuscht werden. Der Aufsatz endet damit, daß die Abteilung „Fremde Heere Ost" die Lage nicht aufgeklärt habe und somit müsse man bei ihr die Schuld suchen. Es ist eine Lüge, der man den Respekt, den man unwillkürlich vor Frechheit hat, nicht versagen kann. Das Scheitern des reichsdeutschen Imperialismus wird aus einer mangelhaften Arbeit der Abteilung Gehlen erklärt. Das wird goebbelsmäßig oft wiederholt werden müssen, bis es einer glaubt. Und wenn auch nur einer dagegen auftritt, klappt es nicht. Warum also diese Frechheit?

Stalingrad: Das Scheitern des Griffs nach der Weltherrschaft

Mit Stalingrad war **mehr** gescheitert als eine militärische Auseinandersetzung. Mit Stalingrad war eine **Konzeption** des Griffs nach der Weltherrschaft gescheitert. Der Griff der imperialistischen Bourgeoisie des Deutschen Reiches nach der Weltherrschaft beruhte auf folgender strategischer Überlegung. Durch Vernichtung ihrer Militärmacht sollten die umliegenden Länder je rasch wehrlos gemacht werden. Ihre wirtschaftlichen Potenzen sollten umgehend der ökonomischen Herrschaft der reichsdeutschen Monopole unterworfen und damit die Schlagkraft des deutschen Imperialismus umgehend gesteigert werden. In den überfallenen Ländern wurden Marionettenregimes aufgebaut, und teilweise wurden ihre Söhne auch noch im Kriege für die Ziele der Bourgeoisie verheizt.

Der Überfall auf die Sowjetunion wurde begonnen, als sich dieses Konzept in Mitteleuropa bewährt zu haben schien. Die imperialistische Bourgeoisie trat unter Führung von Hitler an mit Kräften, die ihr aus einer schonungslosen Ausbeuterdiktatur über fast ganz Europa zuwuchsen. Und mit jedem Schritt nach Osten sollten sich ihre Kräfte weiter steigern. Bis Stalingrad schien diese Überlegung auch aufzugehen. Sie hat auch, wenigstens bei mechanischer Betrachtungsweise, allerhand für sich.

In der Wirklichkeit schaute es aber anders aus. Man kann Völker nicht überfallen, ihr Recht auf Selbstbestimmung mit Füßen treten, sie auspressen bis aufs Blut, ohne daß sich Widerstand regt.

So kam es, daß jeder Schritt nach vorn unerhörte Kräfte gebunden hat. Bei den bürgerlichen Kritikern des Nazi-Regimes liest man oft, daß eine riesenhafte Schar von Nazi-Funktionären sich vor dem Dienst an der Front drückte und sich in der „Heimat" oder den besetzten Gebieten herumdrückte und daß diese Kräfte gefehlt hätten. Aber, ist es nicht klar, daß ein System wie das Hitler-System eine perfektionierte Bespitzelung, eine perfektionierte Geheimpolizei zur Voraussetzung hat, daß der Staatsapparat im eigenen Hinterland genauso ungeheuer aufgebläht werden muß wie in den besetzten Gebieten ganze Polizeiarmeen stationiert werden mußten?

Und trotzdem geschah es, daß hinter den deutschen Linien Eisenbahnlinien durch Sprengstoffanschläge unterbrochen wurden. Resistance, Partisanenkrieg breiteten sich aus.

So wurde die gewaltige Produktivität, die durch Einreißen aller Schranken, die die Ausbeutung der Arbeiter hätten mindern können, erreicht wurde, beständig eingeschränkt durch die Sicherheitsvorkehrungen, die das Regime zwecks Überleben treffen mußte.

Die Sowjetvölker siegten, weil sie ein fortgeschrittenes Gesellschaftssystem zu verteidigen hatten

Es wäre der Griff nach der Weltherrschaft sowieso zum Scheitern verurteilt gewesen, und es ist lächerlich, wenn geglaubt wird, der Hitlerfaschismus hätte sich nach der Besetzung Polens und Frankreichs etwa konsolidieren können. So daß der Fehler Hitlers im Angriff auf die Sowjetunion bestanden hätte. Im Gegenteil, um die unterworfenen Völker im Zaume zu halten, mußte Hitler im kriegerischen Angriff weitertaumeln. So geschah es, daß die Sowjetunion vertragswidrig überfallen wurde.

Geplant war eine Vernichtung der Roten Armee an den Grenzen der Sowjetrepubliken. Die deutsche Bourgeoisie war der Meinung, die Rote Armee müsse sich an der Westgrenze stellen und könne sich nicht zurückziehen, da ein erheblicher Teil der Industrie im Westen der Sowjetrepubliken lag. Man rechnete sich aus, entweder die Rote Armee stellt sich, dann wird sie überrannt oder vernichtet, oder sie geht zurück, dann hat man diese wirtschaftlichen Potenzen positiv auf der eigenen Seite, während die Sowjetunion kriegsunfähig wird.

Die Hitler-Faschisten unterschätzten, daß das Sowjetvolk imstande sein würde, auf weit zurückverlegten Linien eine Kriegsproduktion zu errichten, die den Anforderungen genügte. In der Tat war dies eine so riesenhafte Leistung der Sowjetvölker, daß sie unauslöschlich in die Geschichte eingegraben bleibt. Sie war überhaupt bloß möglich, weil die Sowjetunion damals eine fortgeschrittene Gesellschaftsformation zu verteidigen hatte, den Sozialismus, der die Produktivkräfte entfesselt. So ging die Rechnung der Hitler-Faschisten nicht auf. Aus dem Boden, den sie erkämpft hatten, und aus den Völkern, die sie unterworfen hatten, entstand ihnen nicht der erhoffte Machtzuwachs, und die Aggression gegen die Sowjetvölker steigerte bloß deren Entschlossenheit, den Hitler-Faschismus gänzlich zu erledigen. Die deutsche Reichsbourgeoisie sah sich gezwungen, entweder zurückzugehen und einen Verhandlungsfrieden zu suchen oder aber zu bleiben.

Als die Rote Armee schon zurückwich und über Hunderte von Kilometern einen geordneten Rückzug durchführte, wurde es den klügeren unter den Bourgeois schummerig.

Innerhalb der deutschen Bourgeoisie trat eine Spaltung ein. Auf der einen Seite die faschistische Bourgeoisie, die durch Hitler repräsentiert wurde. Sie wußte, daß ein **Abrücken** von der ursprünglichen Konzeption des Griffs nach der Weltherrschaft unvermeidlich den Zusammenbruch des gesamten Hitler-Imperiums zur Folge haben würde. So wurde befohlen, der Roten Armee nachzusetzen, und wurde angestrebt, die Entscheidung zu erreichen, indem die Schlacht um die weiter östlich gelegenen Industrie- und Rohstoffgebiete gesucht wurde.

Auf der anderen Seite erhebliche Teile des Generalstabes, die sahen, daß der Krieg nach der ursprünglichen Konzeption militärisch nicht mehr zu gewinnen war, und die verlangten, daß man zurückgehen müsse.

Daher ist es ganz lächerlich, wenn das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" behauptet, Hitler habe im Gegensatz zu erheblichen Teilen der Generalität die Gefahr erkannt. Hitler hatte **befohlen**, daß man unter keinen Umständen zurückgehen dürfte. Er hatte das befohlen, weil er **wußte**, daß sein Terrorregime einen Rückschlag nicht aushalten würde, sondern von innen her zerbrechen müßte.

Hatte er einmal befohlen, nicht zurückzugehen, so war es wirklich keine Kunst, Gefahr zu „wittern". Dazu war weder eine Vorsehung noch eine besondere Schläue nötig. Es war auch der Masse der Soldaten an der Ostfront geläufig, wie jeder von seinem Vater weiß.

Stalingrad war der verzweifelte Versuch der imperialistischen Bourgeoisie, des Deutschen Reiches, am Griff nach der Weltherrschaft festzuhalten. Es wurde kühl darauf spekuliert, daß eine Verteidigung des Kessels bis zum letzten Mann die Rote Armee solche Opfer kosten würde, daß ein Gegenschlag wiederum möglich sei. Wenn je eine Armee regelrecht verheizt worden ist, dann die 6. in Stalingrad.

Mit einem besonderen Wahnsinn Hitlers hat das überhaupt nichts zu tun. Es war vielmehr eine zwangsläufige Entwicklung der Logik dieses Raubkrieges.

Die neuen Zaren haben allen Grund, Stalingrad nicht mehr zu würdigen

Die Militärstrategie der Imperialisten und tatsächlich aller Imperialisten basiert stets auf dem „einleuchtenden" Haifischgedanken: Wenn man kleine Fische frißt, so wird man größer und fetter und kann größere und fettere Fische fressen und wird dann noch schneller größer und fetter und so weiter und so fort.

Diese Rechnung, deren Logik bloß zeigt, in welchem Maße die imperialistische Bourgeoisie auch theoretisch abgehalftert hat, geht niemals auf, sondern wird von der Geschichte des Zweiten Weltkrieges glänzend widerlegt. Besonders drastisch am Beispiel Stalingrad.

Daher darf man sich nicht wundern, wenn heute die neuen Zaren in der Sowjetunion den großen Sieg der Roten Armee und der revolutionären Sowjetvölker, der von Stalingrad seinen Ausgang nahm, gar nicht mehr würdigen. Wir haben weder in der „Prawda" und demzufolge auch nicht in der „UZ" etwas dazu gefunden.

Ist das nicht leicht verständlich? Die UdSSR-Imperialisten überkommt vor Stalingrad ein stilles Grauen. Denn hier ist der Weg vorgezeichnet, den man nimmt, wenn man in die Fußstapfen Hitlers steigt und sich anmaßt, ganze Völkerschaften zu unterwerfen, um aus der Ausbeutung Machtzuwachs zu gewinnen, um neue Völker zu unterwerfen.

Die Revisionisten haben allen Grund, über Stalingrad zu schweigen. Wahrscheinlich schwant ihnen, daß die Parallele von der Strategie der deutschen Reichsbourgeoisie unter Hitler zur Politik der neuen Bourgeoisie in der UdSSR allzu deutlich ausfällt.

Hat sie sich nicht eine Schar von Vasallenstaaten geschaffen, die sie in einem Maße ausbeuten, das wirklich nur noch mit dem Hitler-System vergleichbar ist? Haben sie nicht bereits Hilfstruppen aus diesen Staaten gezwungen, ihren Überfall auf die CSSR zu stützen? Diese Dinge sind deutlich. Vielleicht ist es noch interessant, daß die Flanken, die zur Schaffung des Kessels von Stalingrad von der Roten Arme durchbrochen werden mußten, weitgehend mit Hilfstruppen aus Staaten, die vom Hitler-Regime unterdrückt waren, besetzt waren. Sie haben nicht gehalten.

Stalingrad war ein Sieg über den Imperialismus und über die imperialistische Militärdoktrin. Er muß für alle Imperialisten ein Dorn im Auge sein. – (f.)

Mit „Diszis" und „Erzieherischen" wird der Druck verschärft

Bremen/Schwanewede. 7 Tage verschärfte Ausgangsbeschränkung auf 5 Monate Bewährung für zweimal Verschlafen – 80 DM bzw. 50 DM auf 5 Monate Bewährung wegen Überschreitung des Nachtausganges um drei bzw. zwei Stunden – 30 DM Geldstrafe für eine unerlaubte Pause:

Wer glaubt, daß das Ausnahmen sind, der täuscl sich. In den letzten Monaten häuften sich in der Stabskompanie der Panzergrenadierbrigade 32 die Fälle der „Disziplinlosigkeit" so rapide, daß die Kompanieführung anfangs wie ein angeschossener Eber reagierte, der wild um sich schlägt und auf alles losgeht, was sich bewegt, weil er eine Gefahr darin sieht.

Der Kompaniechef mußte in einer Gerichtsverhandlung, bei der es um die Aburteilung eines Fahnenflüchtigen ging, zugeben, daß er nicht mehr Herr der Lage ist, es bei ihm in der Kompanie drunter und drüber gehe, daß sich Disziplinarmaßnahmen, Beschwerden, erzieherische Maßnahmen häuften.

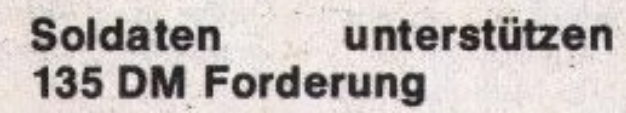
Nach der letzten Mannschaftsversammlung, in der sich die Soldaten gegen die Kantinenreform 76 aussprachen und Kampfmaßnahmen in Erwägung zogen, befahl der Major einem Offizier und seinem Laufburschen, in der nächsten Mannschaftsversammlung als Spitzel anwesend zu sein, damit die Mannschaften eingeschüchtert werden.

Weiterhin wurden die Unteroffiziere eingehend auf den Gebrauch des Erlasses „erzieherische Maßnahmen" gedrillt, nachdem die Mannschaften sich immer wieder über das schikanöse Verhalten der Unteroffiziere beschwerten.

In der letzten Belehrungsstunde der Unteroffiziere wies der Kompaniechef noch einmal darauf hin, wie sie sich den Mannschaften gegenüber zu verhalten haben: nämlich nicht zu duzen und die Soldaten mit Name-Dienstgrad anzusprechen.

Gerade in der letzten Zeit, in der der Widerstand der Mannschaften gegen Unterdrückung und Entrechtung gewachsen ist und immer weniger einsichtig ist, daß man als willenloses Menschenvieh behandelt wird, ist das Offiziersgesindel samt seinen Befehlsüberträgern immer mehr gezwungen, den Gehorsam den Mannschaften wieder einzuerziehen. Das geschieht mit Maßnahmen wie: für einmal unrasiert zum Dienst erscheinen, einen Aufsatz schreiben mit dem Thema „Wie habe ich zum Dienst zu erscheinen?"; oder: weil Soldaten zu früh zum Essen gegangen sind, 14 Tage lang zum Essen geführt werden, oder: Weil eine Stubenbelegschaft ihre Stube nicht gereinigt hatte (die Stuben sind sowieso in einem verheerenden Zustand), mußte sie freitags von 17 bis 18 Uhr nachreinigen, mit anschließendem Stuben- und Spindappell.

All diese Maßnahmen werden der Bundeswehrführung nichts nützen. Die Mannschaften werden sich immer stärker gegen die Unterdrükkung in der Armee wehren und sich gegen das Offiziersgesindel zusammenschließen, weil es so nicht weitergeht. – (ein Soldat der Stabskp, PzGrenBrig 32, Mitglied des Soldaten- und Reservistenkomitees Bremen, Gruppe Schwanewede)



Soldaten unterstützen 135 DM Forderung

Braunschweig. 16 Soldaten aus dem Panzerbataillon 24 aus der Roselies-Kaserne haben einen Brief an den ÖTV-Kreisvorstand unterschrieben, in dem sie sich für die 135 DM Forderung aussprechen und den Kreisvorstand auffordern, alles zur Durchsetzung der Forderung zu tun.

Interview mit Said Masoud, Mitglied des Komitees für internationale Beziehungen der PFLO

„Die Revolution ist stark und wird immer stärker“

Seit Anfang Dezember häufen sich in der westdeutschen Presse Meldungen, daß die PFLO in Oman endgültig geschlagen sei. Kannst du uns einen Überblick über die jetzige Lage geben und die militärische Entwicklung?

Unser Land und unsere Revolution befinden sich in einer sehr kritischen Phase der Geschichte ihres Kampfes. Nachdem die Imperialisten und die reaktionären Kräfte bei mehreren Versuchen, die Revolution militärisch und politisch zu liquidieren und ihr die Massenbasis zu entziehen, gescheitert sind, setzen sie jetzt alles daran, ihr einen Schlag zu versetzen, der sie endgültig vernichten soll. Hauptpunkt ihres Angriffs sind einige Gebiete an der Grenze zur Demokratischen Volksrepublik Jemen, um die Nachschublinien zu kappen. Aber schon im September und Oktober 1975, zu Beginn der erneuten Offensive, haben sie mehrere Niederlagen einstecken müssen. Die Revolution hat ihnen auf allen Ebenen, in Bodengefechten, im Luftraum und sogar beim Einsatz der Marine, empfindliche Niederlagen bereitet. Davon betroffen sind die Streitkräfte aller vier Feinde, mit denen wir konfrontiert sind: Großbritannien, Iran, Jordanien und die Söldnerarmee des Sultans. Deshalb versuchen sie wenigstens in ihrer politischen Propaganda das Ende der Revolution zu verkünden; sie wissen um ihre eigene Niederlage sehr genau. Die Meldungen, die Revolution sei endgültig geschlagen, die Nachschublinien zur DVRJ seien unter ihrer Kontrolle und so weiter, die kennen wir alle schon. Zur gleichen Zeit, als diese Erklärungen in die Presse kamen, haben die Einheiten der Volksbefreiungsarmee Operationen im äußersten Teil der Ostregion der Provinz Dhofar durchgeführt, nur 9 Kilometer vom Palast des Qabus in Salalah. Gerade in der Ostprovinz haben sie in den letzten zwei Monaten über dreißig Flugzeuge verschiedenen Typs verloren. Diese Verluste zwangen sie dazu, an manchen Punkten sich zurückzuziehen. Diesen Rückzug versuchen sie damit zu erklären, daß sie Teile dieses Gebietes verminen würden bzw. entminen müßten und daß dabei sie eben Verluste in Kauf genommen hätten. Eins muß man unseren Feinden lassen: Sie sind listig und können gut lügen. Sie haben auch die Mittel dazu, um diese Lügen zu verbreiten. Es ist sicherlich so, daß die militärische Offensive, mit der wir in diesem Jahr konfrontiert sind, die heftigste ist, die wir bis jetzt erlebt haben. Zum ersten Mal beteiligen sich Zerstörer der britischen Marine an den Operationen. Die Zahl der aktiv kämpfenden britischen Soldaten und Offiziere ist auf 5 000 gestiegen, zusätzlich zu den über 25 000 Iranern, zu den vier- bis sechstausend Jordaniern und zur Söldnerarmee des Sultans.

tans.

Die meisten Kämpfe vollziehen sich in der Westregion, in der Gebirgskette in der Nähe der Küste nördlich von Rakhyut und in den Wäldern. Dabei zielen die Aggressoren darauf ab, uns in große Schlachten zu verwickeln, in denen sie mit Sicherheit die Oberhand behalten würden. Sie gehen von der Einschätzung aus, daß unsere Kampfmethoden die traditionellen Methoden der Stämme seien, daß wir noch der Stammesideologie verhaftet seien und deshalb leicht zu unüberlegten Aktionen zu provozieren. Diese Taktik haben wir ihnen gründlich vermasselt. Wir bekämpfen sie dort, wo wir sie angreifen wollen, und weichen ihnen dort aus, wo sie auf uns warten. Im Laufe unserer langen Erfahrung im Volkskrieg haben wir vieles gelernt. Unsere Genossen in der Volksbefreiungsarmee wissen, wie sie den Feind bekämpfen müssen. Unsere Einheiten sind überall in den befreiten Gebieten, unter den Volksmassen. Qabus hatte recht mit seiner Erklärung: „Wenn die Kämpfer der Volksbefreiungsarmee wie die Fische im Wasser sind, dann muß man das Wasser, in dem sie schwimmen, austrocknen.“ Aber genau das kann ihm nicht gelingen. Zur gleichen Zeit, als die Feinde der Revolution verbreiteten, sie hätten die Revolution besiegt, als Qabus seine Siegesfeier veranstaltete, war es ihnen nur gelungen, den einen oder anderen Stützpunkt einzunehmen. Es scheint so zu sein, daß ihre imperialistische Logik dann zu dem Schluß kommt, damit wäre die Revolution erledigt. Genau zur gleichen Zeit haben wir Operationen durchgeführt, von denen sowohl Qabus als auch seine imperialistischen Herren genau wußten. Am 25. Dezember und nicht etwa am 25. November haben wir ein britisches Flugzeug abgeschossen, in dem vier hohe britische Offiziere saßen. Unter ihnen befand sich Brigadegeneral Akehurst, der Anfang Dezember erklärt hatte, die Revolution stünde kurz vor ihrem Ende (darüber wurde auch in der westdeutschen Presse berichtet). Großbritannien schwieg zunächst. Als wir dann am 31. Januar in einem Militärkommuniqué den Abschuß bekanntgaben, erklärte London einen Tag später, es handele sich um ein Aufklärungsflugzeug mit vier Offizieren. Ausdrücklich gaben sie zu, daß darunter ein Brigadegeneral gewesen sei. Wenn die Revolution beendet sein sollte, wer hat dann dieses Flugzeug heruntergeholt? Die nicht mehr existierende Bodenabwehr der nicht mehr existierenden Volksbefreiungsarmee?!! Dieses Imperialistenpack belügt sich und die Völker der Welt. Ein weiteres Beispiel: Ab 17. Januar finden massive Angriffe auf die Stützpunkte der Invasoren in der Ostregion statt. Sie begannen tendenziell mit einem propagandistischen Rückzug und erklärten, daß ihre Truppen lediglich damit beschäftigt seien, das Gebiet von den Minen, die die besiegten Kommunisten dort gelegt haben, zu säubern und ähnlichen Unsinn. Als wir dann mehrere Jeeps mit Besatzungen zerstörten, erklärten sie, das wären die Opfer genau der Minen, die sie gerade beseitigen wollten. So sehen ihre Lügen aus, mit denen sie die Weltöffentlichkeit gegen die Revolution aufhetzen wollen. Unser Volk weiß das ganz genau und macht sich über sie lustig, nicht nur in den befreiten Gebieten, sondern auch in den Städten wie z.B. Salalah und Maskat. Das Problem, mit dem wir uns in dieser Offensive konfrontiert sehen, ist der psychologische und politische Krieg, den unsere Feinde in einer noch nie dagewesenen Form gegen uns entfalten. Uns sind allein vier Sender im arabisch-persischen Raum bekannt, die diese Offensive aktiv führen: der Sender in Teheran, in Ahwaz, in Salalah und in Maskat, ganz zu schweigen von den Geheimsendern, von denen wir nichts wissen. Gut, wir sind tatsächlich nicht in der Lage, auf der Ebene der Information und Propaganda mit den Imperialisten zu konkurrieren. Wir wissen, daß unser Informations- und Propagandaapparat sehr bescheiden ist und das wißt ihr auch. Aber wir haben etwas, das ihre Propaganda ständig Lügen straft: Wir kämpfen weiter, die Revolution ist stark und wird immer stärker. Unsere Praxis widerlegt ihre ganze Propaganda.

Wie sieht es mit den Stützpunkten entlang der Grenze zur Volksdemokratischen Republik Jemen (DVRJ) aus?

Alle Stützpunkte, die in der Oktoberoffensive errichtet wurden, sind von unseren Einheiten belagert und stehen ständig unter Beschuß. Die Mannschaften in diesen Stützpunkten sind in einer sehr schlechten Lage. Wir haben Informationen über mehrere Nervenzusammenbrüche, über Selbstmordversuche und Desertationen unter den Soldaten. Allein im Stützpunkt Sarfit, der nur 6 Kilometer von der Grenze zur DVRJ entfernt ist und von daher sehr wichtig für unsere Feinde ist, haben wir in einer Serie von Operationen vom 14. bis 16. Januar dem Feind große Verluste zugefügt: Wir haben 70 Stellungen zerstört und es gab über 70 Tote und Verletzte unter den feindlichen Truppen. Wir sagen explizit Tote und Verletzte, weil wir nicht lügen wollen, denn wir kennen das Verhältnis beider Gruppen zueinander nicht. Trotzdem behaupten sie, sie hätten die Grenze zur DVRJ dichtgemacht. Das ist eine weitere Lüge. Wir kennen unser Land sehr genau, wir kennen seine Berge und Täler von Norden nach Süden und von Osten nach Westen. Davon, daß die Grenzen zur DVRJ dichtgemacht worden seien, haben wir bis jetzt nichts gemerkt. Im Gegensatz zu den fremden Eindringlingen finden wir uns sehr gut zurecht. Auch diese Meldungen sind ein Teil der propagandistischen Offensive gegen die Revolution, die die Weltöffentlichkeit täuschen soll. Denn unsere Revolution findet ein großes Echo und breite Unterstützung in der ganzen Welt. Seit 11 Jahren versucht Großbritannien schon, die Flamme der Revolution zu zertreten. Ohne Erfolg. Im Gegenteil: Sie wird dem Imperialismus immer gefährlicher. Deswegen müssen sie Lügen verbreiten und jeden Stützpunkt, den sie errichten, als einen großen Sieg feiern. Wir haben uns aus taktischen Gründen aus einigen Stützpunkten zurückgezogen. Das hängt mit Fragen der militärischen Taktik zusammen und mit sonst nichts. Das ist ein ganz normaler Vorgang im Volkskrieg, und es wäre falsch, Sieg oder Niederlage einer Revolution von den Metern oder Kilometern, die sie gewinnt oder verliert, abhängig zu machen. Im Verlauf jeder Revolution tauchen Schwierigkeiten auf, jeder revolutionäre Weg ist voller Windungen. Wer etwas anderes behauptet, ist kein Revolutionär und lügt sich selbst in die Tasche. Wir haben unsere Verluste nie verschwiegen. Sie stehen in jedem Communiqué, das in unserem Zentralorgan veröffentlicht wird. Wie ich schon gesagt habe, unterscheidet sich diese Offensive von den anderen einmal durch ihre besondere Heftigkeit und zum zweiten durch die Lügengeschichten, die sie über die Revolution verbreiten, wobei unsere Feinde sich ständig in Widersprüche verwickeln. Kurz nach den Meldungen über die Siegesfeiern, die Qabus durch die Presse gejagt hatte, beklagte er sich öffentlich darüber, daß er einigen libanesischen Zeitungen über eine Million US-Dollar gezahlt hätte, und trotzdem hätten sie nicht gründlich genug über das bevorstehende Ende der Revolution berichtet. Was weder Qabus noch seine imperialistischen Herren begreifen, ist, daß es sehr schwer ist, eine Revolution zu beenden, auch wenn man den einen oder anderen Stützpunkt erobert hat. Vor allem dann nicht, wenn diese Revolution fest unter den Massen verankert ist. Was wir von unseren Freunden in dieser Situation verlangen, ist, daß sie uns dabei unterstützen, diese Hetzpropaganda zurückzuschlagen, indem sie über unseren gerechten Kampf, über unsere Ziele und über die Front der Imperialisten, die sich gegen unser Volk verbündet hat, informieren und eine breite Solidaritätsbewegung mit diesem Kampf entwickeln und organisieren.

Es gab Berichte, daß ein Treffen zwischen Hussein und Qabus stattgefunden habe. Welche Bedeutung hat es?

Wir haben nichts von diesem Treffen erfahren. Vielleicht ist es geheim gehalten worden. Aber an so einem Treffen ist nichts Außergewöhnliches. Seitdem jordanische Truppen in Oman stationiert sind, finden regelmäßige Konsultationen zwischen diesen beiden Reaktionären statt. Immerhin kontrollieren sogenannten jordanische „Berater“ entscheidende Teile des qabusischen Staatsapparates, nämlich einen großen Teil des Geheimdienstes, der Gefängnisverwaltung und stellen ihm ihre Folterexperten zur Verfügung.

In einem Artikel vom 30. Januar verbreitet der Korrespondent der „Frankfurter Rundschau“ in Beirut, Wolfgang Stockklausner, genau die Lügen in der von dir beschriebenen Weise. Der Artikel ist typisch für die augenblickliche Propaganda der Imperialisten gegen den gerechten Befreiungskampf des omanischen Volkes und der arabischen Völker. Da heißt es z.B.: „Hunderte von Untergrundkämpfern ergaben sich in den vergangenen Monaten.“ „Die Guerilleros aus Oman . . . waren im vergangenen Jahr immer mehr in Bedrängnis geraten und mußten jetzt eingestehen, daß sie in der omanischen Provinz Dhofar auf verlorenem Posten kämpfen.“ „Dunkelhäutige Söldner“ kämpften deshalb jetzt im Libanon auf seiten der arabischen Massen.

Wir halten es für nützlich, wenn ihr zu dieser imperialistischen Propaganda selbst Stellung nehmt.

Zuallererst möchte ich diesem Lumpenjournalisten folgendes sagen: Die Genossen in der Volksbefreiungsarmee sind keine Söldner, die von Land zu Land ziehen, um einfach dort zu kämpfen. Wir sind Freiheitskämpfer und führen einen Kampf um nationale Unabhängigkeit und gegen die imperialistische Aggression. Nur die Imperialisten sind darauf angewiesen, Söldner anzuheuern, die ihre schmutzigen Kriege für sie führen. Wir kennen sie zur Genüge. Unsere Kämpfer bekommen nicht mal einen Sold, sie würden sich sogar weigern, einen Sold zu beziehen. Zum zweiten: Wir mischen uns nicht in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates ein. D.h. auch wenn wir Kämpfer übrig hätten, was mit Sicherheit nicht der Fall ist, würden wir sie nicht in den Libanon schicken. Drittens: Der Krieg im Libanon und die Offensive gegen unser Volk sind zwei Seiten einer Medaille, nämlich der Versuch des Imperialismus, die beiden Kampffronten der arabischen Befreiungsbewegung, Palästina und Oman, zu liquidieren. Die Eskalation hat fast gleichzeitig an beiden Fronten stattgefunden. Wir hatten also alle Hände voll zu tun im eigenen Land, den Angriff gegen die Imperialisten zurückzuschlagen. Ihre Behauptung ist unsinnig und gewinnt nur an Bedeutung als Teil der Hetzkampagne gegen die Revolution. Aber genau die Breite dieser Kampagne beweist, daß die Revolution sehr stark ist und den Imperialisten Angst macht.

Eine weitere Behauptung ist, daß der neue Sultan Qabus eine „Palastrevolution“ eingeleitet habe und jetzt das Volk hinter ihm stehe, ein selbständiger Staat aufgebaut wird.

Der Verfasser dieses Artikels ist nicht einmal ein guter bürgerlicher Journalist, weil er Lügen verbreitet, die sehr leicht zu widerlegen sind. Wir hätten viel zu tun, wenn wir auf jede Lüge, die die Presse in den imperialistischen Ländern über uns schreibt, eingehen würden. Wir kämpfen gegen die ausländische Aggression und gegen die Marionette des Imperialismus Qabus. Er hat anscheinend keine Ahnung davon, wie es in diesem Sultanat aussieht, das man an keinem Punkt eigentlich als einen selbständigen Staat bezeichnen sollte, auch nach dem Putsch von 1970 nicht. Ich möchte von allen imperialistischen Mächten, denen Qabus unser Land geöffnet hat, damit sie es nach ihrem eigenen Profitstreben ausbeuten können, nur Großbritannien nennen. Seit 1798 beherrscht es Oman und hält es in Abhängigkeit durch eine Reihe von Verträgen und Abkommen, von denen keines bis heute annulliert worden ist. Der Teil Omans, der von Qabus beherrscht wird, ist kein souveräner Staat. Überall im Land sind britische Stützpunkte verstreut, zu denen nicht einmal der Sultan Zutritt hat. Der Oberbefehlshaber der Söldnerarmee von Qabus wird durch ein Dekret des britischen Kriegsministeriums ernannt. Der sogenannte Verteidigungsausschuß besteht aus vier britischen Offizieren, das fünfte Mitglied des Ausschusses ist Qabus selber. Das Innenministerium ist in der Hand von Colonel Dennison. Im Außenministerium wird die Politik von einem Ausschuß, dem ausschließlich britische Offiziere angehören, festgelegt. Qais az-Zawawi, der nominelle Außenminister, wiederholt wie ein Papagei das, was sie ihm einflüstern. Sind das die Bürger, gegen die die PFLO kämpft? Im Gegenteil! Alle Omanis, die ihr Vaterland lieben, kämpfen in den Reihen der PFLO gegen diese Imperialisten und ihre gekauften Handlanger.

Taktik der imperialistischen Presse ist, ständig eure Selbständigkeit in Frage zu stellen. So schreibt Stockklausner, ihr würdet euer „Vorbild in Moskau“ erblicken.

kau“ erblicken.

Wenn dieser Journalist nicht so ein Lump wäre, würden wir ihn auffordern, die befreiten Gebiete zu besuchen, um sich an Ort und Stelle die Aufbauleistungen der Revolution anzusehen. Aber auch diese Art von Behauptungen ist uns bekannt. Unsere Antwort darauf ist die: Wir sind eine nationale Befreiungsbewegung. Wir kämpfen für die Befreiungsbewegung. Wir kämpfen für die Befreiung Omans vom Imperialismus und Feudalismus und für den Aufbau eines unabhängigen und souveränen Staates und einer unabhängigen nationalen Wirtschaft zum Wohl unseres Volkes. Wir streben die Ziele an, die die gesamte arabische Nation in dieser Phase des Kampfes, die gekennzeichnet ist durch den Hauptwiderspruch zwischen Imperialismus und unterdrückten Völkern, anstrebt. Es ist unsinnig zu meinen, daß wir unser Land von einer Abhängigkeit befreien, um sie dann in eine andere zu stürzen. Dabei geht es uns nicht darum, z.B. in der Frage des Öls, die in diesem Kampf eine entscheidende Rolle spielt, den Interessen anderer Völker zu schaden. Der Schah hat versucht, seine Aggression gegen unser Volk damit zu rechtfertigen, daß er die Ölzufuhr und die Straße von Hormuz schützen möchte. Wir haben damals darauf erwidert, und ich möchte es hier nochmal festhalten: Die Meerenge von Hormuz ist ein internationaler Seeweg unter der Bedingung, daß die Unabhängigkeit und Souveränität Omans geachtet werden, zum Nutzen aller Staaten und Völker, die diese Unabhängigkeit und Souveränitätachten. Das Öl ist eines unserer wichtigsten nationalen Reichtümer. Es ist unser Recht, frei darüber zu verfügen. Und wir werden es so behandeln, wie es den Interessen unseres Volkes und aller freiheitsliebenden Völker, mit denen wir verbunden sind, entspricht.

Zusammenfassend möchte ich sagen, daß dieser Artikel keiner Beachtung wert wäre, wenn er nicht im Zusammenhang mit der gesamten Hetzkampagne stehen würde und wenn er nicht gerade in einer Zeitung in der BRD erschienen wäre. Denn wir wissen genau, daß die BRD alle Anstrengungen macht, um den britischen Imperialismus dort zu verdrängen. Es ist den Konzernen des BRD-Imperialismus auch tatsächlich gelungen, dort Teilerfolge zu erzielen, z.B. baut Klöckner-Humboldt-Deutz eine Wasserentsalzungsanlage vor der omanischen Küste für etwa 800 Millionen US-Dollar.

Die StraBAG, die das Monopol für den Straßenbau in Oman hat, hat unter anderem den Militärstützpunkt Thamrit nördlich von Salalah für den Einsatz von Phantom-Jägern ausgebaut. Um dieses Engagement des BRD-Imperialismus in unserem Land zu kaschieren und zu verhindern, daß sich die Solidaritätsbewegung mit dem Kampf unseres Volkes entwickelt, ist es nötig, daß sich auch die Presse in der BRD an der Hetzpropaganda gegen die Revolution beteiligt.



Oman-Solidaritätswoche

In der ersten Februarhälfte wurde auf Initiative von Nahost- und Palästinakomitees und der Generalunion Arabischer Studenten eine „Oman-Solidaritätswoche“ durchgeführt. Zweck der Aktionen und Veranstaltungen war, den Aufbau einer mobilen „Schul- und Propagandaeinheit“ der PFLO zu unterstützen. Bisher sind 7964 DM dafür eingegangen. Berichte von Aktionen haben wir u.a. aus folgenden Städten erhalten: Köln, Freiburg, Ludwigsburg, Darmstadt, Braunschweig, Offenburg, Göttingen, Hamburg, Westberlin, Bochum-Langendreer, Wilhelmshaven, Konstanz. Die Solidaritätsaktionen wurden vom KBW und mehreren anderen Organisationen unterstützt.

Spendenkonto: Schul- und Propagandaeinheit für die PFLO
Kto.Nr. 5642302 (G. Buschmann)
Volksbank Freiburg

Das albanische Volk erörtert Entwurf einer neuen Verfassung

In ganz Albanien debattiert das Volk gegenwärtig den Entwurf einer neuen Verfassung der sozialistischen Volksrepublik Albanien. Die albanische Nachrichtenagentur berichtet: „Jeden Tag spiegeln die Zeitungen das Interesse und die Begeisterung wider, den der Verfassungsentwurf unter den werktätigen Massen geweckt hat, und veröffentlichen Artikel über seine große Bedeutung."

Am 8. Februar ist eine wissenschaftliche Konferenz über den Verfassungsentwurf zu Ende gegangen, auf der Genosse Ramiz Alia, Mitglied des Politischen Büros und Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, in seiner Schlußrede u.a. ausgeführt hat:

„Heute, wo ein heftiger Kampf zwischen zwei Linien, zwischen der marxistisch-leninistischen Linie und der revisionistischen Linie in der internationalen Arbeiterbewegung vor sich geht, ist es von großer prinzipieller Bedeutung, daß in den grundlegenden Fragen der revolutionären Ideologie und Praxis ein vollständig klarer Standpunkt eingenommen wird. Heute wie in der Vergangenheit steht im Zentrum des Kampfes zwischen diesen beiden Linien: Wird die Revolution gemacht oder wird sie unterminiert, wird die Diktatur des Proletariats anerkannt oder wird sie abgelehnt, wird im Aufbau der sozialistischen Gesellschaft ununterbrochen vorangeschritten oder wird der Kapitalismus restauriert, letzten Endes, wird der Marxismus-Leninismus verteidigt oder wird er verraten.

Es ist wohlbekannt, daß die grundlegende Frage der proletarischen Revolution, die Quintessenz des Marxismus-Leninismus, die Frage der Diktatur des Proletariats ist."

In dem Verfassungsentwurf wird in Artikel 1 und 2 festgelegt:

„Albanien ist sozialistische Volksrepublik. Die sozialistische Volksrepublik ist ein Staat der Diktatur des Proletariats, der die Interessen aller Werktätigen ausdrückt und verteidigt. Die sozialistische Volksrepublik beruht auf der Einheit des Volkes und hat zur Grundlage das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Genossenschaftsbauernschaft unter Führung der Arbeiterklasse." Die Verfassung legt die führende Rolle der Partei der Arbeit, Vorhut der Arbeiterklasse, fest und den Marxismus-Leninismus als die herrschende Ideologie.

In Artikel 4 heißt es:

„Die sozialistische Volksrepublik Albanien entfaltet ununterbrochen die Revolution, indem sie am Klassenkampf festhält, und ihr Ziel ist, den endgültigen Sieg des sozialistischen Weges üder den kapitalistischen Weg zu sichern, den vollständigen Aufbau des Sozialismus und Kommunismus zu erreichen."

In einem Leitartikel schreibt die Zeitung „Zeri i populit" am 4. Februar:

„Indem unser Verfassungsentwurf den Lehren des Marxismus-Leninismus und der sozialistischen Demokratie vollständig treu bleibt und um den Klassenfeind daran zu hindern, unsere proletarische Diktatur zu unterminieren, bekräftigt er die historische Tatsache, daß in unserem Land die Diktatur des Proletariats besteht und ununterbrochen gestärkt wird. Gleichzeitig bekräftigt er, daß die sozialistische Demokratie die Diktatur des Proletariats zur Voraussetzung hat und daß ohne die Diktatur des Proletariats nicht von einer wirklichen sozialistischen Demokratie gesprochen werden kann, wie auch von der Diktatur des Proletariats nicht gesprochen werden kann ohne sozialistische Demokratie." Der Artikel erinnert an die bittere Erfahrung der Sowjetunion und anderer Länder, wo die Revisionisten die Macht erobert haben. Dort hat sich gezeigt, daß die sozialistische Demokratie zusammen mit der Diktatur des Proletariats vollständig beseitigt worden ist.

Der demokratische Charakter der Diktatur des Proletariats wird durch Artikel 5 des Verfassungsentwurfes festgelegt:

„Die ganze Staatsmacht in der sozialistischen Volksrepublik entspringt aus dem werktätigen Volk und gehört ihm. Die Arbeiterklasse, die Genossenschaftsbauernschaft und die übrigen Werktätigen üben die Macht durch vertretende Organe und direkt aus. Die vertretenden Organe sind die Volksversammlungen und die Volksräte. Niemand anders als die ausdrücklich in der Verfassung festgelegten Organe darf in der sozialistischen Volksrepublik Albanien und in ihrem Namen die Souveränität des Volkes und jedes ihrer Attribute ausüben." In Artikel 8 der Verfassung wird festgelegt:

„Die vertretenden Organe werden vom Volk in allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl gewählt. Die Wähler haben das Recht, jederzeit ihren Vertreter abzuberufen, wenn er das politische Vertrauen verloren hat, die ihm übertragenen Aufgaben nicht erfüllt oder entgegen den Gesetzen handelt."

Ist es nicht lächerlich, wenn die Bourgeois behaupten, die Diktatur des Proletariats widerspreche der Demokratie? Die Diktatur des Proletariats „widerspricht" der Herrschaft der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie wird durch die Diktatur des Proletariats enteignet und unterdrückt. Die Demokratie aber, d.h. Volksgewalt, Volksmacht, Volksherrschaft, wird überhaupt erst durch die Diktatur des Proletariats verwirklicht, während die bürgerliche Demokratie immer nur unvollständige, verlogene und heuchlerische Demokratie bleibt. Sie ist nichts als eine Falle und ein Betrugsmanöver gegen die Ausgebeuteten und Armen, um die Herrschaft der Kapitalistenklasse über die arbeitenden Massen aufrechtzuerhalten, wie die Zeitung „Zeri i populit" ausführt.

In Artikel 15 und 16 legt der Verfassungsentwurf fest:

„Die Wirtschaftsordnung der sozialistischen Volksrepublik Albanien ist eine sozialistische Wirtschaft, die auf dem sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln beruht. In der sozialistischen Volksrepublik Albanien gibt es keine Ausbeuterklassen. Das Privateigentum und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sind beseitigt und verboten." „Das sozialistische Eigentum ist die unantastbare Grundlage der sozialistischen Ordnung, die Quelle des Wohlstandes des Volkes und der Stärke des Vaterlandes. Es wird durch den Staat besonders geschützt. Das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln besteht aus dem Staatseigentum und dem genossenschaftlichen Eigentum in der Landwirtschaft."

In der einleitenden Präambel des Entwurfes wird festgestellt: „Albanien ist in die Etappe des vollständigen Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft eingetreten."

Der Verfassungsentwurf faßt die Ergebnisse des über dreißigjährigen Kampfes des albanischen Volkes nach der nationalen Befreiung zusammen und legt die weitere Perspektive für den Weg der Revolution fest. In einem Leitartikel vom 31. Januar hat ihn die Zeitung „Zeri i populit" folgendermaßen charakterisiert:

„In all seinen Kapiteln, Artikeln und Paragraphen spiegelt der Entwurf den siegreichen Weg des Sozialismus in unserem Lande wider, die glorreiche Epoche, die der Sieg der Volksrevolution unter der Führung der Partei eröffnet hat. Die Jahre und Jahrzehnte dieser Epoche sind glänzende Beispiele des riesenhaften Kampfes, den unser Volk, klein an Zahl, mitten im Herz des kapitalistischen und revisionistischen Europa für den Aufbau einer neuen sozialistischen Gesellschaft geführt hat, es ist der Sozialismus selber in seiner dynamischen und stürmischen Entwicklung. Der Verfassungsentwurf ist die natürliche Weiterentwicklung der ersten Verfassung von 1946, genauso wie die gegenwärtige Phase der sozialistischen Entwicklung unseres Landes die natürliche Fortsetzung der großen Revolution der Produktionsverhältnisse ist, die nach der Befreiung des Landes begonnen hat."

Das albanische Volk hat wahrhaftig große Erfolge in seinem Befreiungskampf errungen, es hat sich von der faschistischen und nazistischen Besatzung befreit und hat der Unterdrükkung durch den Sozialimperialismus erfolgreich Widerstand geleistet. Es hat den Sozialismus aufgebaut. Die Erörterung des Verfassungsentwurfes dient dazu, eine neue Waffe zu schmieden für die Befreiung. Wie es in dem Verfassungsentwurf heißt:

„Das albanische Volk ist entschlossen, seine nationale Unabhängigkeit, Volksmacht und seine sozialistischen Errungenschaften gegen jeden Feind zu verteidigen." Das „Ziel ist, den endgültigen Sieg des sozialistischen Weges über den kapitalistischen Weg zu sichern, den vollständigen Aufbau des Sozialismus und Kommunismus zu erreichen".

Ist es ein Wunder, daß die Imperialisten und insbesondere die sozialimperialistische Supermacht nur mit Haß nach Albanien blicken, die Völker der ganzen Welt jedoch mit großer Freude? – (gs)

Aktionen zur Verhinderung von Propagandaveranstaltungen für die chilenische Junta

Die Propaganda-Veranstaltungen, die die westdeutsche Bourgeoisie zusammen mit dem aus Chile angereisten „Deutsch-Chilenischen Singkreis" zur Unterstützung der faschistischen Junta durchführen wollte, sind in mehreren Städten verhindert worden oder konnten nur unter massivem Polizeieinsatz gegen die Demonstranten durchgeführt werden. Der „Singkreis" gehört zu den Organisationen in Chile, die am 15.9.1973 ihre „vorbehaltlose und treue Ergebenheit gegenüber der neuen Regierung" ausgesprochen haben. Protestaktionen wurden gemeldet aus Uelzen, Osterode, Wanne-Eickel.

Aus Hannover, wo die Stadtverwaltung nach Ankündigung der Protestaktionen die Raumzusage wieder zurücknahm und die Veranstaltung deshalb ausfiel, wird gemeldet, die Tournee solle abgebrochen werden.

Libanon: Phalangisten wollen das palästinensiche Volk vernichten

Der Führer der Phalangisten, Pierre Al-Dschumajjil, hat bekräftigt, daß die Phalangisten im Libanon an ihrem Ziel festhalten, Zehntausende der Palästinenser aus dem Lande zu vertreiben: Man könnte sie auf andere arabische Länder aufteilen, die daraus Nutzen ziehen würden. Der Libanon dagegen würde entlastet, weil er eine so große Bevölkerungsdichte nicht ertragen könne. Diese Erklärung der faschistischen Phalange bedeutet die Ablehnung des Reformprogramms für den Libanon. Die Stimme Palästinas, ein palästinensischer Sender, erklärte dazu: Zwischen diesem Ziel der Phalange und der Politik der Zionisten und Imperialisten gegenüber dem palästinensischen Volk und dem Libanon bestehe ein enger Zusammenhang. Ebenso wie die Phalange hielten die Zionisten und Imperialisten an ihrem Plan fest, „das palästinensische Volk zu zerstreuen und es in vielen Gemeinschaften dahinschmelzen zu lassen, um das Ziel zu erreichen, das palästinensische Volk zu vernichten, seine Einheit zu zerstören und sein Wesen auszulöschen." (Nach: Monitor-Dienst, 13.2.76)

Sowjetunion: Risse im Innern, Subversion und Aggression nach außen

Getreidemangel und Fleischverbrauch in der Sowjetunion

Die kapitalistische Entartung der Landwirtschaft in der Sowjetunion hat bekanntlich im letzten Jahr zur zweiten schweren Getreidemißernte innerhalb weniger Jahre geführt. Trotz großer Getreideimporte hat das an zahlreichen Orten der Sowjetunion zu Brotmangel geführt. Gegen entsprechende Berichte verbreitet jetzt der revisionistische Rundfunk: Der Rückgang des Brotverbrauchs sei klar. „Es gibt mehr Fleisch, Molkereierzeugnisse, Gemüse und Obst auf unserem Tisch. Das Land wird reicher, und da es ein sozialistisches Land ist, leben alle seine Bürger immer besser." Das wird den meisten Arbeitern, darunter den zahlreichen Arbeitslosen, wie Hohn in den Ohren klingen. Was aber den Fleischverbrauch betrifft, so hat die Mißernte bereits zu Verringerungen des Viehbestandes geführt und zu vorzeitigen Schlachtungen. Das ist keineswegs ein Zeichen für eine blühende Viehwirtschaft. So rechnet auch das amerikanische Landwirtschaftsministerium mit einer beachtlichen Steigerung des Fleischimports von seiten der Sowjetunion. Der Getreidemangel, der die Sowjetunion bereits zu riesigen Getreideimporten gezwungen hat, wird einen Fleischmangel unvermeidlich nach sich ziehen und die Sowjetunion auch zu Fleischimporten zwingen. Die Misere der Landwirtschaft hat die Sowjetunion bereits gezwungen, die Planziele der Fleischproduktion für 1976 bis 1980 gegenüber dem vorangehenden Planjahrfünft zu senken.

„Mysteriöses Verhalten" von Sowjetschiffen in Hongkong

Mit dem „mysteriösen Verhalten" von angelandeten Sowjetschiffen und ihren Besatzungen in Hongkong hat sich jetzt die Hongkonger Hafengewerkschaft auf einer Versammlung beschäftigt. Die Schiffe seien beim Einlaufen durchschnittlich lediglich zu 18 Prozent, beim Auslaufen durchschnittlich sogar mit nur 5 Prozent ihrer Tonnage ausgelastet. Die Besatzungen dagegen seien übergroß. Die Zahl der in Hongkong zur Reparatur liegenden Schiffe nehme ständig zu und die Liegedauer für die Reparatur werde künstlich hinausgezögert. Die Schiffe würden oft erst wieder auslaufen, wenn ein neues sowjetisches Schiff auf ihren Liegeplatz komme. „Eine ganze Reihe der russischen Seeleute spreche chinesisch und verbringe einen großen Teil ihrer Zeit an Land in Gesellschaft von Hongkonger Studenten oder mische sich unter die Hafenarbeiter, um sie nach deren Meinung über das heutige China und seine Führer auszufragen. Auch antichinesisches Propagandamaterial werde verteilt." „Blick durch die Wirtschaft" berichtet weiter: „Auf der eingangs zitierten Gewerkschaftsversammlung erklärten Arbeiter, daß sie von den Russen schon eingeladen worden seien, an Bord zu kommen, daß sie dort gut zu essen bekommen hätten und daß man sie habe überreden wollen, die sowjetische Staatsbürgerschaft anzunehmen." Über sowjetische Spionageschiffe weiß man schon lange Bescheid, daß der Sozialimperialismus jetzt schwimmende Agentenwerbebüros ausschickt, ist neu.

Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion

Mit der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion ist die Arbeit wieder in Lohnarbeit verwandelt worden, mit allen Folgen für die Arbeiterklasse. Die Betriebsleitungen können jetzt wieder willkürlich Entlassungen vornehmen, ohne sich um den Willen der Arbeiter und Angestellten zu kümmern. Auch können sie Lohnkürzungen vornehmen nach ihrem Geschmack. Die chinesische Nachrichtenagentur hsinhua berichtet auf Grund sowjetischer Zeitungsberichte: „Die Restauration des Systems der kapitalistischen Lohnarbeit hat unvermeidlich eine große Zahl von Arbeitslosen hervorgebracht. Wie in den kapitalistischen Ländern existiert heute eine bedeutende industrielle Reservearmee in der Sowjetunion. Überall in der Sowjetunion kann man Anzeigen zur Arbeitssuche und mit Arbeitsangeboten finden. Laut sowjetischen Presseberichten haben die sowjetischen Behörden bereits Märkte zur Arbeitsvermittlung in Städten mit über 100 000 Einwohnern und in manchen regionalen Zentren eingerichtet, die schamhaft „Arbeitsbörsen" oder „Amt für Arbeitsvermittlung und Information" genannt werden. Solche Einrichtungen existieren in 116 Städten allein der russischen Föderation, wo sie mit der Vermittlung von Arbeit an Arbeitsfähige, die keine Arbeit finden, beauftragt sind. Von 1969 bis 1974 haben mehrere Millionen Menschen in den Föderationsrepubliken von Rußland und Kasachstan nach Arbeit gesucht."

Antiimperialist Marchais?

Was soll man davon halten, wenn der französische Revisionistenhäuptling, der gerade ausdrücklich der proletarischen Revolution abgeschworen hat, vor dem deutschen Imperialismus warnt: „Ich bin äußerst beunruhigt, weil der deutsche Imperialismus immer gefährlicher, arroganter und gieriger wird", hat Marchais gerade verkündet. Recht hat er, sollte man denken. Gegenüber den beiden Supermächten und gegenüber der aufstrebenden sozialimperialistischen Supermacht, die im Gegensatz zum westdeutschen Imperialismus eine ganze Reihe von europäischen Ländern besetzt hält, die Tschechoslowakei bewaffnet überfallen hat und weltweit dem US-Imperialismus den ersten Rang in der Ausbeutung und Unterdrückung fremder Völker streitig macht, ist der westdeutsche Imperialismus allerdings gegenwärtig ein Waisenknabe. Dennoch bekämpfen wir westdeutschen Marxisten-Leninisten den westdeutschen Imperialismus ganz entschieden, denn die Aufgabe der Arbeiterklasse eines imperialistischen Landes ist es, den Imperialismus des eigenen Landes zu bekämpfen und die herrschende imperialistische Bourgeoisie zu stürzen. Dem französischen Revisionistenhäuptling dagegen dient sein Angriff auf den westdeutschen Imperialismus nur dazu, den sowjetischen Sozialimperialismus zu verharmlosen und die französische Arbeiterklasse an die französischen Imperialisten zu verkaufen. Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die Bourgeoisie des eigenen Landes, Beteiligung an der Herrschaft über die Arbeiterklasse und Öffnung des Landes für den Einfluß des sowjetischen Sozialimperialismus, das ist das Geschäft der Revisionisten. Nichts kann man davon halten, wenn diese Leute gegen den westdeutschen Imperialismus Stellung nahmen. Es ist keine Stellungnahme gegen den Imperialismus und die beiden Supermächte, sondern eine Stellungnahme für die Bourgeoisie des eigenen Landes und für das Hegemoniestreben des Sozialimperialismus.

Unter der Herrschaft des Sozialimperialismus wachsen die Widersprüche

Reiseeindrücke aus Ungarn

Im 5. Jahresplan Ungarns, der Ende November 1975 vorgelegt wurde, wird der Tribut sichtbar, den die Sowjetunion dem von ihr in Abhängigkeit gehaltenen Land auferlegt. Die Importpreise aus dem Bereich der RGW-Staaten stiegen 1975 um 22 %, die Exportpreise ungarischer Waren nur um 12 %. Den Hauptanteil bei der Verteuerung der Importe hat die Sowjetunion, von deren Rohstofflieferungen Ungarn abhängig ist. Die Preise für Roh- und Brennstoffe erhöhten sich um 60 bis 100 Prozent. Der Preis für russisches Erdöl liegt 2,5 mal höher als noch 1975. Tragen muß diese Lasten die ungarische Arbeiterklasse und das ungarische Volk. Sie werden heute vom Sozialimperialismus gemeinsam mit einer neuen einheimischen Bourgeoisie ausgeplündert. Der folgende Reisebericht gibt einigen Aufschluß, was diese doppelte Ausplünderung und politische Rechtlosigkeit für das ungarische Volk bedeuten.

Ungarn hat eine Fläche von 94 000 qkm, 10,5 Millionen Einwohner. Es liegt im Karpatenbecken, in der Mitte Europas, ein Bindeglied zwischen Ost und West. Es hat Grenzen zu Österreich, Jugoslawien, Rumänien, zur Sowjetunion und CSSR. Ungarn hat fruchtbaren Boden, wenig Bodenschätze, außer Aluminium. Ungarn könnte von seinen natürlichen Ressourcen her der größte Aluminiumproduzent Europas, der drittgrößte in der ganzen Welt sein.

In Ungarn sind vier Divisionen, 40 000 russische Soldaten stationiert. Das Land ist Miglied des Warschauer Pakts und des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).

***

Der Zug Wien–Budapest hat zwei Stunden Verspätung. Wir sitzen mit sechs ungarischen Arbeitern im Abteil. Sie kommen aus Linz und wollen nach Miskolc. Ihre Firma (Hochbaubetrieb) hat sie nach Österreich verkauft, wo sie eine Lagerhalle bauen sollen. Sie haben drei Monate dort geabeitet und nun fahren sie für die Weihnachtsfeiertage nach Hause. Während den drei Monaten haben sie gespart und bringen jetzt ihre kleinen Schätze mit. Kassettenrecorder, Taschenrechner, eine elektronische Armbanduhr. Der Zollbeamte kommt, die Ausländer im Abteil
schenrechner, eine elektronische Armbanduhr.
Der Zollbeamte kommt, die Ausländer im Abteil
werden mit erlesener Höflichkeit behandelt. Als er zu den ungarischen Arbeitern kommt, nimmt er plötzlich den Ton eines Unteroffiziers an: Die Koffer werden durchgewühlt, jede Unterhose einzeln inspiziert. Als er einen Kassettenrecorder erblickt, kennt seine Empörung keine Grenzen. Er nimmt den Arbeitern die Pässe ab. „Sie kommen ins Zollamt mit!", herrscht er sie an und knallt die Tür hinter sich zu. Sie werden 60 Prozent des Neuwertes von den Geräten an Zoll bezahlen müssen.

***

Auf dem Rozsadomb (Rosenhügel), dem traditionellen Prominentenviertel Budapests, steht eine Baustelle neben der anderen. Villen werden gebaut, mit mehreren Stockwerken, großen Terrassen mit Blick auf die Budaer Berge und Garagen. In den Garagen stehen nicht selten BMWs oder ein Mercedes. In Budapest besitzen 73 000 Personen (Familien) 124 000 Grundstücke, Wohnungen und Ferienhäuser. Davon besitzen 32 524 Personen 77 995 Grundstücke . . . usw., also pro Person weit mehr als eins. Budapest hat zwei Millionen Einwohner. In dieser Statistik ist der Schrebergarten und die zweistöckige Villa gleichermaßen inbegriffen. Die Häuser, die da stehen und durchgängig Privatpersonen gehören, haben oft den Wert von mehreren Millionen. Der Durchschnittslohn in Ungarn ist heute noch immer bei etwa 2 000 Forint (250 DM). Die Wohnungsnot ist verheerend. Viele Menschen wohnen in menschenunwürdigen Behausungen.

Im Jahre 1975 sind 90 000 Wohnungen gebaut worden, jedoch davon nur 37 000 durch den Staat – damit ist nicht mal der vorgesehene Jahresplan erfüllt worden (vorgesehen waren 39 000, also um 2 000 mehr). Den Rest haben Privatpersonen und Kooperativen gebaut – in dieser Zahl sind die Villen am Rosenhügel oder am Plattensee, die Zweit- und Drittwohnungen der hohen Funktionäre genauso mit inbegriffen wie die knappen Wohnungen der Arbeiter. Die letzteren werden für den staatlichen Kredit – ohne den sie die Wohnungen gar nicht hätten bauen können – ihr ganzes Leben lang arbeiten müssen (30 Jahre sind die Rückzahlungsfrist, da es sich meistens um weit über 100 000 Forint handelt).

***

Im Emke Bistro an der großen Kreuzung von Körút und Rákóczi út sitzen abends viele Menschen an den hohen Theken. Fast alle sind besoffen, in ärmliche schwarze Wintermäntel gekleidet, öfter kommt es zu laustarken Auseinandersetzungen. In einer Ecke eine alte Bettlerin, in schmutzige Lumpen gehüllt, ihr Blick ist vom Alkohol vernebelt. Im Lokal Qualm und Gestank, vor der Tür draußen bremst mit quietschenden Reifen der Polizeistreifenwagen.

Draußen unter den Arkaden verkauft ein Schulmädchen die „Est Hirlap" (Abendzeitung), die ungarische „Bild"-Zeitung, mit den neuesten Nachrichten von Mord und Totschlag.

Der Alkoholismus hat in Ungarn verheerende Ausmaße angenommen. Keine Kampagne hat dagegen geholfen, auch die drastische Preiserhöhung für alkoholische Getränke im vergangenen Jahr nicht. Was die Selbstmordrate, die Scheidungen und den Zigarettenkonsum angelangt, steht Ungarn in der Welstatistik an führender Stelle.

Eine Meldung des Zentralorgans der USAP (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei) Népszabadsàg (28.10.75): Ein elfmal vorbestrafter Nachtwächter erschlug mit seiner Axt seinen Kollegen, um seinen am vorigen Tag ausgezahlten Monatslohn zu rauben. Sein Todesurteil ist vom Obersten Gericht bestätigt worden.

***

Budapest liegt an beiden Ufern der Donau, links Pest und rechts die Budaer Berge. An einem Hügel, direkt an der Donau, steht die Mathias-Kirche, wo der legendäre König der Ungarn, Mathias, Kämpfer der nationalen Unabhängigkeit, im 15. Jahrhundert gekrönt wurde. Seit neuestem steht neben der Kirche, die bisher das Stadtbild geprägt hat, das Hotel Hilton, für Geldsäcke aus Ost und West. Vor ihren Fenstern liegt die Stadt. Das andere Ufer wird vom Hotel Intercontinental geziert.

Diese zwei Gebäude, die der Lust und dem Luxus der ausländischen und einheimischen Bourgeoisie dienen, verunstalten die schönsten Gegenden dieser Stadt – ein Hohn gegen die arbeitenden Menschen dieser Stadt.

Diese arbeitenden Menschen sollen es dieses Jahr noch weniger schön haben als in den vergangenen Jahren. Um 50 % sind die Zuckerpreise bereits angehoben worden (von 9,60 auf 14,20 Forint). Die Telefongebühren sind gestiegen: Nach den ersten drei Minuten kostet jede Minute ein Forint zusätzlich (bisher ein Forint ein Gespräch). Ab 1. Juli 1976 werden die Fleischpreise um 32 bis 33 % angehoben. Die Wohnungspreise werden weiter steigen, da die Preise für Baumaterialien im Durchschnitt um 22 % steigen werden – eine drastische Preiserhöhung hat es für Baustoffe bereits Anfang 1975 gegeben. Möbel sollen um 3,4 %, Papierwaren um 10 bis 15 % teurer werden.

Dafür werden die Renten um jährlich 2 % angehoben (aber minimal um 50 Forint). Die offiziell zugestandene und eingeplante jährliche Inflation beträgt 4,5 % (laut Jahresplan 1976, verabschiedet auf der ZK-Sitzung der USAP, 26.–27.11.75). Eine sehr irreale Angabe angesichts der oben angeführten Preiserhöhungen. Eingeplant wird also ein Sinken des Lebensnive-
Eingeplant wird also ein Sinken des Lebensnive-
aus der Rentner.

Für die Arbeiter und Angestellten soll noch eine Nettolohnerhöhung von 1,5 % stattfinden. Diese Angabe steht und fällt jedoch mit der Richtigkeit der angegebenen Inflationsrate, und die ist **nicht** richtig.

***

Obwohl die Zuckerpreise ungeheuer gestiegen sind, sieht der Reisende auf der Strecke Heygeshalom–Györ Berge von eingeschneiten und erfrorenen Zuckerrüben stehen, die in diesem Zustand zu überhaupt nichts mehr zu gebrauchen sind. Ungarn mußte 1975 Zucker importieren und voraussichtlich wird das auch 1976 der Fall sein. Im vergangenen Jahr ist die Milchproduktion zurückgegangen. In den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften war die jährliche Milchproduktion pro Kuh 1974 2 363 Liter gewesen, 1975 nicht mal 2 300. In manchen LPGs wurden nicht mal die 2 000 Liter erreicht.

In den privaten Wirtschaften stand die Produktion dagegen bei 2 695, also 395 Liter mehr als in den staatlichen Betrieben.

Im Dezember stand auf der Strecke Györ–Budapest der Mais noch auf den Feldern, vertrocknet und eingeschneit, zu nichts mehr zu gebrauchen. Ein junger Arbeiter sagte im Zug nach der österreichischen Grenze: „Aha, man merkt's, wir sind in Ungarn, das Stroh ist in den Boden reingepflügt!"

Die Bauern haben in den LPGs kein Interesse an der Produktion, alles bleibt stehen und liegen. Weshalb sollen sie sich auch abrackern für einen Staat, der sie nur ausplündert? Im Regierungsbezirk Fejèr ist dieses Jahr um 15 % weniger Getreide geerntet worden als im vergangenen Jahr. Im Regierungsbezirk Hajdu–Bihar ist die Getreideernte ebenfalls unter dem Niveau von 1973/74 geblieben (laut Nèpszabadsàg, 27.7.75).

***

Es gibt in Ungarn heute noch Tagelöhner. Die LPG rekrutiert die Tagelöhner „nicht nur aus den umliegenden Dörfern, sondern in den letzten Jahren auch aus weiter liegenden Regierungsbezirken. Sie schließen Verträge für drei bis sechs Monate ab, sie ernten Tomaten, Kartoffeln, Zwiebeln, Rüben. Die meisten sind ältere Leute . . ."

„Im vergangenen Jahr haben sie 200 bis 250 Forint am Tag verdient, je nachdem, wieviel man geerntet hat."

Die eine Frau – ebenfalls Tagelöhnerin – hatte einen Unfall: „Ich bekomme kein Krankengeld. Die haben gesagt, dazu hätte ich innerhalb von 60 Tagen 24 zehnstündige Arbeitstage leisten müssen. Und mir hatten nur vier Tage gefehlt. Zu früh ist das Unheil passiert . . ."

„Die LPG tut es nicht anerkennen, daß es sich um einen Betriebsunfall handelte, weil ich an dem Tag, wo es passierte, noch nach Hause ging und erst den nächsten Abend zum Arzt ging. (Sie ist beim Schleppen von vollen Zwiebelkörben gegen eine Tür gefallen, daß ihr die eine Brust amputiert werden mußte.) . . .Ich habe mich umsonst beim LPG-Vorsitzenden beschwert, der schob meine Papiere beiseite. Zu wem soll ich jetzt gehen? Möget ihr verrecken, sagte ich still vor mich hin und ging heim. Die ziehen vielen Nutzen aus solchen Leuten wie wir, wir würden eine bessere Behandlung verdienen." (Elet ès Irodalom Vol. 19 No. 48, 29.2.75)

Die Landflucht nimmt verheerende Ausmaße an: Die Menschen in vielen Landstrichen kennen keine andere Devise als „nichts wie weg hier".

Dafür schuften sich viele halbtot, sie wollen in die nächstliegende Stadt ziehen – und weil das anderswie nicht geht, müssen sie sich dort ein Haus kaufen. Ein selbständiger Bauer berichtet: „Im Sommer stehe ich um halb vier auf und gehe um zehn Uhr ins Bett. Wenn der Mais reift, schlafe ich auf dem Feld, wenn ich nicht aufpassen würde, würde es einen Wildschaden von 60 bis 80 Prozent geben." (Zitat aus: Moldova György: Ar Örség Panasza / Der Jammer des Örség, Übersetzung von mir, S. 76). Seine Schwester ist Lehrling in einer Schuhfabrik in einer Stadt in der Gegend. „. . .Sie steht jeden Morgen um vier Uhr auf, um fünf holt der Betriebsbus die Lehrlinge ab, . . . es ist Abend, bis sie wieder zu Hause ist, dann muß sie noch Arbeiten um das Haus herum verrichten." (ebenda, S. 77)

In Ispánk, einem Dorf an der jugoslawischen Grenze, wohnten 1945 250 Menschen, heute sind es nur noch 168, 1980 sollen es 150 sein.

„Wieviel Kinder wurden im vergangenen Jahr geboren?

– Kein einziges. In die vier Schulklassen gehen insgesamt zwölf Kinder, am Ende des Schuljahrs geht unser Lehrer, kann sein, daß wir überhaupt keinen neuen kriegen, sie kommen ungern hierher, weil die Schule früher oder später geschlossen wird. Nur das weiß ich nicht, wie die Kinder nach Öri (der nächste größere Ort, Anm. von mir) kommen, es fährt kein Zug dorthin, unsere Straße ist lehmig, deswegen geben sie auch keinen Bus. Die Kinder werden dann täglich 6 bis 8 km laufen müssen." – So die Ratsvorsitzende des Dorfes. (ebenda, S. 101)

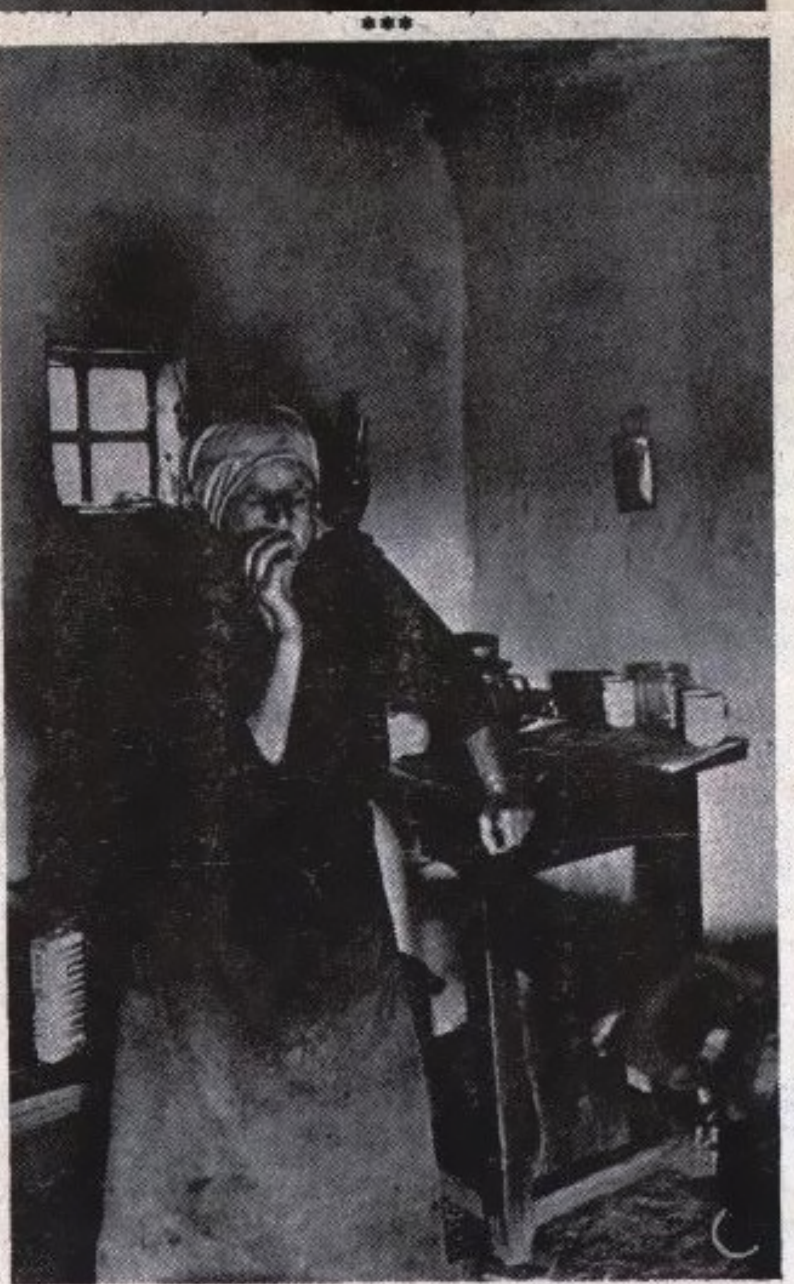
***

Ehemalige Knechtsfamilie. Der Vater arbeitet bei der Eisenbahn.

„Mit acht Kindern, zu zehnt wohnen wir in diesem Loch. Kann man das leben nennen? Sechzehn Quadratmeter für zehn Menschen. Bis morgens früh ist sogar die Luft alle." (Elét és Irodalom, Vol. 19, No. 44, 1.11.75)

***

***



Ungarische Bäuerin

Im Bezirk Józsefváros von Budapest wohnen 30 000 Rentner. 400 von ihnen bekommen überhaupt keine Rente, viele bekommen nur so wenig, daß sie davon nicht leben können.

Zwei Briefe an den Stadtrat von Józsefváros, an das Sozialamt, Dankbriefe für Sozialhilfe:

„Die unter dem Zeichen 18005/267 mir zugesandten Forint habe ich erhalten. Ich danke Ihnen dafür recht herzlich, dadurch konnte ich mir ein Paar Winterschuhe kaufen."

Die 85 Jahre alte Frau Zalán schreibt: „Das Geld bereitete mir eine unerhoffte Freude. Nun kann ich endlich meinen Wecker in die Reparatur bringen, seit geraumer Zeit bin ich nämlich nur noch auf die Zeitansage des Rundfunks angewiesen." (Népszabadság, 1.1.76)

Der Kommentar des Zentralorgans der USAP dazu: Diese Menschen genießen „die Fürsorge unseres sozialistischen Staates" (ebenda).

Diese Fürsorge werden ab 1. Januar alle Rentner genießen dürfen, für die der Staat im neuen Jahrsplan eine Einkommensverminderung von 2,5 % vorgesehen hat.

***

Briefe an Népszabadság:

„. . .Der Chefingenieur hat soviele Gutachter- und sonstige Stellen aufgehäuft, daß die 24 Stunden des Tages nicht ausreichen würden, die anständig wahrzunehmen. Meistens gibt er nur seinen Namen dazu, dafür wird er dann gut bezahlt . . ."

„. . .Ich schreibe in der Angelegenheit meiner Mutter. Sie wird aus dem Krankenhaus, wo sie seit über 15 Jahren Krankenschwester ist, rausgeekelt. Unter allerhand Vorwänden wird sie schikaniert, ihre ‚Sünde' ist jedoch nur, daß sie nicht bereit ist, als Putzfrau des Chefarztes zu arbeiten." (Népszabadság, 16.11.75)

***

Korruption, Betrug, Trink- und Schmiergelder gehören zum alltäglichen Leben. Obwohl die Arbeiter, Bauern und Angestellten Krankenversicherung bezahlen, müssen Ärzte und Schwestern geschmiert werden, damit man einigermaßen versorgt wird. (Die Schwestern, weil sie total überlastet sind und für einen Hungerlohn arbeiten, die Ärzte wegen ihrer grenzenlosen Gewinnsucht. Ausnahmen sind äußerst selten.)

Eine junge Ärztin erzählte mir: In der ersten Woche ihrer Berufstätigkeit wurden die jungen Ärzte vom Direktor des Krankenhauses eingewiesen: von Parteimitgliedern, städtischen Angestellten und Rentnern sollten sie keine Schmiergelder nehmen. Parteimitglieder und städtische Angestellte könnten Schwierigkeiten kriegen und bei Rentnern sei es unmoralisch.

***

Meine Tante, eine gestandene Arbeiterin, fragte mich am ersten Tag meines Aufenthalts: „Sag mal, wird es Krieg geben?" Das ist eine der häufigsten Fragen, die man heute in Ungarn gestellt bekommt, wenn man aus dem Ausland kommt. Das politische Kabarett mit dem Titel „Lebt noch das Kabarett?" gibt darauf auf seine Art eine ziemlich eindeutige Antwort.

Diese „Kunstgattung" hat in der Geschichte des Budapester Kleinbürgertums und der Lumpenelemente eine große Tradition und wird von den heutigen Machthabern sorgfältig gehegt und gepflegt. Es ist die Gattung von lebensunfähigen Klassen, des faulen Maulens, der abstoßenden Geist- und Kulturlosigkeit, nicht der bissigen Ironie der wirklichen Kritik und des Widerstandes.

Was jedoch diesmal geboten wurde, übertraf alles bisher Dagewesene: belanglose Rumkrittelei und schleimige Arschkriecherei, was Partei und Staat betrifft. Nur an einem Punkt schienen die Autoren ihre kritische Ader gefunden zu haben, nämlich in der nationalistischen Hetze.

Gehetzt wurde gegen Juden und Araber, gegen das chinesische und albanische Volk und gegen Rumänien.
Rumänien.

Israel ist nicht etwa entlarvt worden als Bastion des US-Imperialismus, man hat sich stattdessen darüber mokiert, daß Kissinger ein widerlicher Jude ist und daher der Grund allen Übels, Jassir Arafat ist dargestellt worden als schwachsinniger Kameltreiber, Mao Tsetung als ein seniler Greis und Enver Hoxha als eine Marionette Mao Tsetungs. Einheitlich sind diese Völker als Untermenschen dargestellt worden, ihre Widersprüche zum Sozialimperialismus als Eigenheit ihrer Rasse.

In ihren offiziellen Organen untrstützen die Sozialimperialisten das palästinensische Volk – hier haben sie jedoch ihr wahres Gesicht gezeigt. Offiziell bestehen noch gute Beziehungen zu Rumänien, aber hinterrücks – und das ist durchaus Teil der offiziellen Propaganda – wird gegen Rumänien gehetzt. Das ungarische Volk soll ideologisch auf Krieg und Aggression gegen andere Völker vorbereitet werden.

***

Der Widerstand gegen diese Verhältnisse tritt noch nicht offen zutage, es gibt ihn aber. Die Arbeitsunlust in den Betrieben und auf dem Lande, die katastrophale Verschlechterung der produzierten Waren grenzt schon an Sabotage. Kein Gewerkschaftstag konnte in der letzten Zeit stattfinden ohne dumpfen Drohungen der Arbeiterklasse gegenüber: Die Arbeitsdisziplin müßte gestrafft werden, die Qualität der Produkte müßte verbessert werden.

Der Unmut rührt sich selbst innerhalb der Reihen der Partei. Im vergangenen Jahr ist ein neues Parteistatut verabschiedet worden, das die Äußerung und Verbreitung jeder der offiziellen widersprechenden Meinung innerhalb der Partei verbietet. In diesem Jahr soll ein Austausch der Parteibücher stattfinden – also eine großangelegte Säuberung innerhalb der Partei. Ein altes Parteimitglied, das mit der Waffe in der Hand für die Befreiung Budapests vom Faschismus kämpfte, sagte mir: Die sind ja schlimmer als die Kapitalisten waren! Die schauen nur, wo sie raffen können. Dafür habe ich nicht gekämpft. – Er erwägt nun, nach über 30 Jahren Mitgliedschaft, aus der Partei auszutreten. Es ist mir auch das erste Mal passiert, daß alte Parteimitglieder aufmerksam den Berichten aus der Volksrepublik China zuhörten. In den früheren Jahren haben sie durchweg sehr aggressiv und ablehnend solche Berichte zurückgewiesen.

***

Ungarn könnte wie jedes andere ein blühendes, reiches Land sein, würden sich nicht fremde und einheimische Schmarotzer von der Arbeit des Volkes mästen.

Das Land steht schon in einer Krise drin, die Regierung hat brutale Sparmaßnahmen beschlossen – natürlich nur für die Arbeiterklasse und das Volk. Die Konsumtion soll weiter eingeschränkt werden. Obwohl der Widerstand noch nicht offen zutage tritt – lange wird das Volk seine wirtschaftliche Ausplünderung und politische Entrechtung nicht mehr hinnehmen. Der Haß gegen die russischen Sozialimperialisten und ihre einheimischen Lakaien wächst von Tag zu Tag. – (g.s., Frankfurt/M.)

Sozialimperialismus: Griff nach dem Süden Afrikas

Die imperialistischen Supermächte USA und Sowjetunion verstärken und erweitern ihre Rivalität

Der Bürgerkrieg in Angola nähert sich seinem Ende. UNITA und FNLA sind im konventionellen Krieg geschlagen. Im Norden sind die letzten Stützpunkte der FNLA eingenommen worden, flüchten Tausende von Menschen über die Grenze nach Zaire. Im Süden sind die letzten wichtigen Städte in die Hände der MPLA-Truppen sowie der kubanischen Truppen gefallen. Nach Zeitungsberichten wälzt sich ein Flüchtlingsstrom auf die Grenze nach Namibia zu, der 100 000 Menschen umfassen soll. Die UNITA hat erklärt, daß sie den konventionellen Krieg nicht mehr führen kann und damit beginnen wird, einen Guerillakrieg gegen den russischen Imperialismus und die kubanischen Söldner zu führen.

An den letzten Kriegshandlungen sollen sich Kriegsschiffe der Sowjetunion direkt beteiligt haben. Die UNITA hat erklärt, daß sowjetische Kriegsschiffe die Städte Lobito, Benugela und Mocamedes von See aus konzentriert beschossen haben, um die Einnahme durch kubanische Soldaten zu ermöglichen. Die Sowjetunion hat sich massiv in Angola festgesetzt, sie verfügt über eine „nun auf über 12 000 Mann angewachsene Streitmacht kubanischer Soldaten, unterstützt durch mehrere Hundert sowjetischer Militärberater und versehen mit einer ihren Gegnern weit überlegenen, von der Sowjetunion gelieferten Bewaffnung: darunter Panzer der Typen T 34 und T 54, Helikopter und Flugzeuge des Typs Mig 21 (samt moderner Bodenorganisation) sowie als Stalinorgeln bekannte Mehrfachraketenwerfer." (Neue Zürcher Zeitung, 14. Februar)

Die Regierung der MPLA ist jetzt von der Mehrheit der Mitgliedsstaaten der OAU anerkannt worden. Dadurch ist die MPLA-Regierung zugleich Vollmitglied der OAU geworden. Nachdem die einfache Mehrheit innerhalb der OAU zustandegekommen war, hat auch Uganda, dessen Präsident zugleich Vorsitzender der OAU ist, die MPLA-Regierung anerkannt. Präsident Amin hat dazu erklärt, diese Anerkennung erfolge aus „dem Wunsch, der Auffassung der Mehrheit zu folgen". Erneut hat er die Verwendung von Söldnern verurteilt und seine Hoffnung auf „Wiederversöhnung" ausgesprochen. (Le Monde, 12. und 13. Februar)

Das Rassistenregime Südafrikas hält nach wie vor die ganze Südgrenze Angolas (1 500 Kilometer) besetzt. Unbedingt will es die Staudämme am Cunene-Fluß behalten, Namibia weiter besetzen. Die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Angolas will es zusätzlich durch die „Sorge" um die Flüchtlinge rechtfertigen.

Beide Supermächte haben entsprechend der veränderten Lage Stellung bezogen und ihre Absichten offengelegt. Kissinger hat erklärt, daß der US-Imperialismus nichts gegen eine MPLA-Regierung habe. Diesmal hat Präsident Ford ihn interpretiert: Den Kampf gegen den Rivalen um Angola will er „ohne Inanspruchnahme amerikanischen Militärpersonals" (Süddeutsche Zeitung, 14. Februar) fortsetzen, also durch ökonomische Erpressung. Aufgrund der Bedrohung durch den russischen Imperialismus würden die USA gerne Waffen nach Zaire und Zambia liefern. Die Sowjetunion hat unverhohlen durchblicken lassen, daß sie die Früchte des militärischen Erfolgs ernten will: Die Anerkennung der MPLA-Regierung durch die OAU „ist gleichzeitig die Anerkennung der Unterstützung der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder". (Le Monde, 13. Februar) Das ist anmaßend und in die Tasche gelogen. Sie preist sich als „natürlicher Verbündeter Afrikas" an und gibt vor, den Befreiungskampf gegen die Siedlerregimes in Südafrika und Zimbabwe unterstützen zu wollen.

Beide Supermächte haben damit erneut Position bezogen: Sie wollen Angola nicht zur Ruhe kommen lassen, sondern ihre Einmischung fortsetzen. Die Sowjetunion will weiterhin die südafrikanische Aggression gegen Angola zum Vorwand nehmen, um in Angola drinzubleiben. Beide Supermächte weiten ihre Rivalität aus und kämpfen um die Beherrschung des ganzen südlichen Afrika. Für die Sowjetunion ist Angola, in das sie sich unter dem Vorwand der Unterstützung der MPLA eingeschlichen hat, Aufmarschgebiet für die Expansion nach Zentral- und Südafrika. Wie in Angola will sie die Einheit der nationalen Befreiungsbewegung unterminieren, setzt sie auf Schwächung und Spaltung der umliegenden Nationalstaaten.

Zambia, Zaire und Zimbabwe (Rhodesien) sind die nächsten Zielscheiben der beiden imperialistischen Räuber. Es geht ihnen um die Rohstoffe, die Menschen, das Land. Der US-Imperialismus und seine Verbündeten wollen das Siedlerregime in Zimbabwe über Wasser halten, Zambia und Zaire durch ökonomische Erpressung ausbluten und von ihrer Politik der nationalen Unabhängigkeit zurückzerren. Der russische Sozialimperialismus hat diese Mittel noch nicht. Um in diesen Ländern sich festsetzen zu können, will er genauso wie in Angola vorgehen: Spaltung und Zwist betreiben, um sich so in die nationale Befreiungs- und Unabhängigkeitsbewegung einmischen und im Trüben fischen zu können.

Zaire und Zambia: Erpressung über das Kupfer

Beide Länder sind hoch verschuldet, weil aufgrund der weltweiten Wirtschaftskrise die Preise für Kupfer, das Hauptexportgut dieser Länder, so weit gesunken sind, daß Kreditverpflichtungen an die Imperialisten aus den Exporterlösen nicht mehr eingehalten werden können. Die „Neue Zürcher Zeitung" berichtet am 28. Januar, daß die Kupfererlöse von Zaire von 3 000 Dollar pro Tonne im Jahr 1974 auf 1 000 Dollar Ende 1975 gefallen sind. Es ist aber nicht nur der Rückgang des Kupferverbrauchs durch die Wirtschaftskrise, der den Kupfermarkt zum Zusammenbruch gebracht hat, sondern auch die Tatsache, daß nach dem Sturz der Allende-Regierung zunächst der Kupferpreis durch Lagerkäufe der USA und der anderen imperialistischen Länder gestützt und erhöht wurde. Diese Stützung des Kupferpreises wurde aufgegeben, nachdem die Imperialisten, im Besitz großer Kupferlager, den Kupfermarkt nun praktisch in der Hand haben. Die Kupfervorräte der imperialistischen Länder belaufen sich auf etwa 2 Millionen Tonnen, das sind rund 25 Prozent der Weltkupferproduktion von einem Jahr (Blick durch die Wirtschaft, 12. Februar). Hat sich die Verschuldung von Zaire 1975 um 755 Millionen DM erhöht, so die von Zambia um 537 Millionen DM. Der Gesamtschuldenstand liegt bei beiden Ländern bei etwa 2 Milliarden DM (Blick durch die Wirtschaft, 27. Januar).



Aufgrund der kolonialen Vergangenheit dieser Länder ist deren Wirtschaft fast vollständig von der Kupferproduktion und vom Kupferexport abhängig. Diese Situation wollen die Imperialisten jetzt ausnutzen, um sowohl eine selbständige Entwicklung der Wirtschaft in diesen Ländern zu erdrosseln wie auch den politischen Kurs der nationalen Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Regierungen dieser Länder zu Fall zu bringen.

Zaire: Erpressung durch die Weltbank, Chaos durch die Sowjetunion

Zaire sah sich jetzt gezwungen, den Zinsendienst für internationale Schulden einzustellen und die Imperialisten um neue Darlehen zu bitten. Die Weltbank, ihrerseits Instrument der USA und der anderen imperialistischen Mächte, macht die Gewährung von Krediten davon abhängig, daß Zaire seinen Finanzhaushalt „saniert". Was können Imperialisten schon unter Sanierung verstehen? Ihre Machtposition soll gestärkt werden, die Profite reichlich fließen. Rückgängig gemacht werden muß, wie die „Neue Zürcher Zeitung" schreibt, die „übereilte Afrikanisierung der Wirtschaft". Es seien die „Folgekosten" dieser Afrikanisierung, die die Finanzen überfordert hätten. Das heißt, Zaire soll die nationalisierten Betriebe wieder an die Imperialisten zurückgeben, dann braucht es nicht die „Folgekosten", das sind die Entschädigungen an die Imperialisten, zu zahlen. Das ist die Quittung der Imperialisten dafür, daß Zaire nicht ohne Entschädigung enteignet und nationalisiert hat.

Am 25. November letzten Jahres erklärte der Präsident von Zaire, Mobutu, daß Ausländer in Zaire investieren können unter der Voraussetzung, daß sie mit Zairern zusammenarbeiten und ihnen mindestens 40 Prozent der Kapitalanteile überlassen. Das ist den Imperialisten zuviel. Ein internationales Bankenkonsortium, das ein großes Kupferminenprojekt in Zaire begonnen hatte, erklärte jetzt kurzfristig und abrupt den Stopp dieses Projektes. (Blick durch die Wirtschaft, 6. Februar)

Hinzu kommt, daß durch den Bürgerkrieg in Angola die Transportmöglichkeiten Zaires blokkiert wurden. Genauso wie Zambia muß Zaire fürchten, daß der russische Sozialimperialismus die Meinungsunterschiede und Differenzen zur MPLA-Regierung schürt und ausnutzt. Zaire und Zambia sind konsequent gegen die Einmischung beider Supermächte in Angola aufgetreten, gegen den Bürgerkrieg und für eine Regierung der nationalen Einheit. Am Südufer des Zaireflusses haben sich die Truppen der Sowjetunion niedergelassen. An den Mündung des Zaireflusses in den Atlantik liegt jedoch Zaires einziger Hafen, Matadi. Wozu die Truppen des Sozialimperialismus fähig sind, hat Zaire bereits durch die Aggression gegen das Grenzdorf Diolo erfahren.

Doch nicht nur die Anwesenheit der Truppen des Sozialimperialismus muß Zaire fürchten: „,, wir haben Grund zu der Annahme, daß die Sowjets und Kubaner in Angola nicht haltmachen werden', sagte Außenminister Nguza Karl-i-Bond. ‚Sie könnten versucht sein, ein Haus weiter zu ziehen!' In Angola stünden nun 10 000 kubanische Soldaten mit modernen sowjetischen Waffen. Sie bildeten auch 6 000 ehemalige Angehörige der Gendarmerie von Katanga aus, die aus den zairischen Streitkräften desertiert seien." (Süddeutsche Zeitung, 14. Februar) Katanga ist eine Provinz Zaires und eine der größten metallurgischen Vorratskammern der Welt. Bereits unter der belgischen Kolonialherrschaft ist es zum wichtigsten Verkehrs- und Wirtschaftszentrum geworden. Nach der Unabhängigkeit Kongos im Jahr 1960 haben v.a. die belgischen Kolonialisten, unterstützt durch England, die BRD und Frankreich, die Abspaltung Katangas betrieben und einen Sezessionskrieg entfesselt. Die Sowjetunion setzt darauf, daß in Zaire die Wunden der imperialistischen Aggression und Einmischung sowie des Sezessionskrieges noch nicht verheilt sind, sondern erneut aufgerissen werden können, Dies betreibt sie auch: „Diese Gefahr ist akut durch eine Gruppe von mehreren Tausend katangesischen Exgendarmen geworden, die Mitte der sechziger Jahre den Sezessionskrieg gegen Mobutu und dessen Vorgänger für ein unabhängiges Katanga führten, später fliehen mußten und im Angolakonflikt Söldnerdienst für die MPLA leisten." (Süddeutsche Zeitung, 14. Februar)

Zum Kampf gegen die derzeitige Regierung Zaires und Präsident Mobutu ruft ebenfalls Antoine Gizenga im Ausland auf. Er hat die Politik und den Kampf gegen den belgischen Kolonialismus, für die Unabhängigkeit Kongos zusammen mit Patrice Lumumba geführt. Aus dieser Zeit rührt seine Gegnerschaft zu Präsident Mobutu. Auch darauf setzt die Sowjetunion. So will die Sowjetunion die Hinterlassenschaft der Kolonialmacht Belgien, der imperialistischen Aggression gegen Kongo ausnutzen, den Wunden dieses Konflikts erneut zum Ausbruch zu verhelfen. Genauso wie in Angola setzt sie auf Chaos und Bürgerkrieg, um sich einmischen zu können.

Zambia, von den imperialistischen Supermächten in die Zange genommen

Wie die Karte zeigt, liegt Zambia östlich von Angola und hat mit ihm eine lange gemeinsame Grenze. Zusätzlich zu dem Verfall des Kupferpreises auf dem Weltmarkt ist Zambia durch die Zerstörung der Benguela-Eisenbahnlinie im Bürgerkrieg in Angola beträchtlich in seinem Export gehindert. Zambia hat derzeit nur drei Transportwege. Der zweite führt durch Rhodesien. 1973 hat Präsident Kaunda die UNO-Sanktionen gegen Rhodesien durchgeführt und die Grenze zu Rhodesien geschlossen, um den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe zu unterstützen. So bleibt Zambia nur der Weg durch Tanzania. Daß dieser möglich ist, ist Ergebnis des Baus der Tanzam-Bahn, den die Volksrepublik China unterstützt und so einen wirksamen Beitrag zur Selbständigkeit dieser Länder geleistet hat. Über diesen Weg kann Zambia aber nur rund 45 Prozent des Kupferexports transportieren. Rund 20 000 Tonnen zambischen Kupfers liegen nun in zerstörten Eisenbahnen in Angola. Ende 1975 lagerten rund 100 000 Tonnen Kupfer in den Minen von Zambia, weil sie nicht abtransportiert werden konnten. Da der Hafen von Dares-Saalam (Tanzania) erst ausgebaut wird, gibt es hier Stockungen: „Die 68 000 Tonnen zambischen Kupfers (Verkaufswert 50 Millionen Dollar) warten bspw. gegenwärtig in Tanzania auf die Verschiffung." (Neue Zürcher Zeitung, 8. Februar) Dementsprechend sieht sich Zambia großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegenüber: „Die Kupferminen des Landes arbeiten mit Verlust, mit heruntergedrückten Preisen, die Produktionskosten für eine Tonne Kupfer sind höher als der Preis, der dafür auf dem Weltmarkt gezahlt wird." (Daily Telegraph, 30. Januar) „Der Finanzminister Zambias hat erklärt, daß aufgrund des Falles der Kupferpreise die Regierung in diesem Jahr keine Einkünfte aus der entsprechenden Minenproduktion erhalte." (Observer, 1. Februar)

Wird so die Wirtschaft Zambias durch die westlichen Imperialisten sabotiert und ruiniert, so ist es gleichzeitig der Einmischung durch den russischen Sozialimperialismus ausgesetzt. Der Wiederaufbau der zerstörten Benguela-Eisenbahnlinie und deren Benutzung ist für Zambia lebenswichtig. Aber auch hier muß Zambia fürchten, daß der russische Sozialimperialismus seine Chance nutzt, um die Differenzen zwischen der sambischen Regierung und der MPLA-Regierung auszunutzen. Gleichzeitig mischt sich die Sowjetunion bereits direkt in zambische Angelegenheiten ein. Die Sowjetunion hat eine große Botschaft aufgebaut und hat über deren Angehörige versucht, die fortschrittliche Studentenbewegung vor ihren Karren zu spannen. Präsident Kaunda hat erklärt: „Afrika hat die räuberischen Wölfe des Kolonialismus, Rassismus und Faschismus bekämpft und aus Angola durch die Vordertür vertrieben. Aber ein raubgieriger Tiger mit seinen tödlichen Jungen kommt jetzt durch die Hintertür herein. Die Auswirkung fremder Einmischung wird jetzt in Zambia fühlbar." (Daily Telegraph, 30. Januar)

Zimbabwe: Die Sowjetunion unterstützt die spalterischen Kräfte

Neben Zambia liegt Zimbabwe, das durch das weiße Siedlerregime Ian Smiths besetzt gehalten wird. Gestützt wird dieses Regime durch den US-Imperialismus, die westlichen imperialistischen Mächte. Gestützt werden muß es in seinem Abwehrkampf gegen den bewaffneten Befreiungskrieg des Volkes von Zimbabwe, der unter Führung der ZANU einen erneuten Aufschwung nimmt. Um eine Atempause zu gewinnen, das Volk zu täuschen und zu spalten sowie die konsequenten Kräfte zu isolieren, hat das Smith-Regime ein Entspannungsmanöver durchgeführt. Es setzt dabei auf die ZAPU unter Führung Nkomos, der die Forderung des Volkes nach Mehrheitsregierung – jetzt! aufgegeben hat. Die Sowjetunion unterstützt in Zimbabwe das Entspannungsmanöver und die ZAPU. Zeigt dies nicht, daß all ihre Worte zu Angola nur Phrasen sind, die ihr imperialistisches Interesse verbergen sollen? Gegenüber Angola tritt sie als Verfechter des Bürgerkriegs auf, beschimpft zwei der drei angolanischen Befreiungsorganisationen als reaktionär, will die MPLA abhängig machen und tarnt dies als Unterstützung des Fortschritts. In Zimbabwe unterstützt sie das Entspannungsmanöver und die versöhnlerische ZAPU Nkomos, um so die Spaltung der nationalen Befreiungsbewegung aufrechtzuerhalten und die ZANU, die konsequent den bewaffneten Volkskrieg organisiert, zu schwächen. Auch hier betreibt sie die Spaltung der Befreiungsbewegung, genauso wie die DKP in Westdeutschland die Solidaritätsbewegung mit dem Volk von Zimbabwe und seinem Befreiungskampf spaltet, die Politik der ZAPU propagiert und die ZANU denunziert. Nach Presseberichten hat die Sowjetunion jüngst die Waffenlieferungen an die ZAPU wieder aufgenommen. Ebensowenig wie es ihr in Zimbabwe um die Befreiung des Volkes geht, geht es ihr in Angola um die Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Landes. Es geht ihr immer nur darum, unter einem passenden Vorwand den Fuß ins Land zu bekommen, um durch Spaltung und Bürgerkrieg die nationale Befreiung zu schwächen, sich selber festzusetzen und sich Kräfte zu verpflichten.

Angola, Zaire, Zambia und Zimbabwe bilden ein zusammenhängendes Gebiet. Diese Länder umfassen 3 011 700 Quadratkilometer und mehr als 32 Millionen Menschen. Diese Länder bergen unermeßliche natürliche Reichtümer. Angola wird zu Recht als „Edelstein Afrikas" bezeichnet. Ihre Lage ist wichtig für den Kampf um die Beherrschung Afrikas wie auch des Atlantik. Die USA wollen ihren Einfluß zurückgewinnen und das südafrikanische Rassistenregime retten. Die Sowjetunion will Einfluß erobern und benutzt das südafrikanische Rassistenregime als Vorwand. Wie aus ihrem Vorgehen in Angola, Zaire und Zimbabwe ersichtlich, ist ihre Taktik die der Spaltung, will sie ein zweites und ein drittes Angola schaffen. Durch die Rivalität der beiden Supermächte um den Süden Afrikas ist große Spannung und Unruhe ausgelöst worden. Die Völker und Nationen erwachen jedoch und erkennen immer besser: Es genügt nicht, den Wolf aus der Vordertür zu verjagen. Gleichzeitig darf der Tiger nicht durch die Hintertür hereingelassen werden. Der Pfahl im Fleisch der afrikanischen Einheit, das südafrikanische Rassistenregime, muß zerschlagen und die Einmischung der beiden Supermächte muß beendet werden. – (hjh)

Universität Kiel

Öffentliches Dienstrecht gegen Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse

Der Wissenschaftler Dr. Matthias Tomczak, der seit 10 Jahren im öffentlichen Dienst als wissenschaftlicher Angestellter tätig ist, ist mit Ablauf des Monat März aus dem Institut für Meereskunde in Kiel entlassen. Im Dezember des vergangenen Jahres hat das schleswig-holsteinische Kultusministerium ihm die Kündigung zugestellt, am 5. Februar ist sie vom Arbeitsgericht Kiel in erster Instanz bereits als rechtmäßig anerkannt und bestätigt worden. Das Verfahren wird mit Sicherheit in die zweite Instanz gehen, und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die Tomczak Rechtsschutz gewährt, wird den Rechtsschutz voraussichtlich aufrecht erhalten. Der Personalrat hat die Kündigung als ungerechtfertigt abgelehnt.

Worum geht es bei dieser Entlassung? Vordergründig geht es um ein „Dienstvergehen": Tomczak, der seit 7 Jahren am Institut für Meereskunde an der Universität Kiel arbeitet, hat die an das Institut gerichtete Bitte einer Frankfurter Schülerin, ihr Material für ein Schulreferat zu schicken, dazu „mißbraucht", „die kommunistische Ideologie propagandistisch auszubreiten". Die Schülerin hatte um Material über die „Zukunft der Meeresforschung" gebeten, Tomczak jedoch habe ihr „einseitig ausgerichtetes politisches Propagandamaterial" geschickt, wie es in der schriftlichen Begründung der Kündigung durch das Ministerium heißt, und auch nur in Staatssekretärsköpfen entstehen kann. Tomczaks Kollegen, die ihn aus der Gewerkschaft, aus dem Senat der Universität und von ihren Institutsversammlungen als unerschrockenen Vertreter ihrer Interessen gegen den Dienstherren kennen, kennnen die Wirklichkeit besser. In einer Resolution der Betriebsgruppe der GEW am Institut, der sich die wissenschaftlichen Mitarbeiter mit großer Mehrheit (35 gegen 2 Stimmen) angeschlossen haben, stellen sie fest:

„Die beanstandeten Schriften ... enthalten unter anderem deutsche Übersetzungen zweier wissenschaftlicher Arbeiten zur Entwicklung der Meeresforschung, die in englischer Sprache in anerkannten internationalen Publikationen (z.B. der Zweimonatsschrift der Welternährungsorganisation FAO) veröffentlicht wurden, und Informationen zu der Anfrage bieten." Bei diesen beiden Arbeiten handelt es sich um „Beiträge zur Zukunft der Meeresforschung, die zum einen von dem Gründer des internationlen Friedensforschungsinstituts in Oslo, Johan Galtung, und zum anderen von Dr. Tomczak selbst verfaßt wurden."

Herausgeber der Broschüre „Hilft die Wissenschaft den armen Völkern?", in der die beiden Artikel nachgedruckt worden sind, ist die Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe (GUV) Kiel. In der Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe haben sich Angehörige der werktätigen Intelligenz zusammengeschlossen mit dem Ziel, ihre Fähigkeiten dem Volk zur Verfügung zu stellen und sich dabei von der Arbeiterklasse leiten zu lassen. In der Kündigung heißt es:

„Ziel" (der GUV) „ist es, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu bekämpfen und zu beseitigen. Die übersandten Schriften sind einseitig ausgerichtetes politisches Propagandamaterial. Durch die Verwendung dieser Schriften haben Sie das von den genannten Organisationen" (GUV, Rote Zellen und KBW) „verfolgte Ziel der Diskriminierung und Herabsetzung Ihres Arbeitgebers in der öffentlichen Meinung aktiv unterstützt. Damit haben Sie sich eines schwerwiegenden Verstoßes gegen Ihre Pflichten aus dem Arbeitsvertrag schuldig gemacht. Nach § 8 BAT" (Bundesangestellten-Tarifvertrag) „hat sich ein Angestellter des öffentlichen Dienstes durch sein gesamtes Verhalten zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen."

Die Wissenschaft in den Händen der Arbeiterklasse ist eine Waffe gegen die Bourgeoisie

Die Geschichte der Kämpfe der Arbeiterklasse hat unendlich oft bewiesen, daß die Wissenschaft in den Händen der Arbeiterklasse eine äußerst wirksame Waffe gegen die Bourgeoisie ist. In den Händen der Arbeiterklasse wird Wissenschaft zur Gefahr für den Bestand der Herrschaft des Kapitals, und wissenschaftliche Erkenntnis ist untrennbar verbunden mit politischer Propaganda für die Ziele der Arbeiterklasse. Es ist deshalb müßig, wissenschaftliche Erkenntnis und politische Propaganda auseinanderhalten zu wollen, sobald sich die Arbeiterklasse der Wissenschaft bemächtigt hat.

Betrachten wir dazu die Arbeit des Wissenschaftlers Matthias Tomczak: In dem Artikel, der von der GUV nachgedruckt worden ist, untersucht er die Bedingungen, unter denen internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit zu größerer Unabhängigkeit der ausgebeuteten und unterdrückten Länder führen kann. Als Meereskundler, dessen Arbeit überwiegend aus der Durchführung von Expeditionen mit internationaler Beteiligung besteht, besitzt er reiche Erfahrung in dieser Frage. Die wissenschaftliche Untersuchung seiner Erfahrung führt ihn zu dem Schluß: In den imperialistischen Ländern „werden die Grenzen lediglich von den imperialistischen Interessen bestimmt, die jede Zusammenarbeit ausschließen, sobald sie für die Industrieunternehmen dieser Länder keinen Profit ergeben."

Das sind wissenschaftliche Erkenntnisse, die sich aus seiner eigenen Erfahrung und seiner wissenschaftlichen Arbeit ergeben und die die Aussagen des Marxismus-Leninismus bestätigen. Das ist kein Wunder. Der Marxismus-Leninismus ist die einzige Wissenschaft, die von der wirklichen Erfahrung ausgeht und deshalb zu Erkenntnissen kommt, die in Übereinstimmung mit der Wirklichkeit stehen. Alle Erfahrungen der Völker der Welt bestätigen die wissenschaftlichen Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus und führen dazu, daß die Verbreitung der marxistischen Erkenntnis nicht aufgehalten werden kann.

Dafür gibt Matthias Tomczak ein deutliches Beispiel. Der Artikel, in dem er aus seinen Erfahrungen den Schluß zieht, daß größere Unabhängigkeit der ausgebeuteten und unterdrückten Länder durch Zusammenarbeit mit den Imperialisten nicht erreicht werden kann, ist auf einem internationalen Kongreß als Vortrag aufgenommen worden. Bei einem weiteren Vortrag, den er vor wenigen Monaten auf einem anderen internationalen Kongreß gehalten hat, fand er die Zustimmung der Mehrheit der anwesenden Wissenschaftler aus aller Welt, als er sich für die Errichtung der 200-Meilen-Zone einsetzte und sagte: „In den Vereinten Nationen trägt die wachsende politische Einheit der armen und ausgebeuteten Länder erste Früchte. Trotz heftiger Klagen und falscher Anschuldigungen befindet sich der Imperialismus auf dem Rückzug, und die reichen Länder müssen neue internationale Regeln akzeptieren." Die Welternährungsorganisation FAO wird diesen Vortrag in ihrer Zeitschrift in drei Sprachen veröffentlichen.

Das Ministerium entdeckt den politischen Standort, der gegen den Imperialismus gerichtet ist

Überall in der Welt ist der Imperialismus auf dem Rückzug. Die ausgebeuteten und unterdrückten Länder schließen sich zusammen, und die Wissenschaft der Arbeiterklasse, der Marxismus-Leninismus, ist eine wirkungsvolle und zuverlässige Anleitung zum Handeln, und er setzt sich immer mehr durch. Die Reaktion will ihre Niederlage aufhalten. Deshalb muß sie den Marxismus-Leninismus bekämpfen. Im Arbeitsgerichtsprozeß gegen die Kündigung von Matthias Tomczak muß sie dies offen zugeben: Anlaß für die Kündigung ist zwar ein „Dienstvergehen", nämlich das Benutzen einer GUV-Broschüre zur Beantwortung einer Anfrage; begründet wird die Kündigung jedoch jetzt mit dem „politischen Standort" von Matthias Tomczak. In einem Schriftsatz an das Gericht führt das Ministerium aus:

Der Artikel von Matthias Tomczak, der in der GUV-Broschüre enthalten ist, „läßt sich im wesentlichen durch die Wiedergabe der folgenden Kernsätze beschreiben: ‚... Die Interessen von Wissenschaftlern sind nicht notwendigerweise dieselben wie die Interessen der Imperialisten; im Gegenteil, ein Wissenschaftler, der versucht, sein Wissen zum Nutzen der Völker zu verwenden, findet sich schon bald in einem Konflikt mit der Verwendung, die die Imperialisten für seine Arbeit haben. Die antiimperialistische Bewegung macht überall in der Welt heute rasche Fortschritte, und in den imperialistischen Ländern versucht eine wachsende Zahl von Wissenschaftlern, ihre Kenntnisse den unterdrückten und ausgebeuteten Völkern zur Verfügung zu stellen.' ... Schon diese Beispiele beleuchten hinreichend den politischen Standort des Klägers."

Der „politische Standort", den das Ministerium so fürchtet, ist der Standort der großen Mehrheit der Völker. Wer sich ihm anschließt, wer die nicht zu bestreitende Tatsache, daß die armen und ausgebeuteten Völker gemeinsam gegen den Imperialismus kämpfen müssen, wenn sie sich befreien wollen, öffentlich vertritt, der muß aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden.

Nicht um ein „Dienstvergehen" geht es also, sondern um den Versuch, den Vormarsch der Kräfte der Revolution aufzuhalten. Nur wer die großen Erfolge der revolutionären Bewegung in der Welt leugnet, kann abstreiten, daß die Reaktion mit dieser Kündigung aus der Defensive heraus kämpft. Und obwohl sie sich ein umfangreiches Arsenal von Gesetzen und Dienstvorschriften geschaffen hat, reicht es jetzt wieder nicht aus:

Das KPD-Verbot wird auf das Verbot der marxistischen Wissenschaft erweitert

Im KPD-Verbotsurteil von 1956 heißt es noch: „Es handelt sich in diesem Verfahren nicht darum, die Theorie des Marxismus-Leninismus als eine ‚einheitliche Wissenschaft' für verfassungswidrig zu erklären ... Soweit es sich hierbei um wissenschaftliche Erkenntnisse ... handelt, ist diese Wissenschaft als solche selbstverständlich frei, sie kann vorgetragen, gelehrt, weiterentwickelt, allerdings auch diskutiert und bekämpft werden. Sie ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens; ihr wissenschaftlicher Wahrheitsgehalt kann der Beurteilung eines Gerichts nicht unterliegen. ... Die eindeutig bestimmbare Grenze zwischen wissenschaftlicher Theorie und politischem Ziel liegt dort, wo die betrachtend gewonnenen Erkenntnisse von einer politischen Partei ... in ihren Willen aufgenommen, zu Bestimmgründen ihres politischen Handelns gemacht werden. Dann kann allerdings auch die Theorie Bedeutung gewinnen, nicht aber als solche, sondern weil sie zur Ermittlung und Deutung der Ziele der politischen Partei maßgebende Anhaltspunkte liefern kann."

Die Bundesverfassungsrichter sehen die Welt, wie ein Polizeigehirn sie sieht: Als ein Gewimmel von Dummköpfen, in dem eine kleine Zahl von Drahtziehern herumschwirrt. Sie meinen deshalb, daß die wissenschaftliche Theorie des Marxismus-Leninismus unschädlich wird, sobald die Drahtzieher unschädlich gemacht worden sind. Nun ist es aber so, daß alle Erfahrung die Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus immer aufs Neue bestätigt, und daß deshalb die Kommunisten zwar durch ihre Wissenschaft die Welt leichter verstehen und erklären können, aber keine vom Volk getrennten Interessen haben. Nichts anderes hat Matthias Tomczak gemacht als wissenschaftliche Erkenntnisse „vorgetragen, gelehrt, weiterentwickelt". Deshalb muß die Reaktion mit der Kündigung schon den Angriff gegen die marxistische Wissenschaft selber führen. Sie muß die letzte Lücke, die im KPD-Verbotsurteil noch besteht, schließen und der einzigen Wissenschaft, die die Welt erkennen und verändern kann, dem Marxismus-Leninismus, den Charakter der Wissenschaftlichkeit rundheraus absprechen:

Das Kultusministerium Schleswig-Holstein hat in einer Pressemitteilung vom 9.2. über die Broschüre der GUV verbreiten lassen, „daß es sich in Wirklichkeit nicht um wissenschaftliche Arbeiten handelt, sondern um kommunistische Propaganda, die sich mit dem Anspruch der Wissenschaftlichkeit tarnt." Riesengroß muß die Angst des Ministeriums vor der marxistischen Wissenschaft sein; denn im Eifer des Gefechts hat es nicht einmal bemerkt, daß eine der beiden Arbeiten der GUV-Broschüre von einem weltweit bekannten skandinavischen Sozialdemokraten stammt: Johan Galtung, nach Aussage des Rowohlt-Verlags Berater bei UNESCO, OECD und beim Europarat, der „eine freiheitliche sozialistische Alternative zu Europa" vertritt, hat bisher stets ungetrübten Reformismus gelehrt.

Ein kleiner Fehlgriff eines Büttels der Bourgeoisie, gewiß; ein Staatssekretär ist eben nicht unfehlbar. Die Erkenntnisse der marxistischen Wissenschaft erlauben aber schon jetzt den Schluß, daß dies nicht seine einzige Fehleinschätzung bleiben wird. Der Marxismus-Leninismus läßt sich nicht verbieten, und dadurch, daß man ihn zu einer Methode der „Tarnung" erklärt, verliert er seine Fähigkeit nicht, die Welt zu verändern. Die Wirklichkeit und die geschichtlich notwendige Entwicklung sind die besten Garantien dafür, daß die marxistische Wissenschaft „vorgetragen, gelehrt, weiterentwickelt" und vor allem angewendet wird!

Das Gericht hat der Kündigung stattgegeben.

Wissenschaftler und Gewerkschaftler fordern Aufhebung der Entlassung und des besonderen Dienstrechts

Gemeinsam mit dem Ministerium erhofft es sich dadurch Ruhe in einem Universitätsinstitut, das im Protest gegen die Maßnahmen der Reaktion schon seit längerem mit an der Spitze steht. Das Gegenteil ist bisher eingetreten. Die Gewerkschaftsgruppe und mit ihr 35 Wissenschaftler fordern in ihrer Resolution „mit Nachdruck (die) Abschaffung des besonderen öffentlichen Dienstrechts ..., um dieser Entlassungspraxis ein Ende zu setzen."

Die Versammlung der wissenschaftlichen Mitarbeiter am Institut hat einstimmig beschlossen, die ausländischen Kollegen über die Entlassung in einem Brief zu informieren und sie dazu aufzufordern, beim Kultusministerium gegen das besondere öffentliche Dienstrecht in der Bundesrepublik Deutschland und die darauf beruhende Entlassung zu protestieren. Die Institutsleitung hat diesen Brief als „Verunglimpfung der Bundesrepublik" bezeichnet und unter Hinweis auf das Dienstrecht die Versendung des Briefs auch unter privater Adresse verboten; für den Fall der Versendung hat sie mit weiteren Entlassungen gedroht. Inzwischen ist der Brief, ergänzt mit dem Hinweis auf das Verbot durch die Institutsleitung, vom AStA der Universität verschickt worden.

Auf einer Veranstaltung des AStA haben die 200 Teilnehmer einstimmig bei 2 Enthaltungen beschlossen: Wir „unterstützen den Kampf der Beschäftigten des Instituts für Meereskunde gegen die drohende Entlassung sowie die Resolution der Sektion IfM der GEW. Sie beschließen auf der Grundlage der Forderungen:

- Sofortige Rücknahme der Kündigung von Matthias Tomczak!
- Weg mit dem besonderen Dienstrecht im öffentlichen Dienst!
- Weg mit dem Radikalenerlaß!
- Weg mit dem KPD-Verbot!

den Kampf gegen die Entlassung mit allen Kräften zu unterstützen, den Zweck der Entlassung zu enthüllen, den Protest gegen dieses Vorgehen zu organisieren, den Kampf gegen die Entlassung von Matthias Tomczak zu verbinden mit dem Kampf gegen die politische Reaktion, die sich gegen die Rechte des ganzen Volkes und die der Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst richtet."

Eine Unterschriftensammlung gegen die Kündigung hat in der Universität begonnen; für Anzeigen in Zeitungen wird gesammelt. Diese Entlassung wird, sollte sie gelingen, die Reaktion mehr Kräfte kosten, als sie sich je hat träumen lassen.

Schlagen wir gemeinsam die Angriffe der Reaktion zurück! Unterstützen wir den Kampf der Kollegen am Institut für Meereskunde gegen diese Entlassung! Schicken wir Protestresolutionen und Unterschriften aus Betrieb und Gewerkschaft, Schule und Universität an Dr. M. Tomczak, Institut für Meereskunde, Düsternbrooker Weg 20, 23 Kiel 1. – (z.l.)

Als vor drei Jahren Island seine Fischergrenze von 12 auf 50 Seemeilen erweiterte, um den Raubbau seiner Fischbestände durch die Bundesrepublik und England einzudämmen, verfaßte Matthias Tomczak einen offenen Brief, in dem es hieß: „Den Besatzungen der deutschen Fischkutter und den Arbeitern der deutschen Fischindustrie wird die Existenz ihrer Arbeitsplätze nicht durch die Notwehrmaßnahmen der isländischen Bevölkerung gefährdet, sondern durch die Kapitalmaßnahmen der in der deutschen Fischerei tätigen wenigen Großkonzerne." Trotz der allgemeinen Hetze wurde der Brief sofort von 46 Kollegen unterschrieben.

Die Bourgeoisie zeterte, „allen Bemühungen der Bundesrepublik und der Küstenländer um eine auch für Island tragbare Lösung werde damit in unverantwortlicher Weise in den Rücken gefallen." Die Institutsleitung distanzierte sich und erklärte, die „einseitige Argumentation werde der Komplexität der biologischen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme des Fischereistreits keineswegs gerecht." Gegen Tomczak wurden Rügen, Disziplinarstrafen und Entlassung erwogen. Die Unterstützung der Kollegen verhinderte derartige Maßnahmen.

Die Kündigung von Matthias Tomczak kommt heute zu einem Zeitpunkt, wo die Fischereihoheit sich nicht über 50, sondern über 200 Seemeilen erstreckt, und wo die BRD diese 200-Meilen-Zone anerkannt hat. Das ist ein Beispiel dafür, daß die Reaktion unaufhaltsam auf dem Rückzug ist.

Doch auch wenn sie im Kampf gegen die internationale Arbeiterklasse und die Völker der Welt nicht mehr gewinnen kann, ist ihre Stärke in vielen Positionen noch groß. Die Entlassung von Matthias Tomczak kann nur verhindert werden, wenn wir der Reaktion geschlossen entgegentreten.



Die sozialimperialistische Sowjetunion, die zu den wütendsten Gegnern der 200 Meilen-Zone zählt, hat in einem Prawda-Artikel nun gegenüber der Forderung der Mehrheit der Völker eingelenkt und geschrieben, sie sei für eine 200 Meilen-Wirtschaftszone, die Territorialzone aber solle auf 12 Meilen begrenzt sein. Auf keinen Fall möchte sie in der Manövrierfähigkeit für ihre militärische Flotte beschränkt sein, aber auch die wirtschaftliche Ausbeutung der Reichtümer vor den Küsten fremder Länder will sie nicht ausschließen, denn umstritten ist, ob der Fischfang innerhalb der 200 Meilen-Wirtschaftszone den Anliegerländern vorbehalten bleibt. Auf dem Bild ein sowjetisches Fischfangschiff, das 24 leichte Trawler mitführt, die es an weitentlegene Küstengewässer zum Abfischen ausfährt.